

20/21

83

Union in Deutschland

Bonn, den 27. Mai 1983

31. Bundesparteitag der CDU

25./26. Mai 1983 in Köln

Aufwärts mit Deutschland

Dieser Parteitag markiert ein historisches Datum in der Geschichte der CDU Deutschlands. Es ist der erste Parteitag der CDU als Regierungspartei seit dem Jahre 1968. Seit diesem Berliner Parteitag haben wir die Statur der Partei bewahrt und dies konnte jeder, der in diesen zwei Tagen dabei war, als Delegierter, als Gastdelegierter, als Gast aus dem Ausland, als Besucher, als kritischer Wegbegleiter aus dem Journalismus feststellen.

Diese Bilanz zog Bundeskanzler Helmut Kohl in seiner Schlußrede als mit überwältigender Mehrheit wiedergewählter Parteivorsitzender auf dem 31. Bundesparteitag der CDU. Er sagte weiter:

Ob in Opposition oder Regierung, wir sind die Christlich Demokratische Union, die aus ihren Prinzipien heraus lebt und arbeitet. Hier war nicht Übermut der Macht zu spüren, sondern hier war vor allem der Wille zur Verantwortung, der Wille zur Pflicht zu spüren. Wer die Diskussion verfolgt hat, die engagierten Beiträge über viele Stunden hinweg, auch die kontroversen Beiträge zum Thema Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit, der konnte das förmlich mit Händen greifen. Und dafür bin ich dankbar; denn das ist die Voraussetzung glaubwürdiger Politik und die Voraussetzung für ein gutes Ergebnis unserer Arbeit in der Zukunft. Dieser Parteitag hat gezeigt, daß wir streitig über Sachprobleme miteinander diskutieren, daß wir aber in allen Grundfragen, ohne daß wir es demonstrieren, einig sind. Und die Rede von Franz Josef Strauß hat auch gezeigt, daß CDU und CSU einig sind. Und wenn wir das nicht nur hier, sondern immer draußen sagen, kann auch gar kein Zweifel aufkommen. Wir sagen ja zu der von uns mitbegründeten Koalition der Mitte, das heißt auch ein Ja zu einer fairen Partnerschaft. Wir sagen

31. BUNDESPARTEITAG

auch ja zu einem notwendigen Kompromiß, und das ist auch ein Stück innerparteilich gelebter Demokratie.

Wir haben die Wahlen zur Parteiführung gemeinsam durchgeführt. Ich darf mich bei allen sehr herzlich für das Vertrauen bedanken, das Sie mir persönlich erwiesen haben. Ich habe ganz einfach die Bitte an Sie alle, an jeden einzelnen von Ihnen, daß Sie uns in der Führung der Partei und auch mir persönlich in der kommenden Zeit, in einer schwierigen Zeit, helfen und daß wir diese schwierige Wegstrecke gemeinsam gehen. Ich bin sicher, daß wir aus dieser inneren Kraft der Union heraus fähig sind, — nicht über Nacht und nicht auf dem Wege von Patentlösungen —, die Probleme zu lösen.

Wir werden in diesem Jahr und im nächsten Jahr in einer besonderen Verantwortung für den Frieden und die Freiheit unseres Landes stehen. Wir werden dabei eine der historischen Bewährungsproben der modernen Demokratie in Deutschland durchzustehen haben. Es mag sein, daß wir Tage, Stunden und Wochen erleben werden, in denen viele glauben, daß uns der Zeitgeist wie ein Sturm ins Gesicht weht. Wir werden das dennoch bestehen, wenn wir uns selbst treu bleiben und wenn wir daran denken, wie wir mit dem, was wir in diesen Jahren für die Zukunft von Frieden und Freiheit unseres Landes durchstehen müssen, vor der Geschichte bestehen.

Wir haben die großen Probleme im Innern unseres Landes: Wiederbelebung der Wirtschaft, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit.

Wir tragen eine besondere Verantwortung für den freien Teil unseres Vaterlandes, für unsere Bundesrepublik Deutschland. Und in diese Verantwortung ist auch das mit hineingekommen, was unsere Mitbürger im anderen Teil Deutschlands sehen, die Tag für Tag über Rundfunk und über Fernsehen, über vielerlei persönliche Bindungen zu Verwandten und Bekannten sehr genau hinschauen: Was tun sie drüben in der Bundesrepublik Deutschland? Und es ist viel Hoffnung auch in Leipzig, in Dresden, in Potsdam und anderswo in diese neue Bundesregierung, von der CDU/CSU und FDP getragen, investiert. Es wird viel Hoffnung darauf gesetzt, daß wir nicht nur vom langen Atem der Geschichte sprechen, sondern daß wir ihn ganz praktisch leben: klar und entschieden in den Grundsätzen, nicht nachgiebig aus Opportunismus des Tages heraus, aber flexibel und klug, wenn es darum geht, für die Menschen in Deutschland etwas herauszubringen, sie einander näherzubringen. Denn Einheit der Nation heißt immer auch Miteinander der Menschen in der gleichen Nation.

In diesem Sinne wollen wir unsere Arbeit nach diesem Parteitag wieder aufnehmen. Wir wollen zu unseren Mitbürgern hinausgehen, wir wollen werben, wir wollen für unsere Politik überzeugen. Wir wollen es vor allem in den nächsten Monaten bei den Wahlen in Bremen und Hessen tun. Ich wünsche mir, daß unsere hessischen und bremischen Parteifreunde nie einen Mangel an Rednern im Wahlkampf haben werden.

Ich wünsche mir, daß alle jene, denen es um die Zukunft der Union geht, bereit sind, dort zusätzlich mit anzupacken, um unser gemeinsam gesetztes Ziel zu erreichen. Ich sage das auch im Hinblick auf die Europawahl im Juni des nächsten Jahres.

Wie jeder sieht: An Aufgaben, an Pflichten mangelt es uns nicht. Es kommt nun darauf an, daß sich jeder von uns ganz persönlich herausgefordert sieht und seine Pflicht tut.

In diesem Sinne möchte ich den 31. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands schließen: mit einem Gruß an unsere Landsleute drüben im anderen Teil Deutschlands, mit dem Lied der Deutschen: „Einigkeit und Recht und Freiheit“.

Stichworte zu dieser Ausgabe

Reden — Rechenschaftsberichte:

	Seite
Helmut Kohl: Die Zukunft gestalten — den Frieden sichern	5
Heiner Geißler: Wir wollen dieses Jahrzehnt mit unserer politischen Arbeit prägen	23
Alfred Dregger: Wir tragen Verantwortung für das ganze Deutschland	37
Walther Leisler Kiep: Die Parteifinanzierung muß neu geordnet werden	45
Walter Wallmann: Die Union muß den Wechsel auch in Hessen schaffen	50
Grüßwort von Franz Josef Strauß: Die CSU steht zur Politik von Helmut Kohl	54

Beschlüsse des Parteitages:

Jugendarbeitslosigkeit/Erster und zweiter Beschluß	71
Flankierende Maßnahmen des Arbeitsmarktes	74
Abgabenbelastung/Schwarzarbeit	74
Bundesanstalt für Arbeit	75
Einschränkung von Steuervermeidungsmöglichkeiten und Abbau von Subventionen	75
Konsolidierung der Rentenfinanzen	75
System der Alterssicherung	76
Die deutsche Frage im Unterricht	78
Kultur für die Stadt	78
Europäisches Fernsehprogramm	79
Wiedervereinigungsgebot	79
Rundfunk- und Fernsehräte	79
Begrenzung des Familiennachzugs von Ausländern aus Ländern außerhalb der EG	80
Europawahl 1984	80
Studiengebühren	80
Europawahlgesetz	81
Frauenarbeitsschutzgesetze	81
Mutterschaftsgeld	81
Änderungen des Statuts der CDU	82
Helmut Kohl zehn Jahre Parteivorsitzender	gelber Teil
Bundestagswahlkampf '83/Wahlkampfbericht der Bundesgeschäftsstelle	grüner Teil

Hinweis: Das Forum „Jugendarbeitslosigkeit“ auf dem 31. Bundesparteitag ist das Thema der Dokumentation (grüner Teil) der nächsten Ausgabe des UfD 22/83

31. BUNDESPARTEITAG

So wurde gewählt

BUNDESVORSITZENDER:

Dr. Helmut Kohl

Abgegebene Stimmen	661
Enthaltungen	13
Gültige Stimmen	648
Ja	631
Nein	17

BUNDESSCHATZMEISTER:

Walther Leisler Kiep

Abgegebene Stimmen	662
Enthaltungen	23
Gültige Stimmen	639
Ja	582
Nein	57

STELLVERTRETENDE
BUNDESVORSITZENDE:

Dr. Ernst Albrecht
Dr. Norbert Blüm
Dr. Hanna-Renate Laurien
Lothar Späth
Dr. Gerhard Stoltenberg
Dr. Richard von Weizsäcker
Dr. Bernhard Worms

Abgegebene Stimmen	500
Ungültige Stimmen	660
Gültige Stimmen	516

20 WEITERE MITGLIEDER DES BUNDESVORSTANDES:

Abgegebene Stimmen	701
Ungültig	18
Gültige Stimmen	683

Dr. Walter Wallmann	663
Dr. Bernhard Vogel	652
Dr. Manfred Wörner	624
Wilfried Hasselmann	588
Prof. Dr. Roman Herzog	572
Heinrich Windelen	559
Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf	552
Matthias Wissmann	516

Dr. Helga Wex	496
Dr. Horst Waffenschmidt	493
Dr. Burkhard Ritz	489
Birgit Breuel	467
Elmar Pieroth	465
Erwin Teufel	461
Dr. Christian Schwarz-Schilling	453
Werner Scherer	451
Gottfried Koch	440
Prof. Dr. Gerhard Zeitel	440
Friedrich Vogel	438
Eberhard Diepgen	427

Helmut Kohl: Die Zukunft gestalten – den Frieden sichern

Dieser Kölner Parteitag ist ein Höhepunkt in der Geschichte unserer Partei. Bernhard Vogel sagte es schon: Es ist jetzt 15 Jahre her, seit wir uns zum letzten Mal auf dem Parteitag in Berlin als Regierungspartei sahen. Heute sind wir wieder Regierungspartei und die stärkste und die prägendste politische Kraft der Bundesrepublik Deutschland. Daß dies so ist, verdanken wir sehr vielen, verdanken wir unseren Wählern, die uns bei den Wahlen immer wieder ihre Zustimmung

Wir verdanken es all jenen, die widrigen Wettern und Winden zum Trotz ja zur CDU Deutschlands gesagt haben. Es war unsere gemeinsame, unsere geduldige und konsequente Arbeit, die uns zum Ziel geführt hat, die uns das Vertrauen der Mitbürger zurückgewann.

Vor fast 40 Jahren — Bernhard Worms sprach davon — wurde hier im Juni 1945 ebenso wie in Berlin die Christlich Demokratische Union Deutschlands gegründet. Die Männer und Frauen, die damals dieses Wagnis unternahmen, eine neue Partei zu

gründen nach den bitteren Erfahrungen der Nazizeit, der Verfolgung, der äußeren, und der inneren Emigration, des Erlebnisses eines schrecklichen Krieges draußen an den Fronten und zu Hause in den ausgebombten Städten — diese Männer und Frauen glaubten an die Zukunft, und sie machten sich daran, diese Zukunft mit einer neuen, jungen Republik zu gestalten. Heute versammeln wir uns einmal mehr hier im altherwürdigen Köln, und wir wollen Kraft sammeln im Blick auf die Geschichte, im Blick auf die Gegenwart und

zum Ausdruck brachten, verdanken wir den vielen Hunderttausenden unserer Mitglieder, die unter manchmal sehr schwierigen Bedingungen an den Arbeitsplätzen, in den Büros, in den Diskussionsständen an Universitäten und in Schulen und an vielen anderen Plätzen unverdrossen für unsere Ideale, für unsere Ideen gekämpft haben und eingetreten sind. Wir verdanken es auch den vielen Freunden, die in diesen 13 Jahren ihren Dienst hauptamtlich getan haben.

Rede Helmut Kohl

31. BUNDESPARTEITAG

vorausblickend in die Zukunft, um in einer schwierigen und bewegten Zeit das Haus der Bundesrepublik Deutschland, unser Haus, wetterfest zu machen.

Gerade weil wir auch aus der Geschichte leben, bin ich ganz sicher. Aus der gleichen Kraft, aus den gleichen Idealen, die damals ganz selbstverständlich erfolgreich waren, werden wir es auch diesmal schaffen.

Hinter uns liegt ein großer Wahlsieg. Wir dürfen stolz auf diesen Wahlsieg sein, und — warum soll man das nicht einmal auf einem Parteitag sagen — wir dürfen auch stolz auf unsere Partei sein, stolz nicht auf errungene Macht, sondern auf das erworbene Vertrauen. Vor gerade zehn Jahren nach meiner Wahl zum Parteivorsitzenden habe ich gesagt: „Wir in der CDU können niemanden mit Pfründen locken.“ Es war der Glaube an unsere Idee und der Einsatz unserer Mitglieder, der die CDU langsam, aber stetig wieder nach vorn gebracht hat bis zu unserem großen Sieg im März dieses Jahres.

Es ist auch wahr, und es gehört auch ins Bild dieser Jahre, daß wir Rückschläge erlitten haben und daß es bittere und auch schwere Stunden gab, aber, das hat uns nicht entmutigt. Wir haben das gemeinsam mit Solidarität überwunden und ertragen. Selbstmitleid in der Niederlage war uns fremd. Weil das so war, finde ich, sollten wir jetzt einfach sagen: Im Augenblick des Erfolges gibt es bei uns nicht das Gefühl des Übermuts. Arroganz der Macht wird nie ein Kennzeichen der Christlich Demokratischen Union Deutschlands sein.

Ich bin optimistisch, weil ich weiß und weil es jeder sehen kann, welche Kraft und welche Moral in dieser Partei stecken und wie gut wir uns auch auf unsere Aufgaben vorbereitet haben.

Ich erinnere an die Diskussionen um die Programme auf allen Ebenen in der Partei,

mit der wir die Grundlagen unserer Politik erarbeitet haben. Unser Grundsatzprogramm formuliert Leitlinien für eine moralisch begründete und natürlich auch moderne, progressive, zukunftsgestaltende Politik. Es gibt der CDU klare Konturen, die uns von anderen Parteien deutlich unterscheiden. Ich will es klar sagen: Mir uns liegt viel daran, daß die CDU auch als Regierungspartei ihr ganz eigenes, ihr ganz unverwechselbares Profil behält.

Es war gut, daß wir in den Jahren der Opposition einen langen Atem hatten und daß wir uns selbst treu geblieben sind. Und es war richtig, daß wir nicht nur nach Bonn starteten, daß wir unsere Position in den Bundesländern von Landtagswahl zu Landtagswahl gestärkt haben, so daß wir heute die stärkste politische Kraft in den Bundesländern sind und bleiben werden.

Und es war gut und es war richtig — auch das habe ich vor zehn Jahren bei meiner Wahl zum Parteivorsitzenden gesagt — daß wir antraten, um die Mehrheit in den Rathäusern wieder zu gewinnen, daß wir beharrlich um Vertrauen geworben haben und daß wir dort, wo Bürger Staat und Gemeinschaft am nächsten erleben: in der Kommunalpolitik, uns durchgesetzt haben. Das war die Voraussetzung für den Erfolg in Bonn.

Und es war vernünftig und gut, daß wir geduldig über viele Jahre die programmatischen Grundlagen unserer Partei erneuert haben. Und, liebe Freunde, es war notwendig, daß wir noch vor der Wahl mit dem vollen Risiko Ende September/Anfang Oktober des vergangenen Jahres die Wende eingeleitet haben.

Wir haben den Bürgern die Wahrheit gesagt, und wir haben damit jetzt die notwendige Legitimation erworben, um Entscheidungen auch dort, wo sie schwer zu tragen sind, durchsetzen zu können.

31. BUNDESPARTEITAG

Rede Helmut Kohl

Die CDU Deutschlands hat heute das Vertrauen der Mehrheit der Bürger auf allen drei staatlichen Ebenen: im Bund, in den Ländern und in den Gemeinden.

Das beweist, daß wir die Wahl am 6. März nicht allein deswegen gewonnen haben, weil die Sozialdemokraten, was jeder weiß, regierungsunfähig geworden sind. Wir haben sie gewonnen, weil das Vertrauen bei uns war, weil unsere Mitbürger uns zutrauen, die Zukunftsprobleme unseres Landes lösen zu können.

Die Bundestagswahl war eine bewußte Entscheidung für die Union und für die Politik der Mitte. Wir haben diese Wahl gewonnen, weil wir mit dem besseren Programm angetreten sind, und wir konnten bei dieser Wahl die Mehrheit unserer Bürger davon überzeugen, daß dieses Programm von allen in der Partei getragen wird.

Mit der Übernahme der Regierungsverantwortung für die Bundesrepublik Deutschland ist die CDU Deutschlands in ein neues Stadium ihrer Geschichte eingetreten.

Wir sind wieder Regierungspartei. Die Macht aber, die uns durch die Wahlentscheidung übertragen wurde, ist ein Mandat auf Zeit.

Wir dürfen uns nicht an diese Macht gewöhnen. Wir dürfen sie nicht als Privat- oder Parteibesitz behandeln. Und wir dürfen schon gar nicht auf dieser Macht ausruhen wollen.

Unser Souverän, das Volk der Bundesrepublik Deutschland, hat uns die Macht zum Preis von mehr Arbeit, mehr Verantwortung und mehr Pflichterfüllung anvertraut. Deswegen haben wir auch heute nicht Pfründe zu verteilen, sondern Arbeit, Aufgaben, Pflichten.

Die politische Verantwortung wird uns nur so lange überlassen bleiben, wie wir, die Union, fähig sind zu einer überzeugenden und glaubwürdigen

Politik. Deshalb muß unsere Partei auch in Zukunft offenbleiben für neue Fragen und Anfragen, sensibel sein für neue Probleme, nicht zuletzt junger Leute, und fähig zu wirklich kreativen Lösungen.

Die Sozialdemokraten sind als Regierungspartei gescheitert, weil sie dieser Aufgabe nicht gewachsen waren. Sie haben die Finanzen und die Wirtschaft überfordert. Sie haben das System sozialer Sicherung überlastet. Sie ließen Zweifel entstehen und wachsen an unserer Bündnistreue, und sie haben das Land in eine tiefe Orientierungskrise geführt. Je schwieriger die Probleme wurden, die sie mit ihrer wirtschaftsfeindlichen und utopischen Politik selbst auslösten, desto schneller begaben sich große, weite Teile der SPD auf die Flucht — auf die Flucht zurück zum Sozialismus des 19. Jahrhunderts.

Die Flügelkämpfe haben diese Partei bis zum heutigen Tag gespalten, und die linken Exponenten führen Tag für Tag stärker das Wort. Manche predigen jetzt schon den Generalstreik.

Immer mehr Bevormundung des Bürgers, mehr Staat, mehr Ideologie, mehr Klassenkampf — das sind Positionen, mit denen sich wachsende Teile der SPD heute identifizieren.

Damit hat sich die deutsche Sozialdemokratie jedenfalls in unseren Tagen aus der politischen Verantwortung verabschiedet. Das heißt aber für uns: Um so größer ist die Verantwortung der Union.

Die Hoffnung, das Vertrauen und die Zuversicht einer breiten Mehrheit unserer Mitbürger konzentrieren sich auf unsere Politik der Mitte.

Die Union ist Regierungspartei. Aber sie ist nicht die Regierung. So, wie die Machtverhältnisse im Bundestag sind, kann unsere Regierungsarbeit nur erfolgreich sein

Rede Helmut Kohl

31. BUNDESPARTEITAG

als Gemeinschaftswerk mit unserem Koalitionspartner.

Das bedeutet: Unsere Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit hängt auch davon ab, daß wir uns mit unserem Partner, der FDP, fair einigen. Dazu sind wir selbstverständlich bereit. Die letzten sieben Monate seit dem 1. Oktober des vergangenen Jahres, seit dem Beginn der neuen Koalition, sind ja ein Zeugnis dafür, daß man in fairer Partnerschaft gute Arbeit miteinander leisten kann. Und so soll es auch bleiben.

Unsere Freunde in der Union, die Mitglieder, die Wähler von CDU und CSU, die Wähler von Flensburg bis Rosenheim haben uns zu einem glänzenden Wahlsieg getragen. Sie hätten überhaupt kein Verständnis dafür, wenn wir jetzt in kleinlichem Streit um Begriffe und Positionen dieses Vertrauens verspielen würden.

Ich sagte vorhin, daß mir sehr am eigenständigen, unverwechselbaren Profil unserer Partei gelegen ist. Deshalb kann es auch keine Einigung zum Preis der Selbstverleugnung geben. Aber diese Grenze muß natürlich von allen respektiert werden.

Wir haben von den Wählern das Mandat für die Partnerschaft in einer Koalition der Mitte erhalten. Trotz der Probleme, die selbständige Partner miteinander auszu-tragen haben, darf nach unserem Verständnis Partnerschaft nicht in eigensüchtige Nörgelei ausarten. Sie darf nicht zu Schaukämpfen persönlicher Profilierungsversuche mißbraucht werden, die zudem vor allem von den eigenen Leuten nicht mitgetragen werden.

Das gilt für alle: für die CDU, für die CSU und für die FDP.

Und noch etwas, die Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland hat ihren Sitz in Bonn. Und ich denke, das weiß jeder in der Union — um es

einfach auszudrücken —: Wir lassen die Kirche im Dorf und das politische Entscheidungszentrum der Republik in Bonn. Wer etwas anderes will, der soll es sagen, und wir werden ihm antworten.

Es ist und bleibt die große Leistung der Union, die Leistung von CDU und CSU, daß es ihr gelang, nach dem Zusammenbruch 1945 einen neuen Anfang in der Parteiengeschichte zu setzen. Sie hat die drei großen geistigen Grundströmungen unserer Zeit, die christlich-soziale, die liberale und die konservative Idee, vereint und damit auch konfessionelle Gegensätze überwunden. Diese Leistung war möglich, weil sich in der Union Männer und Frauen zusammenfanden, die entschlossen waren, aus geschichtlicher und persönlicher Lebenserfahrung einen gemeinsamen Neubeginn zu wagen.

Ich finde, es ist wert, gerade hier in Köln an den Lebensweg der Gründer unserer Union zu erinnern, und ich will einige wenige nennen: Persönlichkeiten wie Konrad Adenauer und Karl Arnold, wie Josef Mülller und Adam Stegerwald, Werner Hilpert und Peter Altmeier, Andreas Hermes und Hermann Ehlers, Helene Weber und Jakob Kaiser, Robert Lehr und Ernst Lemmer.

Hier wird sehr deutlich, was zum Erbe unserer Partei gehört: eben auch die moralische Legitimation, die aus Grundsatztreue und persönlichem Opfer im Widerstand gegen den Nationalsozialismus erwachsen ist.

Mir ist es wichtig — und ich bitte Sie leidenschaftlich und herzlich darum, das nach draußen, in die Partei und an die Jüngeren, weiterzugeben —, auf diese Wurzeln der CDU im Widerstand gegen den SS-Staat immer wieder hinzuweisen.

Sie sind für uns verpflichtendes Erbe und Anspruch. Sie sind für uns auch Verpflichtung gegen die parteiische Vereinnah-

31. BUNDESPARTEITAG

Rede Helmut Kohl

mung der Geschichte, wie wir sie gerade jetzt wieder in mancherlei Kommentaren aus Anlaß des 50. Jahrestages der Machtgreifung durch Hitler erlebten. In dieser Pflicht stehen wir, weil wir uns an diesem Erbe und Vorbild immer dann messen lassen müssen, wenn wir der Versuchung zu erliegen drohen, es uns mit bloßem Pragmatismus einfacher oder durch Anpassung an den Zeitgeist bequemer zu machen.

Da ich von Pflichten und von Verpflichtung rede, nehme ich die Anfrage, die darin steckt, ganz persönlich auf. Ich bin jetzt seit zehn Jahren Vorsitzender der Christlich Demokratischen Union und seit dem 1. Oktober des letzten Jahres Bundeskanzler. Ich nehme beide Ämter — jedes in seinem Rang und in seinem Auftrag — gleichermaßen wichtig, und deshalb stelle ich mich diesem Parteitag zur Wiederwahl als Parteivorsitzender.

Niemand hat stärker und unmittelbarer erfahren, wie wichtig die Solidarität, das Vertrauen und die Unterstützung der Partei für diejenigen sind, die in unserem Namen in Staatsämtern große Verantwortung tragen. Deshalb liegt mir mehr denn je daran, unsere Partei geistig lebendig, politisch handlungsfähig und im Umgang miteinander solidarisch zu wissen. Damit das auch in Zukunft so bleibt, will ich meinen bescheidenen Beitrag leisten und bitte dafür bei der Wahl um Ihr Vertrauen.

Ich will mich heute mit drei grundsätzlichen Fragen befassen, die mich als Parteivorsitzenden und als Bundeskanzler gleichermaßen stark bewegen.

Die erste Frage: Wie können wir die soziale Gerechtigkeit und die Zukunftschancen der jungen Generation angesichts der Einschränkungen, die uns die wirtschaftliche und finanzielle Lage notwendigerweise auferlegt, sichern?

Die zweite Frage: Welche Möglichkeiten haben wir, um der Industriegesellschaft in einer Zeit raschen wirtschaftlich-technologischen Wandels ein menschliches Gesicht zu bewahren?

Die dritte Frage ist — ich brauche es nicht zu begründen — die alles entscheidende Frage. Es ist die Frage nach der moralischen Legitimation und nach den Chancen einer Politik zur Sicherung von Frieden und Freiheit in einer Welt voller gefährlicher Waffen.

Ich spreche bewußt viele andere wichtige, notwendige Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik und der Innenpolitik jetzt nicht an. Ihnen allen liegt meine Regierungserklärung vom 4. Mai vor. Es ist nicht meine Absicht, dieses Programm heute noch einmal vorzutragen, aber selbstverständlich steht auch dieses Programm auf diesem Parteitag mit zur Diskussion.

Die Frage, die wir uns stellen müssen, heißt: Sind wir fähig, die Zeichen der Zeit zu begreifen? Stellen wir uns der Herausforderung! Wir müssen uns prüfen, ob wir dazu die notwendige Kraft, auch die moralische Kraft, haben.

Die erste dieser Herausforderungen ist die soziale Gerechtigkeit in einer Zeit knapper Kassen. Für viele auch bei uns gibt es da eine ganz einfache Formel, beinahe ein Patentrezept. Sie lautet: Wir haben über unsere Verhältnisse gelebt, jetzt muß gespart, jetzt müssen überzogene Ansprüche zurückgefahren werden. Aber, diese Formel ist ebenso so einfach wie das dumme Wort vom „Kaputtsparen“. Denn das Sparen, die Kürzungen, die Opfer, die wir abverlangen und bringen müssen, sind Mittel, nicht Selbstzwecker Politik.

Auch in der Zeit knapper Kassen bleibt es unsere Pflicht, auf eine gerechte Sozialordnung hinzuwirken.

Sozialpolitik heißt für uns nicht, daß wir in Zukunft im Rückwärtsgang fahren. Ich will es personalisieren: Norbert Blüm und Gerhard Stoltenberg brauchen beide — jeder für seine Pflicht — unsere volle Unterstützung.

Seit Monaten erreichen mich viele Briefe, Entschließungen und Beschlüsse aus der Partei. Sie alle haben den gleichen Tenor. Jeder sagt, wir müssen sparen, und sieht das ein, aber jeder beruft sich auf die Untastbarkeit seines speziellen Besitzstandes, und die meisten haben auch gute Gründe, wenn sie das so sagen. Das alles ist doch nur menschlich. Aber ich habe die große Sorge, daß wir in eine Lage kommen, in der der soziale Friede davon abhängig werden könnte, daß die Besitzstände mächtiger Gruppen, die drohen, die Druck ausüben, die streiken können, unangetastet bleiben; daß notwendige Kürzungen nur bei den schwächer organisierten Gruppen durchsetzbar sind und daß alle diejenigen auch weiterhin auf die Erfüllung ihrer berechtigten Forderungen warten müssen, die nur kleine Gruppen — vielleicht nur Gruppen am Rande — darstellen, auch schon bisher draußen vor der Tür standen. Das kann nicht unsere Politik sein!

Die Opfer, die notwendig sind, müssen sozial gerecht verteilt werden. Sie dürfen nicht einseitig auf den Schultern der Schwächeren abgeladen werden. Alle müssen ihren Beitrag leisten. Aber wichtig ist vor allem, daß unsere Mitbürger erkennen, daß diese Opfer vom Staat nicht einfach bloß einkassiert, sondern zur Sicherung der Zukunft verwendet werden. Das ist die Voraussetzung vernünftiger Sparpolitik!

Darum geht es doch jetzt zuerst und vor allem. Wir müssen das innere Gleichgewicht unserer Sozial- und Wirtschaftsordnung wiederherstellen, den Ausgleich zwischen Anspruch und Leistung, zwischen

Ausgaben und Einnahmen, zwischen Gegenwart und Zukunft. Jetzt gilt es, die Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft zu erneuern. Leistung muß sich wieder lohnen. Private Initiative braucht mehr Freiraum. Eigenverantwortung darf nicht länger durch staatliche Betreuung und Bevormundung verdrängt werden. Der Staat muß seine Grenzen erkennen.

Wir wissen es — und wir müssen es in unserem Lande wieder stärker verbreiten —: Die Soziale Marktwirtschaft ist nicht nur die erfolgreichste Wirtschaftsordnung, sie ist auch den Menschen gemäß. Sie fordert den Bürger, aber sie verfügt nicht über ihn. Sie ist wie keine andere Ordnung geeignet, Gleichgewicht der Chancen, Eigentum, Wohlstand und sozialen Fortschritt zu verwirklichen.

Ich bin davon überzeugt — nicht nur weil die Umfragen das beweisen —: Die große Mehrheit unserer Mitbürger ist zu notwendigen Opfern bereit. Diese Opfer sind notwendig zur Wiederbelebung der Wirtschaft, zum Stopp und zum Abbau der Arbeitslosigkeit, zur Sicherung der Arbeitsplätze, zur Sanierung der öffentlichen Finanzen, zur Sicherung der Renten.

An der sozialen Entwicklung der letzten Jahre haben nicht alle Gruppen gleichen Anteil gehabt. Während sich mächtige Gruppen soziale Besitzstände erkämpften, wurden andere, wie die Familien, ins soziale Abseits gestellt. Hinzu kommt, daß mit der Schuldenpolitik der vergangenen Jahre Wohltaten auf Kosten der Zukunft verteilt wurden. Das hat den Sozialstaat überfordert und den Generationenvertrag der sozialen Sicherung gefährdet. Deshalb müssen wir uns jetzt verstärkt um den Ausgleich zwischen den Gruppen und um die Sicherung der Solidarität zwischen den Generationen bemühen.

Zwei Beispiele sollen verdeutlichen, daß es sich dabei um eine sehr aktuelle und

um eine sehr konkrete Aufgabe handelt. Mein erstes Beispiel ist das Hauptthema dieses Parteitags: die besorgniserregende Entwicklung im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit. Über 200 000 Jugendliche sind derzeit ohne Arbeit. Wir alle sind uns einig, daß das ein unhaltbarer Zustand ist, daß wir jede Anstrengung unternehmen müssen, um dieses Problem zu lösen. Deshalb stellen wir uns auch hier auf dem Parteitag diesem Thema:

Ich weiß natürlich, wie jeder von Ihnen, daß die Arbeitslosigkeit einen 40jährigen Familienvater mit Kindern materiell und psychologisch härter treffen kann als einen 20jährigen, der noch zu Hause bei den Eltern lebt. Trotzdem bin ich der Meinung, daß wir zur Überwindung des Lehrstellenmangels, der Jugendarbeitslosigkeit und auch der wachsenden Arbeitslosigkeit von Hochschulabsolventen eine ganz besondere Anstrengung machen müssen.

Für viele junge Leute ist Arbeitslosigkeit heute die erste Erfahrung beim Eintritt in die Welt des Erwachsenen. Das Gefühl, nicht gebraucht zu werden, ja ausgeschlossen zu sein, hat tiefgehende Wirkungen weit über den Kreis der unmittelbar Betroffenen hinaus. Wir müssen aufpassen, daß hier die Weltsicht einer ganzen Generation nicht negativ vorgeprägt wird.

Die vergebliche Suche nach Arbeit ist für jeden Betroffenen ein deprimierendes Erlebnis. Einem jungen Menschen kann sie aber den Eindruck vermitteln, als setze die Solidarität der Gesellschaft erst dann ein, wenn einer seinen Platz in der Arbeitswelt gefunden hat, wenn er versichert ist und wenn er Beiträge zahlt, ja wenn er einklagbare Rechtstitel erworben hat. Solidarität in einer menschlichen Gesellschaft ist mehr, muß mehr sein als Einlösung von Rechtsansprüchen.

Deshalb wollen wir besondere Anstrengungen zur Überwindung der Jugendar-

beitslosigkeit unternehmen. Wir wollen und können der jungen Generation damit zeigen, daß sie unserer Solidarität auch dann sicher ist, wenn sie nicht eingeklagt und wenn sie nicht mit Druckmitteln erzwungen werden kann. Wenn es dann eines Tages in einer möglicherweise noch schwierigeren Zeit als heute um die Sicherung unserer Rente geht, wird es wichtig sein, daß wir in unserer Zeit unser Beispiel gegeben haben, daß wir deutlich gemacht haben: Auf unsere Solidarität ist Verlaß.

Mein zweites Beispiel betrifft die Politik für die Familien und für die Frauen. Wir haben uns ganz selbstverständlich schon seit jeher für die materielle Gleichstellung der nicht berufstätigen mit der berufstätigen Mutter eingesetzt. Die Wahl zwischen Familie und Beruf ist die persönliche Entscheidung jeder Frau. Das ist der Grundsatz unserer Politik, und wir respektieren diese Entscheidung.

Niemand von uns will der Frau eine Hausfrauenidylle oder eine bestimmte Rolle zudiktieren. Aber wie weit sind wir eigentlich in der Bundesrepublik heruntergekommen, daß man, wenn man über dieses Thema spricht, das voranstellen muß, weil man sonst verdächtigt wird, man habe etwas gegen die berufstätige Frau? Aber es geht auch nicht an, daß Frauen diffamiert und sozial benachteiligt werden, wenn sie sich für ihre Familie, für ihre Kinder entschieden haben.

Deshalb werden wir die Zusagen, die wir nicht erst heute, sondern bereits in unserem Grundsatzprogramm und dann in unserem Wahlprogramm zur Familienpolitik gegeben haben, einlösen, sobald wir dazu finanziell, von der Haushaltslage her, in der Lage sind. Ich sage ganz offen, daß ich zu jenen gehöre — ich möchte sagen: zu jener großen Mehrheit in der Partei —, denen es ganz besonders leid tut, daß wir im Augenblick auf Grund der wirtschaftlichen und finanziellen Gegebenheiten

nicht mehr tun können, als wir jetzt tun. Im Gegenteil: Wir müssen auch auf diesem Feld Einsparungen vornehmen. Aber ich sage klar und deutlich auf diesem Parteitag: Sobald wir die Dinge einigermaßen in Ordnung haben, sobald wir wieder Mittel zur Verfügung haben, müssen sie zuerst und vor allem auf diesem Gebiet eingesetzt werden.

Das ist nicht nur eine Frage der materiellen Gegebenheiten, und das hat nicht nur etwas mit sozialer Gerechtigkeit zu tun, obwohl auch das zutrifft. Wir können mit diesem Schritt zur Familie hin einen entscheidenden Beitrag zur Schaffung eines Klimas der Mitmenschlichkeit und Geborgenheit in unserem Lande leisten. Dieser Wunsch ist heute doch hochaktuell. Er wird uns nachdrücklich von jungen Leuten vorgetragen, die sich über die Kälte und die Anonymität unserer Gesellschaft beklagen.

Man kann es ganz knapp fassen: Wir brauchen eine Renaissance der Familie. Sie allein wird dem unseligen Trend zur bürokratisch organisierten Betreuung, zur Mitmenschlichkeit nach Dienststundenmentalität entgegenwirken.

Unter den Reformexperimenten der SPD hat besonders die Familie gelitten. Für uns ist die Familie keine „Sozialisationsagentur“ der Gesellschaft, sondern der wichtigste, der entscheidende Ort menschlicher Geborgenheit.

Das soziale, das menschliche Klima in unserem Land muß uns genauso wichtig sein wie Luftreinhaltung und natürliche Umwelt. Wir sind zu Recht in großer Sorge über Waldsterben, sauren Regen und ähnliche Herausforderungen. Aber was in den Herzen der Menschen an Empfindsamkeit, Bindungsfähigkeit und menschlicher Wärme in einer bürokratisierten und anonymen Umwelt verlorengeht, ist ein genauso großer Verlust.

Wir kämen der Wahrheit ein großes Stück näher, wenn manche bei ihrer Suche nach der heilen Welt nicht immer nur in den Kategorien von vorgeestern und übermorgen dächten. Hier und heute gilt es wahrzunehmen, daß die Familie für die Qualität unseres Zusammenlebens entscheidend ist und bleibt. Alle bisher bekannten alternativen Lebensgemeinschaften sind nur ein schwacher und für die meisten letztlich unbefriedigender Ersatz für die Familie. Deshalb ist es eine ausgesprochen moderne, progressive Politik, wenn wir die Familie in ihrer Aufgabe und in ihrem Wert neu bestätigen und dafür kämpfen.

In meiner Regierungserklärung habe ich gesagt, daß wir eine moderne Industriegesellschaft mit menschlichem Gesicht schaffen wollen. Ich habe gesagt, daß wir auf wirtschaftliches Wachstum und moderne Technik nicht verzichten können. Wir wollen und wir müssen uns als Bundesrepublik Deutschland dem internationalen Wettbewerb stellen und die Modernisierung wie den Strukturwandel unserer Wirtschaft fördern, ja, sogar beschleunigen.

Ich weiß sehr gut, daß diese Begriffe und Forderungen Reizworte sind für Ideologen und Demagogen in dieser Zeit. Aber — lassen Sie uns auch das offen aussprechen — sie lösen auch bei vielen unserer Wähler nicht nur Hoffnungen, sondern auch Besorgnisse und nicht selten auch Ängste aus.

Wenn von Technik die Rede ist, denken viele an Rationalisierung und Elektronik, an Roboter und vollautomatisierte Fertigungsstraßen. Da entsteht die Sorge auch um den eigenen Arbeitsplatz.

Beim Stichwort Wachstum denken viele an noch mehr Straßen, Flugplätze, Kanäle, Kraftwerke, und da entsteht die Sorge um die Umwelt.

31. BUNDESPARTEITAG

Begriffe wie Wettbewerb und Strukturwandel lösen bei manchem die Furcht aus, in einer Welt ständigen Wandels und immer neuer Anforderungen nicht mehr mitzukommen, verdrängt zu werden, von der Entwicklung überholt zu werden, in ziemlich jungen Jahren schon zum alten Eisen zu geraten.

Wir sind kritischer geworden, sensibler auch für die Risiken der Technik. Und wir haben gelerrnt, genauer nachzuzufragen, wohin uns der Fortschritt bringen könnte.

Allerdings — und auch das ist wahr, auch das sollten wir draußen entschieden vertreten — werden die Risiken und Gefahren des Fortschritts vielfach hochstilisiert und überzeichnet. Eine Technik wie die friedliche Nutzung der Kernkraft wird als Sicherheitsrisiko verteuert, obwohl sie umweltfreundlich ist und sich durch einen hohen Sicherheitsstandard auszeichnet.

In vielen deutschen Schulstuben sind das völlig unbekannte Erkenntnisse. Ich sage das hier, weil viele deutsche Schulstuben von vielen CDU/CSU-geführten Landesregierungen mit betreut werden. Auch das gehört zu unserer Selbsterkenntnis.

Wir wissen doch, daß die Leistungen der Technik und der Wissenschaften unbestritten sind:

Volksseuchen und Krankheiten konnten durch die Entwicklung der Wissenschaft in erheblichem Umfang überwunden werden. Die Menschen sind von schwerer und gefährlicher Arbeit entlastet worden. Neue Rohstoff- und Energiequellen wurden erschlossen. Unsere Freizeit wurde erweitert. Unsere Verkehrsverhältnisse, unsere Kommunikationsmöglichkeiten wurden verbessert. Ich kenne niemanden, der ernsthaft bereit wäre, auf diese Erkenntnisse von Wissenschaft und Technik zu verzichten. Das wäre ja auch eine zutiefst

menschenfeindliche Haltung. Aber alle diese Leistungen werden heutzutage wie selbstverständlich angenommen und konsumiert, jedoch sehr zu Unrecht geringgeachtet.

Ich bin, wie jeder weiß, kein Fortschrittsfanatiker, und für mich ist der Fortschritt auch in der angewandten Forschung kein Wert an sich. Aber, zur führenden Regierungspartei gehört, daß wir offensiv draußen wieder deutlich machen, daß die Fortschritts- und Technikfeindlichkeit, die jetzt Mode geworden ist, die in manchen intellektuellen- und Pseudointellektuellenzirkeln verbreitet wird, ausgesprochen provinziell und schädlich ist.

Wir sind ein rohstoffarmes Land, wir sind ein in hohem Maße exportabhängiges Land. Nur, wenn wir die technologische Herausforderung begreifen und annehmen, haben wir überhaupt eine Chance, international wettbewerbsfähig zu bleiben. Nur so können wir Wohlstand und soziale Sicherheit auch für die Zukunft sichern. Und darum geht es doch: Wir wollen den technischen Fortschritt so einsetzen, daß er uns nützt und nicht schadet. Wir müssen seine Risiken unter Kontrolle halten und sicherstellen, daß wir die Technik beherrschen und nicht sie uns.

Richtig ist — und auch das gehört zur Bilanz politischer Arbeit einer großen Partei —, daß auch wir in der Vergangenheit Risiken der Technik nicht immer richtig eingeschätzt haben. Wir haben häufig in erster Linie ihre wirtschaftlichen Vorteile gesehen und negative Folgen für Menschen und Umwelt manches Mal zu leicht in Kauf genommen. Aber wir haben dazugelernt. Ich halte es für falsch, daß jetzt manche die Technik als Sündenbock für alles Unbehagen in der Gesellschaft abstempeln. Das ist billig, das ist vordergründig, und das soll ablenken von den Fehlern einer Politik der Gesellschaftsveränderung.

Rede Helmut Kohl

31. BUNDESPARTEITAG

Die Reformexperimente der SPD und der Machbarkeitswahn von Sozialingenieuren haben die Lebensqualität in unserem Lande wesentlich stärker beeinträchtigt als der gesamte wirtschaftlich-technische Wandel der letzten Jahrzehnte.

Ist es nicht merkwürdig: Ausgerechnet jene, die die Kälte der modernen technischen Zivilisation besonders heftig anprangern, sind zugleich die schärfsten Kritiker der althergebrachten Wertordnung? Mit Begriffen wie Treue und Heimat, Pflichterfüllung und Vaterland, menschlicher Wärme und Familie treiben sie ihren Spott. Die neue Gesellschaft, der neue Mensch, die die Linken in der SPD einst schaffen wollten, sind Utopie geblieben. Aber ihr Umpflügen oder, wie ein anderer sagte, ihr Tiefpflügen in unserer Gesellschaft hat doch diese Orientierungskrise mit ausgelöst, die zu einer tiefen geistig-moralischen Verunsicherung vieler Menschen geführt hat. Und diese Verunsicherung war und ist auch heute noch von manchen ganz offen beabsichtigt.

Die von solchen Leuten für die Politik geforderte Wertneutralität versandet in der Wirklichkeit des Materiellen. Max Horkheimer, ein guter Zeuge, einst Mitbegründer der Frankfurter Schule, hat diese Einsicht in den knappen Satz gefaßt: „Politik ohne Bezug zur Transzendenz wird zum Geschäft.“ Deshalb — und lassen Sie sich von keinem Spott vom Wege abbringen — ist die Erneuerung der geistig-moralischen Grundlagen der Politik so wichtig. Mit bloßer Geschäftigkeit, mit neuen Programmen, Gesetzen, staatlichen Maßnahmen allein werden wir ganz gewiß die Herausforderungen nicht bestehen.

Unsere Politik der Erneuerung wird nur erfolgreich sein, wenn es uns gelingt, in den geistig-moralischen Grundfragen unserer Zeit wieder festen Boden zu gewinnen.

Hermann Lübke hat recht, wenn er sagt, daß es gerade in einer Zeit raschen wirtschaftlichen und technologischen Wandels mehr denn je darauf ankommt, gemeinsame Werte, Tugenden und Traditionen zu bewahren. Wir brauchen sie, wir brauchen sie ganz persönlich im privaten wie im öffentlichen Leben — zur Sinnfindung und zur Orientierung.

Umweltschutz und Friedensbekenntnis, das Engagement für die Dritte Welt und das Eintreten für die Rechte von Minderheiten, dies alles ist wichtig und wertvoll, aber es ist kein Ersatz für die aus geschichtlicher Tradition und aus christlicher Glaubenslehre überlieferten Werte. Die Entpflichtung der Menschen in einer glaubenslosen Welt, der Verlust von Glauben an Gott, ist mehr als alles andere Ursache von Einsamkeit und Angst.

Die mit moralischen Argumenten bemäntelte Kritik an der technischen Zivilisation lenkt in einer höchst gefährlichen Weise die Lebenseinstellung einer wachsenden Zahl von Menschen auf Irrwege.

Von der heute viel beschworenen nachindustriellen Gesellschaft sind wir weit entfernt. Richtig ist, daß wir im tertiären Sektor, d.h. bei den Dienstleistungen, noch große Wachstumschancen haben. Dennoch, auch die Dienstleistungsgesellschaft und erst recht eine postmaterielle Gesellschaft sind vorerst nichts als eine Vision. Zur Industriegesellschaft gibt es also keine Alternative.

Und wer den Menschen vormacht, sie könnten besser leben und zugleich weniger arbeiten, sie könnten der technologischen Herausforderung ausweichen und dennoch den gewohnten Lebensstandard und ihre soziale Sicherheit bewahren, wer besseren Umweltschutz verspricht, aber nicht sagt, woher er die Energie und das Geld dafür nehmen will, der zeigt nicht nach vorne, sondern nach rückwärts. Wir

aber wollen nicht zurück, wir wollen vorwärts in eine bessere Zukunft.

Aber auch das ist wahr: Es gibt keine Alternative zur Industriegesellschaft, aber es gibt Alternativen in der Industriegesellschaft. Wer nicht blind ist, und wer nicht taub durchs Land geht, der kann sie sehen bzw. hört davon.

Unser geschärftes Bewußtsein für Natur und Umwelt — eine zutiefst konservative Aufgabe im besten Sinne des Wortes —, die Erfolge des Umweltschutzes bei der Luftreinhaltung, im Gewässerschutz und bei der Lärmbekämpfung sind Beispiele dafür. Ich bin fest überzeugt: Der entscheidende und wichtige Auftrag an unsere Generation ist die Versöhnung von Ökologie und Ökonomie.

Wir können dem Fortschritt wieder menschliches Maß geben. Auf vielen Feldern gibt es ermutigende Beispiele dafür. Das, was — von deutschen Kommunalpolitikern, von vielen Bürgern mitgetragen — bei der Sanierung von Städten und Dörfern gegenwärtig geleistet wird, ist ein Beispiel zunehmender Sensibilität für die Erhaltung geschichtlicher Denkmäler, und es ist ein Wechsel, ein Wandel zum Besseren in unserem Denken.

Der Ausbau von Sozialstationen, die Verbesserung der Nachbarschaftshilfe, die Abkehr vom Gigantismus im Schul- und Krankenhausbau, Alternativen im Bereich der Architektur, weg von Wohnsilos und seelenlosen Trabantenstädten: Das alles gehört zu diesen erfreulichen Zeichen — ich könnte viele weitere nennen — einer Neubesinnung.

Dazu gehört auch die wachsende Bereitschaft vieler junger Leute zum sozialen Engagement: für die Dritte Welt, für die Aussiedler, für die Ausländer in der eigenen Stadt, im eigenen Dorf, für behinderte Mitmenschen. Zu diesem Bild, das uns optimistisch stimmen darf, gehört auch

die Wiederentdeckung des Wertes der Erziehung in Schule und Familie. Sie zeigt doch die Hinwendung zu mehr menschlicher Qualität.

Um es klar zu sagen: Das alles verleitet mich nicht dazu, dem Fortschrittspessimismus eine Fortschrittseuphorie entgegenzusetzen. Wir sollten nüchtern bleiben. Aber wir sollten uns von niemandem einreden lassen, die Bedingung für mehr Menschlichkeit, für eine lebenswerte Zukunft sei die Abkehr von Wachstum, Fortschritt und Technik.

Alle unsere Bemühungen um die Gestaltung einer lebenswerten Zukunft wären umsonst, wenn es uns nicht gelänge, den Frieden und unsere Freiheit zu erhalten. In einer Welt voller Konflikte und Waffen sind der Frieden und die Freiheit unseres Landes die wichtigsten Voraussetzungen für unser persönliches Glück.

Friede ist mehr als die bloße Abwesenheit von Krieg. Friede bleibt ein Anspruch, der immer neu eingelöst werden muß. Er beruht auf dem gerechten Ausgleich von Interessen. Der Friede wird nur sicherer in einem Prozeß abnehmender Gewalt und zunehmender Gerechtigkeit. Wenn die Friedensdenkschrift der EKD und das Wort der Deutschen Bischofskonferenz zum Frieden so nachdrücklich einer „Wiedergewinnung der politischen Dimension in den heutigen Weltkonflikten“ das Wort reden, so entspricht dies ganz genau unseren politischen Vorstellungen.

Friede darf nicht in der Waffendiskussion ersticken. Friede ist und bleibt, wie wir es verstehen, eine Sache umfassender Weltverantwortung. Darum gehören der Schutz der Grundrechte, die Verpflichtung auf die Menschenrechte, das Bemühen um gerechtere internationale Beziehungen und die Respektierung rechtlich vereinbarter Regelungen zu den fundamentalen Forderungen unseres politischen Programms.

Rede Helmut Kohl

31. BUNDESPARTEITAG

Wir vertrauen auf die friedensstiftende Kraft des Rechts. Geistige, politische, moralische Nachgiebigkeit gegenüber Rechtsbrüchen und jede Schwächung des Rechtsbewußtseins bestärken die Macht des Bösen und gefährden den provisorischen Frieden.

Solange die Macht des Bösen in und um uns nicht überwunden ist, verlangt eine verantwortliche Friedenspolitik auch nach entsprechenden Sicherungen für Frieden und Freiheit nach innen und außen. Unverzichtbare Voraussetzung für den inneren Frieden sind aber wirtschaftliche Wiedergesundung, Konsolidierung des Haushalts und das Bemühen um soziale Gerechtigkeit.

Wir haben — denken Sie u. a. an den Programmparteitag in Ludwigshafen — in den letzten Jahren auf vielen Parteitagungen immer wieder versucht, die direkte Wechselwirkung von Innen- und Außenpolitik in das öffentliche Bewußtsein zu heben, weil wir wissen, daß der innere Frieden unsere Friedenspolitik auch nach außen fördert, weil wirtschaftlicher Aufschwung in der Bundesrepublik Deutschland Antrieb für die wirtschaftliche Erholung anderer Staaten sein kann und weil eine Regierung in der Bundesrepublik Deutschland mit einer sicheren parlamentarischen Mehrheit und mit einer klaren politischen Linie ein stabiler Faktor in Europa, im Bündnis und auch im Gespräch mit dem Osten ist.

Ich kann heute, gerade auch nach diesen sieben Monaten nach unserer Regierungsübernahme, mit großer Genugtuung feststellen: Unsere Freunde und Verbündeten bauen auf uns, weil wir verläßlich sind und weil wir berechenbare Partner sind. Und unsere Nachbarn im Osten sprechen mit uns, und das ist gut so. Sie wissen, woran sie mit uns sind, und — was vielleicht auch wichtig ist — sie wissen, daß sie lange mit uns rechnen müssen.

Das ist unsere Chance als Regierungspartei: Als stabiler Faktor der europäischen und internationalen Politik können wir die deutschen Interessen besser vertreten als jene, die zwar immer über sie reden, sie aber durch ihre Politik des ständigen Jeins nach innen und nach außen schwächen. Deshalb lassen Sie mich das mit einem Satz abtun — ist es ein für mich ziemlich überflüssiger Streit, ob eine CDU/CSU/FDP-Regierung in der Außenpolitik Kontinuität verfolgt oder eine Wende vollzieht.

Unsere Außenpolitik ist klar bestimmt; die Prioritäten sind deutlich. Sie folgen übrigens ganz klar dem gemeinsamen Wahlprogramm von CDU und CSU; jeder kann es nachlesen. Das war auch die Grundlage für die Regierungserklärungen, die ich am 13. Oktober vergangenen Jahres und am 4. Mai dieses Jahres abgegeben habe. Sie sind die verbindliche Grundlage unserer Politik, und dabei bleibt es.

Wir haben zwei entscheidende Prioritäten — es sind Prioritäten, die durch unsere Partei mit der Zustimmung des Volkes schon in den 50er Jahren unter der Führung Konrad Adenauers gesetzt wurden: Erste Priorität haben die enge Freundschaft — sie ist das entscheidende Kernstück der Allianz — mit den Vereinigten Staaten von Amerika und das Atlantische Bündnis. Wir haben alles getan, um das gegenseitige Vertrauen zu vertiefen. Das Ergebnis ist eine überzeugende Geschlossenheit des Westens in den Grundlagen der Sicherheitspolitik.

Diese Übereinstimmung reicht weit über das Bündnis hinaus. Ich erinnere an die Rede von Präsident Mitterrand vor dem Deutschen Bundestag, und ich erinnere an die Ausführungen, die der spanische Ministerpräsident Gonzalez in meinem Beisein zum NATO-Doppelbeschluß in Bonn gemacht hat; all dies ist in den letzten Wochen und Monaten geschehen.

31. BUNDESPARTEITAG

Rede Helmut Kohl

Diese Geschlossenheit ist die beste Garantie für den Frieden und die Sicherheit in Europa. Wenn ich die politischen Parteien betrachte, so stelle ich fest, daß es in Europa heute nur noch eine politische Kraft gibt, die sich in den zentralen Fragen der europäischen Sicherheit völlig isoliert: das ist die deutsche Sozialdemokratie.

Das Vertrauensverhältnis mit unseren amerikanischen Freunden ist ein wichtiges politisches Kapitel; wir werden es pflegen. Pflegen heißt nicht, daß wir zu allem ja und amen sagen, was in Washington gedacht oder gesagt wird, sondern wir werden das sorgsam prüfen und miteinander diskutieren. Freundschaft heißt Partnerschaft, heißt miteinander und nicht übereinander reden. Sie ist niemals ein Befehlsverhältnis, sondern eine Verbindung aus den großen Traditionen unserer Völker, auch aus den Traditionen — ich sage das bewußt —, die zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland im Laufe von 300 Jahren Einwanderung von Deutschen in die Vereinigten Staaten entstanden sind.

Ich freue mich, Ihnen sagen zu können, daß die gegenseitige Information und Konsultation noch nie so häufig und so eng war wie in den letzten Monaten — ich weiß, was ich sage, wenn ich „nie“ sage. Das hat auch seinen guten Grund angesichts der existentiellen Fragen, die wir zu beantworten haben. Die Besorgnisse über eine mögliche deutsche Sonderrolle im Ost-West-Verhältnis sind Gott sei Dank überwunden. Was wir gewonnen haben, ist ein Verständnis für unsere besonderen Sorgen im geteilten Vaterland.

Freundschaft muß auf Vertrauen gründen. Wer sich gegenseitig verdächtigt, wird nicht die Interessen des anderen unterstützen. Wir haben mit einer solchen Politik Schluß gemacht. Sie hat uns selbst am meisten Scha-

den zugefügt. Jetzt ist unsere Position im Bündnis und in Europa stärker geworden. Die Sowjetunion weiß, daß unsere Freundschaft zu den USA, die Partnerschaft in der Atlantischen Allianz nicht in Zweifel gezogen, nicht erschüttert werden können. Die sowjetische Führung spricht mit uns, weil sie davon ausgeht, daß unser Wort in Washington wie auch im Bündnis und in Europa Gewicht hat.

Ich komme zu der zweiten wichtigen Grundlage unserer Politik nach dem Krieg, zur Einigung Europas. Die Einigung Europas hat gleiche Priorität wie die Atlantische Allianz. Das entspricht der Tradition unserer Partei. Wir haben uns immer als die klassische Europapartei verstanden. Deswegen ist es klar, daß viele in Europa ihre Hoffnungen auf uns richten. Ich sage dies, weil ich weiß, daß es modern oder schick geworden ist, über Europa achselzuckend hinwegzugehen und zu fragen: Was kann da noch Gutes zu erwarten sein? Wir werden während der Wochen, die uns in der Präsidentschaft noch bleiben, und im Europäischen Rat zäh und entschieden darum ringen, daß wir weiterkommen, auch wenn es nur kleine Wegstrecken sind. Ich lasse nie einen Zweifel darüber, daß wir die Einigung Europas wollen, daß wir intensiv um Lösungen ringen und daß wir nicht resignieren dürfen. Wir wissen: Was bisher erreicht wurde, ist nicht befriedigend, nicht ausreichend. Wer aber mehr will, wer nicht warten kann, wer drängt, der muß auch sagen, was er für einen Preis bezahlen will, welche Opfer er zu bringen bereit ist.

Ich will ein Beispiel aus den letzten Tagen herausgreifen. Die Europäische Kommission hat vorgeschlagen, den Mehrwertsteueranteil zur Finanzierung der Gemeinschaft von bisher 1 Prozent auf 1,4 Prozent anzuheben. Wenn wir diesen Vorschlag akzeptieren würden, müßten wir pro Jahr 4 Milliarden DM mehr für Europa

Rede Helmut Kohl

31. BUNDESPARTEITAG

zahlen. Gleichzeitig sparen wir in bitteren Auseinandersetzungen — es kann gar nicht anders sein — für den nationalen Haushalt des Jahres 1984 6,5 Milliarden DM ein. Sie wissen, daß wir den Vorschlag aus Brüssel so nicht akzeptieren können und werden. An diesem Beispiel wird aber doch jedermann klar, vor welchen Problemen wir stehen.

Fairerweise muß aber auch die andere Seite angesprochen werden, nämlich die Vorteile, die wir gewonnen haben. Über 48 Prozent der Ausfuhren gingen 1982 in Länder der Gemeinschaft. Das sind 13 Prozent unseres gesamten Bruttosozialprodukts.

Es gibt noch einen Grund, weshalb vor allem wir Europa brauchen. Wir sind ein geteiltes Land. Wer in die Geschichte schaut und wer sich Sensibilität für die Möglichkeiten von morgen bewahrt hat, der weiß: Die Einheit des deutschen Vaterlands ist in der größeren europäischen Heimat in Zukunft denkbar.

Am 17. Juni des nächsten Jahres werden wir erneut an die Wahlurnen gehen, um das 2. Europäische Parlament zu wählen. Wir müssen den Bürgern dann Rechenschaft über das geben, was wir für Europa geleistet haben. Der Bürger muß wissen, daß wir noch einen langen und beschwerlichen Weg vor uns haben. Unsere Bürger müssen spüren, daß wir uns als Christliche Demokraten mit dieser Idee identifizieren, daß wir unsere Kraft, daß wir unsere Phantasie einsetzen, um das Ziel zu erreichen. Wir müssen den Bürger, der skeptisch ist, fragen: Wie sieht denn deine Alternative aus? Wollen wir wieder zurück zu trennenden Grenzen und dem Protektionismus und all dem, was die Schattenseite der Nationalstaaten war?

Das sind Schwerpunkte unserer Außenpolitik. Ich habe sie in dem Satz zusammengefaßt: „Fundamente unserer Außenpolitik

bleiben das Atlantische Bündnis und die Europäische Gemeinschaft.“

Auf diesen Fundamenten bauen wir unsere Politik auch mit den Staaten des Warschauer Paktes auf, eine Politik des Dialogs, des Ausgleichs und der Zusammenarbeit. Unsere Einbindung in den Westen bleibt das entscheidende politische Widerlager für unsere Ostpolitik. Wir werden keine Politik mit unseren östlichen Nachbarn betreiben, die zu Lasten unserer Freundschaft in der Allianz, die auf Kosten des Zusammenhalts des Bündnisses geht. Das unterscheidet uns von den illusionären Entspannungspolitikern in der SPD.

Aber noch etwas unterscheidet uns von der SPD. Wir werden die Belastungen im Ost-West-Verhältnis, wir werden unsere Besorgnisse in den zweiseitigen Beziehungen mit der Sowjetunion, mit der DDR, mit Polen, mit der Tschechoslowakei, mit Rumänien, mit anderen Namen nennen. Wir werden uns nicht damit abfinden, daß Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl mitten in Deutschland bestehen und man dies am Ende noch als normal bezeichnet. Das wird nicht unsere Politik sein!

Wir werden dies aber nüchtern tun — ruhig und ohne Schaum vor dem Mund. Wir werden uns nicht scheuen, immer wieder darauf zu dringen, daß die Belastungen abgebaut werden, daß Spannungen vermindert werden, daß die Menschen in Deutschland zueinanderkommen. Unsere Nachbarn im Osten müssen wissen, daß politische Beziehungen, wirtschaftliche Zusammenarbeit, wissenschaftlich-technische Kooperation, kultureller Austausch um so leichter, um so umfassender möglich sind, je rascher Fortschritte erreicht werden — Fortschritte, die zu mehr Menschlichkeit und weniger Konfrontation führen. Das gilt vor allem für das Problem der Familienzusammenführung.

Wir sorgen uns um einen vernünftigen, um einen friedlichen, um einen menschlichen Ausgleich mit unseren ausländischen Freunden, mit den Gastarbeitern in der Bundesrepublik Deutschland. Wir sorgen uns aber auch um das Schicksal unserer Landsleute, die durch die Geschichte nach Sibirien, nach Rumänien, nach Polen oder anderswohin gekommen sind und die in ihr altes Vaterland zurück wollen.

Ein Drittes unterscheidet uns von der SPD. Wir werden wieder zu einer Politik zurückkehren, die den beiderseitigen Interessen dient, die zu mehr Ausgewogenheit zwischen Leistung und Gegenleistung führt. Unser Angebot an unsere östlichen Nachbarn — auch an Moskau — ist, eine neue und auch bessere, stabilere Qualität der Beziehungen zu erreichen. Wir wollen die Gespräche auf allen Ebenen führen und vertiefen, beharrlich und ohne Illusion über bestehende Gegensätze, und, wenn möglich, auch mit einer gewissen Regelmäßigkeit. Ich füge aber hinzu: Diese Politik kann keine Einbahnstraße sein. Sie kann nicht mit Scheuklappen nach dem Motto geführt werden: Was scheren uns Unrecht, Krisen und Spannungen in anderen Teilen der Welt? Was schert uns, was in Polen oder im fernen Afghanistan geschieht? Die Welt ist unteilbar, auch unter diesem Gesichtspunkt.

Unsere Politik bleibt in die Allianz, in die Partnerschaft eingebettet. Man kann es einfach sagen: Wir verraten unsere Freunde nicht. Wir verraten unsere Grundsätze nicht. Wir werden uns selbst treu bleiben: unseren Grundsätzen, unseren Idealen, unseren Zielen. Wir wissen, daß wir auf diesem Weg mit Rückschlägen, manchmal mit Stagnation rechnen müssen. Sie werden uns aber nicht zu Wohlverhalten verleiten und nicht zur Anpassung, nicht zur Gewöhnung an Unrecht und Unmenschlichkeit. Denn dies wäre ein gefährlicher Weg.

Aber wir werden uns auch nicht entmutigen lassen und nicht aufgeben. Denn dies wäre ein zu bequemer Weg.

Am 4. Juli werde ich zu Gesprächen nach Moskau reisen. Es wird die erste Begegnung sein zwischen den neuen politischen Führungen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion.

Beide Seiten wissen, daß sie möglicherweise auf sehr lange Zeit miteinander zu tun haben werden. Und die Reise findet zu einem Zeitpunkt statt, an dem die Verhandlungen in Genf in ein entscheidendes Stadium getreten sein können.

Ich werde in Moskau nicht als Vermittler und nicht als Dolmetscher auftreten. Ich werde die Gespräche in enger Abstimmung mit unseren Freunden führen, als ein Mitglied des westlichen Bündnisses. Ich habe dort keine Verhandlungen zu führen, aber ich werde alle nur denkbaren Anstrengungen unternehmen, um zu einer einvernehmlichen Lösung in Genf beizutragen.

Die Sowjetunion weiß, wo wir stehen. Sie kann auch keine Zweifel darüber haben, welche Politik wir verfolgen, im Bündnis, in Europa und gegenüber unseren Nachbarn. Sie kann und wird — das ist sowjetische, das ist russische Tradition — unsere Politik realistisch einschätzen. Sie wird dabei ihre Interessen nüchtern gegenüber den unseren zu prüfen haben.

Ich bin sicher: Wir haben eine gute Chance, daß diese Gespräche zum gegenseitigen Verständnis beitragen. Wir werden in wichtigen Fragen hart streiten, aber beide Seiten müssen wissen, daß vernünftige, konstruktive Beziehungen im Interesse beider Völker liegen.

Am Ende eines solchen Besuches können keine spektakulären Ergebnisse stehen. Aber, wenn es uns gelingt, neue Wege zur Zusammenarbeit zu erschließen, wäre dies, so finde ich, ein guter Anfang.

Rede Helmut Kohl

31. BUNDESPARTEITAG

Wir brauchen bessere politische Beziehungen, um vor allem Fortschritte in der Abrüstung und der Rüstungskontrolle zu erreichen. Es ist heute die gemeinsame Überzeugung aller vernünftig denkenden Menschen, daß der Krieg kein Mittel der Politik sein kann. Es ist daher Ziel aller Sicherheitspolitik, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die Möglichkeit einer politischen Erpressung oder gar einer kriegerischen Auseinandersetzung auszuschließen.

Dies ist in den letzten 30 Jahren erreicht worden durch ein annäherndes Gleichgewicht der Kräfte. Der Aufbau militärischer Macht im westlichen Bündnis steht, so verstanden, immer im Dienst der Friedenssicherung. Diese Macht hat ihr Ziel erreicht, wenn sie nie eingesetzt werden muß. Deswegen gilt der Satz, daß unsere Bundeswehr eine Friedensarmee ist und unsere Soldaten Friedensdienst leisten.

Wenn die Kirchen in aller Welt darauf verweisen, daß der Rüstung mit immer mehr Waffen Grenzen gesetzt werden müssen und daß die Frist dazu nicht unbegrenzt sei, so ist das wohl kaum jemandem bewußter als uns, den Deutschen, in einem geteilten Land.

50 Millionen Tote hat der Zweite Weltkrieg gekostet. Dazu kamen das Leiden und das Elend von Millionen Überlebenden. Bernhard Worms hat Ihnen ein Bild aus jenen Tagen vom Juni 1945 in die Mappen gegeben, in denen der Gründungsauftrag der Christlich Demokratischen Union enthalten ist. Dieses Bild spricht eine beredtere Sprache als das, was wir viele Jahrzehnte später dazu sagen können.

Auch heute ist die Welt von Kriegen, von Flüchtlingsströmen, von Hunger und Not, von wirtschaftlichen Krisen und Arbeitslosigkeit gekennzeichnet. Wer will da nicht Frieden, wer will nicht Freiheit, wer will nicht Brot?

Aber Friedensgesinnung allein reicht nicht. Es reicht nicht das Wort zum Frieden, es reicht auch nicht der Wille zum Frieden. Die Tat ist gefordert, in Ost und West, in Nord und Süd! Und so wollen wir handeln als Christliche Demokraten. Es gibt für uns keinen Grund zu Pessimismus. Noch nie war die Chance so groß wie heute, Rüstungen abzubauen, zu begrenzen, zu kontrollieren.

Wer aber einseitig Vorleistungen fordert, wer Überrüstung und Ungleichgewicht in Kauf nehmen will, wer dem Gegenspieler die falschen Signale übermittelt, wer Abrüstung auf der einen Seite anbietet, ohne Antwort auf der anderen Seite zu verlangen, der macht jede Chance für Abrüstung und Rüstungskontrolle zunichte.

Für uns bleibt völlig unverzichtbar: Wir müssen selbst frei darüber bestimmen, was unserem, was dem deutschen Sicherheitsinteresse dient. Der Weg, den wir jetzt einschlagen, wird — und jeder von uns spürt dies — auch das Schicksal kommender Generationen bestimmen.

Der Westen hat der Sowjetunion das umfassendste Angebot für Abrüstung und Rüstungskontrolle unterbreitet, das es je gegeben hat. Wir müssen jetzt alle Verhandlungsebenen intensiv für Lösungen nutzen. Wir wollen auch neue Verhandlungsmöglichkeiten schaffen, etwa im Rahmen einer Konferenz für Abrüstung in Europa.

Wir wollen ein umfassendes Netz von Verhandlungen schaffen, weil wir wissen, daß ein langer Weg vor uns liegt, weil wir wissen, daß Zwischenlösungen unvermeidlich sein werden, und weil wir wissen, daß auch Rückschläge möglich bleiben.

Aber ich will es so einfach formulieren: Wenn eine Masche reißt in dieser gefährlichen Zeit, darf nicht das ganze Netz reißen. Und wenn ein Weg

31. BUNDESPARTEITAG

Rede Helmut Kohl

aussichtslos erscheint, muß ein anderer Weg weiterführen.

In diesen Fragen der Sicherheitspolitik ist es unerlässlich, daß wir im Bündnis geschlossen bleiben. Um so größer ist unsere Sorge, daß wir im eigenen Land die Übereinstimmung in der Sicherheitspolitik zwischen den großen demokratischen Parteien nicht mehr finden, daß sie brüchig geworden ist.

Ich sage das in aller Ruhe: Wir haben als Opposition die Regierung Schmidt in den entscheidenden Fragen, nicht zuletzt beim NATO-Doppelbeschluß, unterstützt, weil wir für die nationalen Interessen unseres Landes eingetreten sind. Ich appelliere heute als Kanzler der Bundesrepublik an die jetzige Opposition, ebenfalls aus nationalem Interesse ihre Pflicht zu tun.

Wir werden uns über alle Parteigrenzen hinaus um eine breite Mehrheit in unserem Volke bemühen. Wir wollen den inneren Frieden, um den äußeren zu sichern. Wir wissen, daß der Friede heute nicht nur durch Aufrüstung bedroht ist, sondern auch durch Konflikte in Regionen der Dritten Welt, die sehr rasch in weltweite Krisen ausufern können. Auch wir Deutschen dürfen uns dieser Verantwortung nicht entziehen.

Unser Ziel ist die Unabhängigkeit und innere Stabilität dieser Länder, ob in Mittel- oder Lateinamerika, ob in Afrika, im Nahen Osten oder in Asien. Wir werden uns überall leidenschaftlich dafür einsetzen, daß fremde Truppen abgezogen werden, aus Afghanistan, aus dem Libanon, aus Angola, aus Kambodscha und aus anderen Krisengebieten der Welt.

Wir wollen auch solchen Staaten helfen, die sich aus politischer Abhängigkeit befreien wollen. Wir werden dabei keine Chance unbedacht verschütten. Es werden Balanceakte notwendig sein, die wir aber nicht mit lautstarken Worten und öf-

fentlichen Forderungen begleiten, sondern mit ruhigen Taten unterstützen wollen.

Es muß uns dabei legitimerweise immer auch um unser eigenes Interesse gehen. Aber das Wohl des Partners gehört dazu. Wir wollen Zusammenarbeit zum Nutzen für beide Seiten.

Unser Land, diese Bundesregierung, wir, die Christlich Demokratische Union Deutschlands, stehen vor großen Herausforderungen. Wer sich nichts vormacht, weiß, daß wir schwierigen, vielleicht schweren Zeiten entgegensehen. Ich bin fest überzeugt, daß wir die Probleme gemeinsam meistern können, denn wir sind der Aufgabe gewachsen, und wir werden es auch gemeinsam schaffen.

Unser Volk hat schon einmal — am Tiefpunkt seiner Geschichte im Jahr 1945 — seine großen Kräfte mobilisiert und eine Aufbauleistung vollbracht, die ihm die Bewunderung seiner Freunde und den Respekt seiner Gegner eingebracht hat. Jetzt müssen wir uns erneut zu einer großen gemeinsamen Anstrengung zusammenschließen.

Die Mehrheit unseres Landes, die Mehrheit der politischen Mitte will mit uns den Aufschwung schaffen. Sie will Investitionen in die Zukunft, damit die Wirtschaft wieder in Ordnung kommt und alle, die arbeiten wollen, auch arbeiten können.

Sie will weniger Staat, damit sich die Initiative und Leistung des einzelnen wieder freier entfalten können, sie will Solidarität mit den Schwachen, vor allem auch mit der nachwachsenden Generation, aber nicht die Umverteilung von einer Tasche in die andere. Unsere Mitbürger wollen eine moderne Gesellschaft mit menschlichem Gesicht, und sie wollen, daß wir unsere Freiheit verteidigen und den Frieden bewahren. Diese Politik hat das Vertrauen unserer Bürger. Sie stärkt unsere Kraft,

Rede Helmut Kohl

31. BUNDESPARTEITAG

die Bundesrepublik Deutschland in eine gute Zukunft zu führen.

Dabei wissen wir als christliche Demokraten: Bei all unserem Tun stehen wir in der Verantwortung vor Gott und für jene, die nach uns kommen. Keiner von uns kennt das Ziel der Geschichte. Es sind nicht nur Taten, es sind auch Gebete, die Geschichte bewegen.

Vor dem ersten Bundesparteitag der CDU in Goslar 1950 benannte Konrad Adenauer sein Thema „Deutschlands Stellung und Aufgabe in der Welt“. Wer sich die wirtschaftliche, die soziale und die geistig-moralische Verfassung unseres Landes in jener Zeit vergegenwärtigt, der weiß, wieviel Mut, wieviel geschichtliche Perspektive zur Wahl dieses Themas damals gehörte. Heute, so habe ich jedenfalls den Eindruck, fehlt es manchen an diesem geschichtlichen Weitblick. Fixiert auf die gewiß bedeutenden Probleme der Zeit und

die Sorge des Tages, die Sorge um das Materielle, schieben sie nur allzuleicht beiseite, was mit blanker Geschäftigkeit und Papieren nicht zu lösen ist.

Erinnern wir uns in dieser Stunde an den Auftrag der Geschichte, an die Präambel unseres Grundgesetzes. Sie verpflichten uns, die Einheit Deutschlands in Freiheit zu vollenden. Wir wissen, aus eigener Kraft können wir Deutsche den Zustand der Teilung nicht ändern, aber wir können ihn erträglicher machen und auch weniger gefährlich.

Überwinden können wir die Teilung Deutschlands nur im Rahmen einer dauerhaften Friedensordnung in Europa. So lange müssen wir das Bewußtsein der Einheit Deutschlands und der gemeinsamen deutschen Kultur und Geschichte wachhalten. Das ist unser historischer Auftrag, das ist unsere patriotische Pflicht, und dieser Pflicht wollen wir uns stellen.

Heiner Geißler: Wir wollen dieses Jahrzehnt mit unserer politischen Arbeit prägen

Ich möchte eine Vorbemerkung machen. Dieser Raum, dieser Saal erinnert uns an ein großes Ereignis während des Wahlkampfes, nämlich an den Jugendkongreß der Christlich Demokratischen Union. Wir hatten damals 4 000 bis 5 000 Teilnehmer erwartet. Gekommen sind über 10 000 junge Menschen aus der Umgebung von Köln. Wir hatten damals einige

Wir haben die Wahl auch deswegen gewonnen, weil es uns gelungen ist, das Vertrauen der Mehrheit der Erstwähler zu gewinnen.

Wir haben in der letzten Woche über den Bericht der Enquete-Kommission „Jugendprotest im demokratischen Staat“ im Parlament debattiert. Wir als Christliche Demokraten fühlen uns auch für junge Menschen verantwortlich, die zu resignieren beginnen, die deswegen resignieren, weil sie keine Aussicht für ihren beruflichen Weg, für ihren Lebensweg sehen.

Wir fühlen uns auch verantwortlich für Selbsthilfegruppen, für kleine Gruppen, für Minderheiten. Aber ich glaube, wir tragen genauso, wenn nicht sogar eine größere Verantwortung für die Hunderttau-

Schwierigkeiten und Auseinandersetzungen mit den Medien, weil wir der Auffassung waren, daß ein solches Ereignis mehr Nachrichtenwert hätte als z. B. ein Interview, das vier Tage vorher mit dem Vorsitzenden der Null-Bock-Partei gemacht worden war, die nach ihren eigenen Angaben über neun Mitglieder verfügte. Ich will darauf jetzt nicht zurückkommen.

senden, ja Millionen junger Menschen, die in der Pfadfinderschaft, in der Deutschen Sportjugend bis hin zum Jugendrotkreuz und zur Jugendfeuerwehr positiv ihren Beitrag leisten für die Gemeinschaft.

Und ich würde hier eigentlich gern die Empfehlung weitergeben, daß die öffentlich-rechtlichen Medien über das Engagement dieser jungen Menschen in der Zukunft etwas mehr berichten, als dies in der Vergangenheit der Fall gewesen ist, weil sie dies nämlich verdienen.

Wir führen diesen Bundesparteitag in Köln durch, der Stadt Konrad Adenauers. Konrad Adenauer hatte, vor allem in seinen letzten Jahren, öfters die Sorge geäußert, die CDU würde in der Opposition zerfallen.

Rede Heiner Geißler

31. BUNDESPARTEITAG

Das können Sie in den verschiedenen Biographien, die es gibt, nachlesen. Aber ich glaube, wir können heute auf diesem Parteitag feststellen: Wir, die Christlich Demokratische Union, haben uns in den letzten 13 Jahren seines Erbes würdig erwiesen.

Ich bin froh, daß wir dies gerade hier in Köln sagen können.

Es war ein langer Weg seit 1969. Wir haben diesen Weg draußen in einer Ausstellung dokumentiert. Der Weg der CDU in der Opposition, an dessen Anfang weite Teile der deutschen Publizistik uns den baldigen Zerfall vorausgesagt hatten. Es war ein steiniger Weg mit Streit, Niederlagen, aber auch ein Weg der Arbeit, mit neuen Ideen, mit einer neuen Sprache, mit einer immer besseren Organisation, ein Weg der geistigen und der politischen Erneuerung.

Wir alle haben daran mitgewirkt, alle Parteimitglieder, die hauptamtlichen Mitarbeiter, ihnen gilt unser Dank. Unser Dank gilt aber auch denen, die in schwierigen Zeiten der Opposition die politische Verantwortung in der Führung der Partei wahrgenommen haben. Ich nenne zunächst meine Vorgänger im Amt: Bruno Heck, Konrad Kraske, Kurt Biedenkopf.

Aber wir nennen hier auch dankbar und voller Anerkennung unsere Parteivorsitzenden seit 1969: Kurt Georg Kiesinger, Rainer Barzel und natürlich Helmut Kohl.

Nun hat es ja im Vorfeld des Parteitages in der Presse so Vorbemerkungen gegeben — manche haben das auch abschätzig gemeint —, es werde ein Jubelparteitag werden. Ich finde, wir sollten diese Leute nicht enttäuschen. Wir und mit uns die überwiegende Mehrheit der Mitbürger in der Bundesrepublik Deutschland, wir sind froh, daß die alte Ära beendet ist, und wir

freuen uns, daß Helmut Kohl Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland ist.

Aber ich glaube, es ist gut, uns, wenn wir jetzt in die Zukunft schauen, kurz zu überlegen, wie denn eigentlich dieser Wahlsieg zustande kam. Ich finde, die Tugenden und Leistungen, die uns an die Regierung gebracht haben, müssen wir auch in der Regierung bewahren. Denn wir wollen ja nicht nur vier Jahre an der Regierung bleiben, sondern wir wollen mindestens dieses ganze Jahrzehnt mit unserer politischen Arbeit prägen.

Also was war es?

Erstens. Die CDU hat einen erfolgreichen Kanzlerwahlkampf geführt, für und mit Helmut Kohl. Unser Wahlkampf war in der Person und in der Sache glaubwürdig. Das war ein entscheidendes Element für den Wahlsieg.

Zweitens. Wir haben den Wahlkampf aus der politischen Mitte unseres Volkes gewonnen. Das kam ja nicht von ungefähr. Die Grundlage für das Wahlprogramm der Mitte wurde in den 13 langen Jahren der Opposition gelegt. **Erinnern wir uns!** Hamburger Parteitag 1973: Mitbestimmung, Vermögensbildung, berufliche Bildung; Mannheim: Neue Soziale Frage, Gleichberechtigung der Frau, Partnerrente; Ludwigshafen: das Grundsatzprogramm; dann der Jugendparteitag in Hamburg: „Frieden durch Abrüstung“, „Frieden schaffen mit immer weniger Waffen“. Das waren und sind Elemente dieser Politik der Mitte. Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde, nur mit dieser Politik der Mitte werden wir auch in der Zukunft erfolgreich regieren können.

Was waren denn die sichtbaren Marksteine — daran müssen wir uns auch erinnern — auf dem Weg ins Kanzleramt?

31. BUNDESPARTEITAG

Rede Heiner Geißler

Zunächst einmal — der Bundeskanzler hat dies schon genannt —: Wir haben die Mehrheit gewonnen in den Kommunen, in unseren Großstädten. Ich nenne als Beispiel Rommel in Stuttgart, unseren Freund Kiesl in München und jetzt vor allem Walter Wallmann in Frankfurt.

Walter Wallmann hat Frankfurt aus einer schweren kommunalpolitischen Krise herausgeführt. Vor ihm war Frankfurt eine Stadt der Ausschreitungen, der Filzokratie und der Herrschaft der Sozialdemokraten. Heute ist Frankfurt anders. Heute ist Frankfurt ein kommunalpolitisches Symbol geworden. Und wenn es mit Hessen wieder aufwärts gehen soll, dann muß Walter Wallmann im September Ministerpräsident in Hessen werden!

Und ich finde, unsere Chancen in Hessen im September sind gut.

Ich nenne hier Alfred Dregger. Er hat als Parteivorsitzender in langen Jahren die Christlich Demokratische Union zur stärksten Partei gemacht, und ich finde, der Parteitag sollte ihm für diese großartige Arbeit noch einmal ausdrücklich den Dank und die Anerkennung aussprechen. Wir wünschen ihm alle Glück und Gottes Segen für seine Arbeit als Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU.

Zu den Marksteinen auf dem Weg ins Kanzleramt gehören auch unsere Länder und die großen Wahlsiege in Bayern, in Baden-Württemberg, in Rheinland-Pfalz, im Saarland, in Schleswig-Holstein. Wir nennen hier unsere Ministerpräsidenten.

Aber — und dies ist für die Parteigeschichte der vergangenen Jahre wichtig — für die Politik der Mitte war es ein entscheidender Durchbruch, daß die CDU in sozialdemokratischen Stammländern, in denen über zwei Jahrzehnte die Sozialdemokraten die

Macht ausgeübt hatten, die Regierung gewinnen konnte, in Niedersachsen mit Ernst Albrecht und in Berlin mit Richard von Weizsäcker. Das war ein entscheidender Durchbruch.

Wenn wir hier unsere Geschichte in kurzen Strichen schreiben, dann sollten wir aber nicht allein an die Erfolge denken. Sieg und Niederlage sind oft nahe beieinander. Unsere uneingeschränkte Anerkennung und unser Dank gelten dem Mann, der seine Person in den Dienst der Sache gestellt hat, auch in wenig aussichtsreicher Lage: Walther Leisler Kiep in Hamburg.

Ich möchte ihm, ich glaube, auch in Ihrem Namen, dafür danken, daß er sich auch für die kommenden zwei Jahre wieder für die Aufgabe des Schatzmeisters zur Verfügung stellt.

Nun war unser Wahlkampf bis zum 6. März vor allem auch ein Wahlkampf der Wahrhaftigkeit. Wir haben das oft genug gesagt. Wir haben in der Diskussion draußen noch nicht alles hinter uns. Wir haben den Sparhaushalt 1984 noch in der Diskussion mit unseren Mitbürgern zu vertreten.

Deswegen bitte ich Sie alle, wir sollten unsere Freunde in den Orts- und Kreisverbänden immer wieder darauf hinweisen und ihnen sagen, daß wir vor der Wahl gesagt haben, daß wir diese Opfer verlangen müssen. Das ist nichts Neues. Wir haben vor der Wahl gesagt, was wir nach der Wahl machen werden. Darin unterscheiden wir uns ja gerade von den Sozialdemokraten. Die Wahrhaftigkeit ist in dieser Auseinandersetzung unser wichtigstes Kapital.

Aber mit dieser Wahrhaftigkeit können wir nur dann gut fahren und können wir nur bestehen, wenn die Menschen davon überzeugt sind, daß es in diesem Land ge-

Rede Heiner Geißler

31. BUNDESPARTEITAG

recht zugeht. Ich erinnere uns an das Wort des heiligen Augustinus, der gesagt hat: „Ohne Gerechtigkeit, was wäre der Staat anderes als eine große Räuberbande!“ Auch in der Zukunft müssen wir Opfer bringen, aber sie müssen von allen getragen werden. Deswegen bestehen wir darauf, daß in den kommenden Haushaltsberatungen des Deutschen Bundestages das realisiert wird, was der Bundeskanzler in Auftrag gegeben hat, daß nämlich auch Kürzungen bei den Subventionen vorgenommen werden.

Dies ist eine wichtige Entscheidung.

Noch ein zweiter Punkt. Seit dem Mannheimer Parteitag 1975 haben wir die Einführung eines Erziehungsgeldes für alle Mütter gefordert. Wir hatten in der Opposition dafür keine Mehrheit. Jetzt an der Regierung haben wir die Ausdehnung des Mutterchaftsgeldes für alle Mütter beschlossen. Wir sagen ganz deutlich, auch angesichts der noch laufenden Diskussion, hier handelt es sich um einen Kernpunkt unserer Politik. Von dieser politischen Entscheidung, die das Kabinett getroffen hat, wird die Union nicht abgehen.

Ich glaube, daß wir auch sagen sollten, daß wir in der Familienpolitik — der Bundeskanzler hat dazu heute morgen Wichtiges gesagt — in der Zukunft davon ausgehen, daß das realisiert wird, was unter der Überschrift „Familiensplitting“ angekündigt worden ist. Wir müssen darauf bestehen, daß die Bürger, die Kinder haben, in der Zukunft weniger Steuern zahlen müssen als diejenigen, die keine Kinder haben.

Das ist ein Akt steuerpolitischer Gerechtigkeit. Wenn ich einmal die Diskussion der letzten Tage und Wochen zu diesem Thema verfolge, dann weiß ich ganz ge-

nau, daß es eine Fülle von Bedenken gibt. Wo man hinguckt und mit wem man redet, bei den sogenannten Fachleuten ein Bedenken nach dem anderen. Wir sind auf den Sachverstand der Beamten angewiesen, aber ich habe manchmal den Eindruck, daß eine Reihe unserer Beamten weniger Staatsdiener, sondern eher Bedenkenträger ist.

Ich finde also, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben hier klare politische Entscheidungen getroffen und Vorgaben gegeben, und ich bin der Auffassung, daß diejenigen, die in den Ministerien ihre Verantwortung haben, jetzt nicht alles erfinden sollen, um etwas zu verhindern, sondern daß sie ihren Geist anstrengen sollen, daß sie ihre Fähigkeiten einsetzen sollen, um das wirklich zu helfen, was die Mehrheit des deutschen Volkes politisch mit unserer Wahl beschlossen hat.

Meine lieben Parteifreunde, nur wenige Wahlkämpfe waren so politisch wie der Wahlkampf 1983. Kein Wunder, daß es auch ein emotionaler Wahlkampf wurde, oft mit einem leidenschaftlichen Engagement. Die Sozialdemokraten hatten noch einmal wie 1972 versucht, alle linken Ressentiments gegen die Union zu mobilisieren: „Ellenbogengesellschaft“, „Umverteilung von unten nach oben“ usw., aber sie sind diesmal auf eine andere Union gestoßen. Von einer Schweigespirale war nicht mehr die Rede. Ich habe deshalb Anfang Januar die Sozialdemokraten hart angreifen müssen; die Partei hat mich dabei unterstützt, und ich bedanke mich ausdrücklich dafür, daß diese Unterstützung möglich war.

Ich danke allen Mitgliedern, die sich mit viel Opfern auch an Zeit und Geld für unsere Sache geschlagen haben, aber auch

31. BUNDESPARTEITAG

Rede Heiner Geißler

Argumentation, Organisation und Werbung haben in diesem Wahlkampf gestimmt. Die Bundesgeschäftsstelle, unsere politische Arbeit, die Organisation und die Kommunikation genießen ein hohes Ansehen. Ich möchte hier unter vielen Stimmen einmal nennen, was der „Spiegel“, der sonst nicht gerade überläuft an Freundlichkeiten für die Union, in der vorletzten Woche über unsere Parteiarbeit geschrieben hat:

Die CDU-Bundesgeschäftsstelle, die zu Konrad Adenauers Zeiten noch als Kanzlerwahlverein und Papierverteilstelle galt, ist zur politischen Schaltzentrale der Union geworden, technisch und logistisch auf dem neuesten Stand.

Deswegen möchte ich, sicher auch in Ihrem Namen, meinen Mitarbeitern in der Bundesgeschäftsstelle den Dank und die Anerkennung aussprechen. Ich nenne hier stellvertretend für alle unseren Bundesgeschäftsführer Peter Radunski.

Nun, dieser Parteitag — das ist schon gesagt worden — hat seinen besonderen Charakter dadurch, daß wir ihn seit vielen Jahren wieder zum ersten Mal als Regierungspartei durchführen.

Eine politische Partei ist nicht die Regierung und hat auch nicht das Mandat wie die Parlamente. Die CDU muß — das hat Helmut Kohl heute morgen unterstrichen — auch als Regierungspartei ihre eigenständige Rolle bewahren. Sie ist also nicht ein ständiger Jubelverein für die Regierung. Aber — und das sagen wir in aller Klarheit und Deutlichkeit — sie ist erst recht nicht eine Institution zur Bekämpfung der eigenen Regierung. Das ist sie nicht.

Die SPD hat uns vorgeführt, wie man es nicht machen soll. Unsere wichtigste Auf-

gabe besteht darin, die Arbeit des Bundeskanzlers und die Arbeit der Regierung zu unterstützen. Ich meine, mancher von uns hat sich, wenn er so die letzten Wochen und Monate Revue passieren läßt und sich an das erinnert, was sich ab und zu in der Presse abgespielt hat, gedacht: Das darf doch einfach nicht wahr sein. Nun sind wir gerade an der Regierung, und nun geht es schon wieder hin und her.

Helmut Schmidt hat vor nicht allzulanger Zeit von seiner Partei, der SPD, gesagt: Sie ist ein verrotteter Sauhaufen. Und er wußte, wovon er redete.

Aber wir, die CDU, und das deutsche Volk haben im Gegensatz dazu nun endlich einen Bundeskanzler, der sich in Übereinstimmung mit der gesamten Union von Kiel bis Berchtesgaden und in Übereinstimmung mit der Mehrheit des deutschen Volkes befindet. Und das soll doch wohl in der Zukunft so bleiben.

Vielleicht kann der eine oder andere mal auf die Idee kommen, daß es, auch wenn wir an der Regierung sind, nicht ganz ausgeschlossen sein sollte, vielleicht ab und zu die eigenen Leute, d. h. auch die eigene Regierung, zu loben und dafür den politischen Gegner anzugreifen. Ich glaube, daß dies eigentlich das richtigere Rezept wäre. Mehr will ich zu diesem Thema nicht sagen.

Jedenfalls ist die Koalition auch keine Kutsche, aus der man nach Belieben ein- und aussteigen kann.

Wir haben den Auftrag, und den wollen wir erfüllen, nämlich dieses Jahrzehnt mit unserer Politik zu prägen. Es ist klar, daß die Partei eine Aufgabe hat, die über den Inhalt einer Regierungserklärung und auch einer Koalitionsvereinbarung hinausgeht. Ich

Rede Heiner Geißler

31. BUNDESPARTEITAG

habe an anderer Stelle schon gesagt: Wir werden deswegen, weil wir an der Regierung sind, nicht unseren Geist aufgeben.

Der Weg ins Kanzleramt war auch begründet durch die Faszination der Ideen des Grundsatzprogramms und durch die Erarbeitung moderner Lösungen auf unseren wissenschaftlichen Kongressen und die darauf folgenden Beschlüsse der Partei.

Wir wollen kein imperatives Mandat. Aber — und das ist schon auf dem Ludwigshafener Parteitag im Zusammenhang mit dem Grundsatzprogramm gesagt worden — ein Bundesparteitag der CDU geht auch davon aus, daß wir unsere Beschlüsse nicht nur für die Festtage, sondern auch für den politischen Alltag fassen und daß wir erwarten, daß, soweit dies möglich ist, diese Beschlüsse von der Regierung und der Bundestagsfraktion umgesetzt werden. Was die Partei denkt und was sie diskutiert, muß auch Handlungsmaxime für die Regierung und für die Fraktion sein.

Ich möchte einen anderen Gedanken hier anführen. Wir haben — wie in den vergangenen 13 Jahren — auch als Regierungspartei die Aufgabe, Perspektiven für die Zukunft zu entwickeln. Wir dürfen die gesellschaftlichen Entwicklungen und die geistigen Strömungen nicht verpassen. Wir dürfen sie nicht verschlafen. Eine lebendige Partei muß das Gespräch suchen und muß zuhören können.

Macht ist verführerisch. Der Sozialwissenschaftler Karl W. Deutsch hat einmal kritisch bemerkt, Macht sei die Fähigkeit, nicht mehr hinzuhören zu müssen, weil man ja das Sagen hat.

Bleiben wir also eine offene, dialogfähige Partei. Die Arroganz der Macht

wäre der erste Schritt auf dem Weg in die Opposition.

Eine lebendige Partei muß mit allen Menschen guten Willens gemeinsame Aktionen suchen und ein Beispiel für das geben, wofür wir stehen und woran wir glauben: für unsere Grundwerte. Wir haben da einige Beispiele. Ich greife eines heraus. Es gibt nicht nur den Versuch von Ortsverbänden und Kreisverbänden der CDU, lebendigen, unmittelbaren Kontakt mit den Familien ausländischer Mitbürger oder mit unseren amerikanischen Freunden, die als Soldaten hier bei uns ihre Pflicht tun, und mit denen, die arbeitslos sind, zu finden; sondern ich führe hier vor allem unsere Basisaktionen Dritte Welt an, durch die wir konkrete Hilfe geleistet haben, wobei die einzelnen Kreisverbände 10000, 20000, 30000, 40000 DM durch Aktionen gesammelt und dieses Geld Entwicklungshilfeorganisationen zur Verfügung gestellt haben: für einen Generator in Ruanda, für Einrichtungen in einem Krankenhaus in Nepal, um einen Brunnen in der Sahelzone zu bohren. Das ist konkrete Solidarität. Und wir sollten sie als Konkretisierung unserer Ideale auch in der Zukunft weiterführen.

Ich nenne hier stellvertretend für viele zwei Landesverbände, weil sie damit angefangen und weil sie eine gute Arbeit geleistet haben: Baden-Württemberg mit Lothar Späth und Rheinland-Pfalz mit Bernhard Vogel.

Schließlich muß die Christlich Demokratische Union als Regierungspartei auch jene Themen aufgreifen, die die Menschen konkret bewegen. Und sie muß Perspektiven entwickeln, die über die Haushaltsjahre und die Legislaturperioden hinausreichen.

Dabei geht es um drei große Aufgaben. Wir müssen zum einen mit Mut und mit

31. BUNDESPARTEITAG

Rede Heiner Geißler

Phantasie neue Wege beschreiten, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Wir müssen Natur und Umwelt retten, indem wir der Sozialen Marktwirtschaft einen ökologischen Rahmen geben.

Wir werden morgen über die Arbeitslosigkeit und im Zusammenhang damit auch über unsere Position zum wirtschaftlichen Wachstum im Verhältnis zur Erhaltung unserer Umwelt sprechen.

Ich möchte mich heute bei diesem Rechenschaftsbericht aber noch mit dem Thema auseinandersetzen, das uns in den kommenden Wochen und Monaten besonders beschäftigen wird und das sicher nicht nur zu einer Bewährungsprobe für die Regierung wird, sondern bereits zu einer großen Herausforderung für unsere ganze Partei geworden ist. Wir müssen nämlich die geistige und die moralische Auseinandersetzung um den Frieden gewinnen.

Meine lieben Parteifreunde, hier ist die Verwirrung der Geister groß. Es ist eine große Verwirrung der Geister in unserem Land, auch in anderen europäischen Ländern.

Was wir in dieser Auseinandersetzung brauchen, ist die Klarheit der Begriffe, die Klarheit der Gedanken.

Nicht die Taten bewegen die Menschen, sagt der Philosoph, sondern die Worte über die Taten. Kurt Biedenkopf hat es auf dem Hamburger Parteitag 1973 in anderen Worten ausgedrückt. Er hat gesagt: Revolutionen und Bewegungen werden heute nicht mehr dadurch in Gang gesetzt, daß Telegrafennänter und Bahnhöfe besetzt werden, sondern dadurch, daß die Begriffe besetzt werden.

Dies ist angesichts eines weltweiten ideologischen Bürgerkrieges in der Tat — davon bin ich überzeugt — das Gesetz, nach dem sich entscheidet, wer in dieser

Auseinandersetzung gewinnt. Diese Auseinandersetzung um Frieden und Verteidigung, die im Herbst möglicherweise in ihre heiße Phase kommen wird, darf uns nicht unvorbereitet treffen.

Meines Erachtens ist die Verwirrung der Geister vor allem darauf zurückzuführen, daß die alte Bundesregierung die geistige Führung in der Verteidigungspolitik verloren hatte.

Die Sozialdemokraten haben den Verteidigungsgedanken nicht mehr erklärt.

Heute beherrschen Emotionen das Feld. Sogenannte Friedensfreunde schleudern den Bürgern die Frage ins Gesicht: Wollt ihr im Atompilz verglühen? Wer will denn auf eine solche Frage mit Ja antworten? Sie schleudern die Frage heraus: Haben wir das Recht, unsere ganze Welt aufs Spiel zu setzen? Wer wollte denn eigentlich auf eine solche Frage mit Ja erwidern?

Der entscheidende Fehler in dieser Diskussion besteht doch darin, daß sich die Auseinandersetzung in der sogenannten Friedensbewegung auf die Frage nach der Zahl der Raketen und der Sprengköpfe konzentriert. Aber diese Frage steht doch nicht an erster Stelle! Die erste Frage lautet: Ist unser Staatswesen, ist unsere Gesellschaftsordnung überhaupt verteidigungswert? Wenn sie nicht verteidigungswert ist, brauchen wir auch keine Waffen, um sie zu verteidigen.

Die zweite Frage ist: Werden wir denn von jemandem bedroht? Wenn wir von niemandem bedroht werden, brauchen wir auch keine Waffen. Erst wenn wir diese beiden Fragen beantwortet haben, können wir zu der dritten Frage vorstoßen: Mit welchen Waffen und mit wie vielen Waffen haben wir uns zu verteidigen?

Rede Heiner Geißler

31. BUNDESPARTEITAG

Ist unser Gemeinwesen verteidigungswert? Es ist im Grunde genommen schon ein starkes Stück, daß man sich mit dieser Frage auseinandersetzen muß, aber wir müssen es tun, weil diese Frage in der Tat gestellt wird.

Sind wir denn besser, weil wir besser und schneller produzieren können? Sind wir allein deswegen besser, weil wir ein größeres Bruttosozialprodukt haben? Kommt es nur auf die Zahl der Raketen an? Die Wahrheit ist doch eine andere; das haben wir in Hamburg deutlich gesagt, und ich möchte es wiederholen: Die Spannungen zwischen Ost und West haben ihre Ursachen doch nicht in der Tatsache, daß die eine Seite mehr Raketen hat. Darauf muß man eine militärtechnische Antwort geben. Die Spannungen zwischen Ost und West sind vielmehr in der Unvereinbarkeit von Freiheit und Diktatur begründet. Dies ist der eigentliche Grund!

Wir wollen frei sein und frei bleiben. Dies ist der Sinn unserer Verteidigungspolitik.

Sagen wir es in der Auseinandersetzung mit unseren jungen Mitbürgern: In den kommunistischen Staaten werden z. B. Wehrdienstverweigerer entweder ins Gefängnis oder in Strafkompanien gesteckt, oder sie landen in psychiatrischen Anstalten oder in Arbeitslagern. Wir schützen die Gewissensfreiheit, und gerade dies begründet den hohen Rang unserer Verfassung und macht diese Staatsordnung erst eigentlich verteidigungswert. Dies ist das, was wir sagen müssen!

Dank und Anerkennung schulden wir den jungen Menschen, die in den Krankenhäusern und in den Pflegeheimen zivilen Dienst leisten, aber der Dienst in der Bundeswehr ist der eigentliche Dienst am Frieden. Ohne NATO und ohne Bundes-

wehr gäbe es keine Gewissensfreiheit und auch keinen zivilen Ersatzdienst.

Jetzt möchte ich noch einen Satz zu den Vereinigten Staaten und zu den amerikanischen Soldaten sagen. Wir wissen — und das müssen wir in dieser Auseinandersetzung diesen anderen Gruppierungen gegenüber sagen, gerade im Zusammenhang mit der Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen —: Die Amerikaner stehen hier zusammen mit der Bundeswehr, damit diese Gewissensfreiheit geschützt wird, und die sowjetischen Truppen stehen in der DDR und in anderen Ländern Osteuropas, damit eben dort diese Gewissensfreiheit unterdrückt werden kann.

Dies muß in der Diskussion hervorgehoben werden.

Auf die Frage „Werden wir bedroht?“ müssen wir eine Antwort geben. Wir verkennen nicht — so haben wir in unserem Hamburger Beschluß 1981 ausgeführt —, daß auch die Völker der Sowjetunion und Osteuropas ein Sicherheitsinteresse haben und daß sie nicht zuletzt auf Grund der Erfahrung des Zweiten Weltkrieges, in dem sie Millionen von Todesopfern bringen mußten, in Sicherheit und Frieden leben wollen. Aber geht es denn darum? Die sowjetische Führung — nicht die Menschen, nicht die Völker, aber die Führung — weiß doch viel besser als viele, die in unserem eigenen Land über Frieden und Verteidigung sprechen, daß von uns keine Bedrohung und keine Gefahr ausgeht. Die sowjetische Führung weiß doch, daß die NATO keinen Angriffskrieg führen kann, weder von den Verträgen her noch von der Bewaffnung her noch von der Logistik her. 42000 modernen Panzern im Warschauer Pakt stehen im NATO-Bereich 13000 Panzer gegenüber; dies nur als ein Beispiel.

Die Wahrheit ist doch eine ganz andere. Die sowjetische Führung — ich spreche wieder nicht von den Völkern Osteuropas, aber von der sowjetischen Führung — fühlt sich doch nicht von der Bundeswehr oder von der NATO bedroht. Nein, die sowjetische Führung fühlt sich von etwas anderem bedroht, sie fühlt sich bedroht von der Existenz freiheitlicher Gesellschaftsordnungen, von der Existenz freier Menschen am Rande ihres Imperiums. Das ist die Bedrohung, die die sowjetische Führung spürt.

Deswegen rüstet die Sowjetunion in Wahrheit nicht gegen unsere Waffen, sondern gegen unser freies Denken.

Die **Überrüstung der Sowjetunion dient in Wirklichkeit dem Ziel, durch militärische Übermacht ein politisches Druckpotential zu gewinnen, um die an ihr Imperium angrenzenden Staaten zu neutralisieren und die Ausbreitung des Gedankens der Freiheit zu unterbinden.**

Daher braucht die Sowjetunion Repression nach innen und Expansion — zumindest deren Androhung — nach außen. Aristoteles sagt: Niemand macht sich zum Tyrannen, um sich nur vor der Kälte zu schützen. Lenin hat einmal gesagt: Unsererseits ist ein Krieg legitim und gerecht, denn er wird für den Sozialismus, für die Befreiung unserer Völker geführt, für die Befreiung unserer Völker von der Bourgeoisie.

Es wäre — ich möchte hier einen Gedanken von Kardinal Höffner aufgreifen — ein großer Dienst für den Frieden in der Welt, wenn die sowjetische Führung der Weltöffentlichkeit ein für allemal erklären würde, daß diese Devise Lenins heute nicht mehr gilt.

In Afghanistan könnte die Sowjetunion ihre Friedensliebe durch die Tat beweisen.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch auf ein anderes Argument eingehen, weil es ja immer mehr Menschen gibt, die auch einwenden: Was wollt ihr denn eigentlich, der Westen hat seine Ideologie, der Osten hat seine Ideologie. — Was ist denn eigentlich die Antwort darauf, wo liegt denn der essentielle Unterschied zwischen Ost und West? Eines der gefährlichsten Argumente, die in diesem Zusammenhang von der anderen Seite — wenn ich sie einmal so nennen darf — gebraucht werden, ist die ideologische, wertmäßige Gleichstellung des Westens mit dem kommunistischen Osten. Nennen wir die essentiellen Unterschiede.

Bei uns gibt es keine Unterdrückung der Menschen im Innern und keine militärische Expansion nach außen. Überall dort, wo wir Einfluß haben, wo wir Einfluß nehmen können auf der Welt, wirken wir darauf hin, aus Diktaturen wieder Demokratien zu machen. In Portugal war das so, in Spanien haben wir mitgeholfen, in Griechenland bei den Obristen war es so, und jetzt in der Türkei ist es so, während die Sowjetunion überall dort, wo sie Einfluß und Macht besitzt, die ersten Ansätze demokratischer und freiheitlicher Entwicklung mit Panzern und mit Waffengewalt niederdrückt. Das ist der essentielle Unterschied.

Weichen wir der Frage nach Lateinamerika nicht aus. Das ist in der Tat in erster Linie keine militärische Frage, sondern eine Frage der internationalen sozialen Gerechtigkeit. Wir müssen alles tun, um auch unsere Freunde davon zu überzeugen, daß es wichtig ist, mit unseren Ressourcen einen Beitrag dazu zu leisten, daß dort mehr soziale Gerechtigkeit und mehr Verwirklichung der Menschenrechte möglich ist. Wir fordern aber auch die Sozial-

Rede Heiner Geißler

31. BUNDESPARTEITAG

stische Internationale — unser Freund Mock hat vorhin über dieses Thema geredet — und ihren Vorsitzenden Willy Brandt auf, wir verlangen von der Sozialistischen Internationalen, daß sie in Lateinamerika nicht die von der Sowjetunion finanzierten und von Kuba organisierten linken Guerillaverbände unterstützt, sondern mit den Christlichen Demokraten in Lateinamerika, unseren Freunden, dafür eintritt, daß in diesen Ländern eine demokratische und gleichzeitig soziale Lösung gefunden werden kann.

Das ist die Forderung, die wir an die Sozialistische Internationale zu stellen haben.

Jetzt kommt die dritte Stufe, die dritte Frage: unsere Verteidigungspolitik im Verhältnis zur Moral, zur Ethik, zur Bergpredigt. Viele berufen sich bei der Ablehnung unserer Verteidigungspolitik auf die Bergpredigt. Wir begrüßen ausdrücklich — das hat der Bundeskanzler heute morgen gesagt; ich wiederhole es — das Wort der katholischen Bischöfe zum Frieden und auch das Friedenswort, die Dokumentation der Evangelischen Kirchen Deutschlands (EKD).

Die Bergpredigt — das sollte unbestritten sein — ist zunächst einmal eine persönliche Herausforderung an jeden einzelnen. Wenn alle Völker, wenn alle Menschen, wenn alle Staaten auf der Welt nach den Regeln und den Postulaten der Bergpredigt lebten, bräuchten wir in der Tat keine Waffen. Aber wir leben ja nicht in einer solchen Welt, und es gibt viele, die sagen, das Evangelium hat uns eine solche Welt auf dieser Erde noch nicht einmal verheißen. Wir müssen dafür arbeiten. Aber es ist auch eine christliche Existenz, eine reale Wahrheit, daß das Böse existiert; nicht nur

im einzelnen Menschen, zwischen einzelnen Menschen, sondern auch zwischen Völkern und Staaten.

Deswegen gehört es auch zur Erfüllung des Gebotes der Nächstenliebe, unrechte Gewalt von anderen Menschen fernzuhalten.

Das haben wir in unserer Berliner Erklärung so gesagt. Die Bischöfe haben dazu in ihrem Hirtenwort klare Aussagen gemacht. Wir dürfen nicht blind sein gegenüber dem Unrecht und dem Bösen auf der Welt.

Der einzelne mag für sich auf Gewalt verzichten, der Staat aber hat die Pflicht — ich zitiere die Bischöfe — die Rechtsordnung im Innern ebenso zu schützen wie die Existenz und Freiheit eines Volkes gegen Aggression und Erpressung von außen. Besser kann man die Aufgabe des Staates und auch die Ethik der Abschreckung nicht formulieren.

Wer die Bergpredigt als schematisch anzuwendendes Gesetz mißverstehen kann beim Gegenteil dessen landen, was Jesus Christus gewollt hat. Im Hirtenwort wird darauf hingewiesen, daß in der Bergpredigt das Wort steht: Leiste dem, der euch Böses antut, keinen Widerstand. Aber was soll das heißen? Heißt das z. B. — jetzt frage ich viele in der Friedensbewegung —, daß man als Christ die strukturelle, die staatliche, die diktatorische Gewalt in lateinamerikanischen Gewaltstaaten akzeptieren soll? Hätte sich ein Katholik in Nicaragua mit dem Gewaltssystem von Somoza wehrlos und verteidigungslos abfinden müssen? Heißt das, daß man Unrecht einfach widerstandslos hinnehmen darf? Natürlich nicht, vor allem nicht, wenn man für andere Verantwortung trägt.

Die Bischöfe weisen zu Recht darauf hin, indem sie sagen: „In seinem“ — nämlich

31. BUNDESPARTEITAG

Rede Heiner Geißler

in Jesu Christi — „Namen haben Christen um der Nächstenliebe willen zugunsten von Armen, Schutzbedürftigen und Entrechteten deren Unterdrückern wirksam entgegenzutreten.“

Ich wiederhole das, was der Parteivorsitzende heute morgen gesagt hat: Rechtsordnung ist Friedensordnung zum Schutz der Schwachen, der Freiheit und der Menschenrechte.

Wir haben Respekt vor jedem, der von der Bergpredigt zum Pazifismus kommt. Wir sollten nicht verkennen, daß auch die Christlich Demokratische Union Wurzeln im christlichen Pazifismus hat. Wir müssen uns aber jenen widersetzen, die aus der Bergpredigt nur das herauslesen, was ihnen politisch in den Kram paßt.

Wir halten es für unglaublich, wenn Ostermarschierer Abrüstung fordern und gleichzeitig Geld für Waffen in El Salvador sammeln. Das ist unglaublich.

Franz Alt ist ein Mitglied der Christlich Demokratischen Union. Er gehört zu uns, wenngleich wir mit vielen seiner Thesen und Aussagen zur Außen- und Verteidigungspolitik nicht einverstanden sind. Er hat sich Ostern vor Ostermarschierern im Zeichen des Friedens auch für den Schutz des ungeborenen Lebens eingesetzt und ist dafür von den Ostermarschierern ausgepöbeln worden. Ich halte es für unglaublich, gegen Gewaltanwendung zu demonstrieren und Gewalt gegen ungeborenes Leben einfach hinzunehmen.

Wie steht es denn da mit der Wahrheit? Die halbe Wahrheit ist oft eine ganze Lüge. „Stell' Dir vor, es kommt Krieg und keiner geht hin“. Das ist auch ein Zitat von Bertolt Brecht. Von diesem Zitat leben viele Pazifisten. Aber sie haben offenbar nie den ganzen Brecht und damit auch nie die

ganze Wahrheit kennengelernt: denn das volle Zitat lautet: „Stell' Dir vor, es kommt Krieg und keiner geht hin.“ Und weiter heißt es: „Es wird kämpfen für die Sache des Feindes, wer für seine eigene Sache nicht gekämpft hat.“

Diese Leute zitieren den halben Brecht, und sie leben die halbe Bergpredigt. Wer sich für Abrüstung und den Abbau von Gewalt in der Welt einsetzt, der darf eben auch nicht schweigen zu Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl. Beides gehört zusammen.

Die Bergpredigt hat natürlich auch für uns Konsequenzen. Wir können nicht glaubwürdig für Frieden und Abrüstung eintreten, ohne gleichzeitig die soziale Ungerechtigkeit auf der ganzen Welt zu bekämpfen und den Hunger in der Welt zu lindern. Gerechtigkeit erst schafft Frieden. Und wir dürfen uns nicht zufriedengeben mit der Tatsache, daß die Bundesrepublik Deutschland mehr Entwicklungshilfe leistet als der gesamte Ostblock zusammen.

Ich glaube, es ist richtig, daß dieser Parteitag, daß die Christlich Demokratische Union einmal den großen Werken der Nächstenliebe unserer Kirchen und anderer Organisationen den Dank ausspricht. Adventiat, Misereor, Brot für die Welt, dem Diakonischen Werk, der Caritas, dem Deutschen Roten Kreuz, ihnen allen gebührt unser Dank und unsere Anerkennung.

Wir möchten auch den für die Entwicklungshilfe zuständigen Minister ermutigen, auch in der Zukunft die Entwicklungshilfe nicht nur unter dem Gesichtspunkt des nationalen Interesses, sondern auch im Dienste der Gerechtigkeit in der ganzen Welt einzusetzen.

Rede Heiner Geißler

31. BUNDESPARTEITAG

Die Bergpredigt verlangt von uns allerdings, daß wir uns, in der Erkenntnis der Existenz des Unrechtes und des Bösen, selber freihalten vom Denken an Vergeltung, daß wir Konflikte friedlich lösen, die Zusammenarbeit auch mit dem Gegner anstreben und zu Verhandlungen und zu Verträgen immer bereit sind.

Ich behaupte auf dieser Basis und mit dieser Erkenntnis, daß ein Christ aus voller Überzeugung und im Geist der Bergpredigt ja sagen kann zu unserer Verteidigungspolitik, konkret auch zum NATO-Doppelbeschluß. Kein Krieg, weniger Waffen, mehr Gerechtigkeit, nach diesem Gesetz sind wir Christlichen Demokraten angetreten.

CDU-Regierungen haben für die Bundesrepublik Deutschland auf Gewalt und ABC-Waffen verzichtet. Der Westen hat immer wieder erste Schritte getan. Die Vereinigten Staaten haben Anfang der 70er Jahre auf die allgemeine Wehrpflicht, später auf die Neutronenwaffe, auf den Langstreckenbomber B-1 verzichtet. — Die Reaktion der Sowjetunion ist bekannt: einseitige Aufrüstung statt Entspannung. Und selbst auf die über 300 SS-20-Raketen hat der Westen nicht sofort reagiert, sondern der Sowjetunion eine Besinnungspause gegeben. Wir wollen keine Raketen, weder SS-20 noch Pershing 2; aber wir dürfen den Frieden nicht durch Schwäche unsicher machen. Weder einseitige Aufrüstung noch einseitige Abrüstung sichern den Frieden.

Ich möchte hier noch einen eindeutigen und klaren Satz sagen, weil das ab und zu so im Zwielficht gehalten wird: Wir Christlichen Demokraten wollen keine militärische Überlegenheit. Wir wollen Gleichgewicht, wir wollen stark sein, aber wir wollen keine militärische Überlegenheit. Wir

wollen Abrüstung durch Verhandlungen. Und deswegen tun wir alles, wir leisten unseren Beitrag dazu, daß es einen Erfolg in Genf gibt.

Das Kernproblem in der moralischen Auseinandersetzung besteht darin, ob es moralisch erlaubt ist, Waffen, deren Anwendung zweifelsfrei unsittlich und unmoralisch wäre, zum Zwecke der Abschreckung bereitzuhalten und mit ihnen, mit ihrem Einsatz für den Fall eines Angriffs zu drohen. Wir haben es hier in der Tat mit einer moralischen Grenzsituation zu tun. Wir haben sie auch in anderen Situationen des menschlichen Lebens. Wie sieht diese Frage denn aus? Verzichten wir auf die atomare Abschreckung, setzen wir Freiheit, Menschenrechte, Menschenwürde und selbst den Frieden aufs Spiel; denn es könnte sein, daß ein konventioneller Krieg dadurch wahrscheinlicher würde — eine gewiß unmoralische Konsequenz. Verzichten wir nicht auf Abschreckung, müssen wir uns das Vorhandensein von Waffen entgegenhalten lassen, deren Anwendung mit Sicherheit unsittlich wäre. Das ist das Problem. Wir entscheiden uns in voller Erkenntnis dieser moralischen Grenzsituation und in der Abwägung der Werte und der moralischen Positionen; wir entscheiden uns für die Abschreckung, weil wir der Auffassung sind, daß gerade die Existenz dieser Waffen verhindert, daß sie zur Anwendung gelangen. Das ist der eigentliche Grund.

Ich weiß und wir alle wissen: Dies ist für viele Menschen intellektuell und moralisch nur schwer erträglich. Aber um des Friedens willen bleibt uns zur Zeit keine andere Wahl als diese Strategie, allerdings verbunden mit dem Willen zu einer umfassenden Abrüstung.

Wir müssen, ob wir wollen oder nicht, mit der moralischen Paradoxie der

31. BUNDESPARTEITAG

Rede Heiner Geißler

atomaren Abschreckung leben. Aber dies kann nicht unser letztes Wort sein. Wir dürfen uns nicht mit einer hochgerüsteten Welt abfinden.

Der Status quo ist nur in dem Maße moralisch erträglich, in dem wir alle Kraft aufbieten, um ihn zu überwinden.

Diese Paradoxie verpflichtet uns — so haben wir in unserer Berliner Erklärung vom 10. Mai 1982 beschlossen —, mit aller Kraft nach einer durchsetzbaren politischen Friedensordnung zu suchen, die die Kriegsverhütung durch militärische Abschreckung nach und nach ersetzen kann.

Kein Krieg, weniger Waffen, mehr Gerechtigkeit, wenn wir so in diese geistige und politische Auseinandersetzung gehen, dann werden wir sie auch bestehen, und dann werden wir auch in der Zukunft Frieden und Freiheit bewahren.

Möglicherweise werden wir einen unruhigen Herbst bekommen. Jeder soll wissen: Wir sind zu jedem Gespräch bereit; aber wir werden vor keiner Gewalt zurückweichen. Es gibt kein Recht zum Widerstand gegen legitime parlamentarische Entscheidungen.

Und wo das Recht des Staates schweigt, triumphiert das Recht des Stärkeren. Wir werden Haß nicht mit Haß beantworten und Aggression nicht mit Feindschaft. Wir wollen keine Eskalation irgendeines Konflikts. Ich bin davon überzeugt, daß unsere Demokratie auch diese Bewährungsprobe bestehen wird, genauso wie in den 70er Jahren, nicht als ein schwacher, aber immer als ein freiheitlicher Rechtsstaat. Wer die Freiheit nach außen schützen will, muß sie auch nach innen schützen. Und an die Adresse der sogenannten Friedensbewegung: Wer den Frieden will, muß das Friedensgebot auch im Innern praktizieren.

Ich möchte zum Schluß noch einmal kurz innehalten auf diesem Parteitag und den Versuch unternehmen, mit Ihnen zusammen mich zu besinnen und darüber nachzudenken, welchen Beitrag die christliche Demokratie für unser Land leistet und leisten kann, und zwar über den Tag hinaus.

— Die CDU hat 20 Jahre Regierung und 13 Jahre Opposition hinter sich. Kurt-Georg Kiesinger hat vorhin zu mir so über den Stuhl hinweg gesagt, dies sei jetzt der 29. Parteitag, an dem er teilnehme — eine lange Zeit. Und wir haben — davon bin ich überzeugt — auch noch mehr als ein Jahrzehnt Regierungsverantwortung vor uns. Das ist eine längere Zeit als Metternich regiert hat, als Bismarck Kanzler war, länger als die Weimarer Republik und der Nationalsozialismus zusammengenommen währten, insgesamt die längste demokratische Epoche in der Geschichte unseres Landes. Was wird in der Geschichte einmal über uns sagen? Ich glaube, die Union hat als große Volkspartei in einmaliger Weise zur Stabilität unserer Demokratie beigetragen. Die Union hat als Partei die politische Spaltung unseres Landes in Konfessionen und in soziale Gruppen überwunden. Sie hat den christlichen Imperativ der Nächstenliebe mit den Erfordernissen einer modernen, einer hochtechnisierten Industriegesellschaft in dem großen Entwurf der Sozialen Marktwirtschaft verbunden.

Mit Konrad Adenauer haben Christliche Demokraten — zusammen mit unseren Freunden — eine westeuropäische Friedensordnung geschaffen: Aussöhnung mit Frankreich, Freundschaft mit den Vereinigten Staaten. Die Christlichen Demokraten haben den verhängnisvollen deutschen Sonderweg zwischen Ost und West been-

det und den freien Teil Deutschlands an die freiheitlich-demokratische Tradition des Westens gebunden und im westlichen Bündnis verankert. Das ist unsere geschichtliche Leistung, aber es ist auch unsere große politische Herausforderung.

Das, was uns und unseren Vätern mit der Aussöhnung, mit der Kombination von wirtschaftlichem Wachstum und sozialer Gerechtigkeit gelungen ist, muß uns durch das Vereinbarmachen von wirtschaftlichem Wachstum und technischem Fortschritt mit der Erhaltung unserer natürlichen, sozialen

und kulturellen Umwelt auch in der Zukunft gelingen. Die Soziale Marktwirtschaft muß durch die ökologische Marktwirtschaft ergänzt werden. Dies wird eine große Aufgabe sein, die vor uns steht. Wenn wir uns immer an unseren Grundwerten, an unserem christlich-demokratischen Auftrag orientieren, dann haben wir auch die Chance, die kommenden Jahrzehnte zu gestalten: für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Mit diesem Auftrag wollen wir mit Helmut Kohl an die Arbeit als Regierungspartei herangehen.

Das Wortprotokoll des 31. Bundesparteitages

wird allen Delegierten ohne Anforderung zugeschickt. Andere Interessenten können das Wortprotokoll — Bestell-Nr. 3431 —

zum Preis von 14,— DM

inkl. Versandkosten, plus Mehrwertsteuer

beim IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Vermold, schriftlich bestellen. Die Auslieferung erfolgt ab 20. Juni 1983.

Die vorliegende

UID-Sonderausgabe Nr. 20/21 1983 (Bundesparteitag)

kann ab sofort zum Preis von 1,— DM pro Exemplar bei der Union Betriebsgesellschaft mbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn 1, nachbestellt werden.

Alfred Dregger: Wir tragen Verantwortung für das ganze Deutschland

Die Bundestagsfraktion ist nicht mehr Opposition, sie ist Regierungsfraktion. Der Parteivorsitzende ist nicht mehr Fraktionschef, er ist Kanzler. Für die Bundestagsfraktion habe heute ich zu sprechen. Auf diesen Rollenwechsel, der

Freilich haben unsere politischen Gegner dazu beigetragen; sie waren verbraucht und zunehmend regierungsunfähig. Aber die Lage, die sich daraus entwickelte, mußte genutzt werden: Helmut Kohl hat sie genutzt. Er hat die CDU zu einer eigenen Kraft gemacht. Er hat die Einheit zwischen CDU und CSU trotz mancher Schwierigkeiten gewahrt. Er hat den Weg zum Koalitionswechsel der FDP geebnet. Er hat die Bundestagsfraktion zu einer überzeugenden Alternative zur Regierung aufgebaut. Und er hat nach dem Regierungswechsel — entgegen dem Rat vieler gutmeinender, aber ängstlicher Freunde — vorzeitige Neuwahlen herbeigeführt und sie brillant gewonnen.

Diese großartige Leistung des Parteivorsitzenden und langjährigen Fraktionsvorsitzenden ist das Fundament, auf dem wir jetzt arbeiten können. Die Bundestagsfraktion weiß, was sie Helmut Kohl ver-

sich in diesen Veränderungen andeutet, haben Sie, haben wir alle hingearbeitet. Aber verwirklicht und vollzogen hat ihn Helmut Kohl. Helmut Kohl hat uns aus der Opposition in die Regierungsverantwortung zurückgeführt.

dankt. Sie wird ihn bei den kommenden schwierigen Aufgaben mit Nachdruck unterstützen: nicht unkritisch, aber stets loyal und zuverlässig. Und wir werden es gern tun; Sie wissen es, lieber Helmut Kohl.

Nach Helmut Kohl möchte ich auch seinen Vorgängern im Amt des Fraktionsvorsitzenden danken: Karl Carstens, dem heutigen Bundespräsidenten, und Rainer Barzel, dem heutigen Bundestagspräsidenten.

Um den Bogen bis zum Anfang der Union zu schlagen, möchte ich auch an die beiden ersten Fraktionsvorsitzenden der Union erinnern, an Heinrich von Brentano und an Heinrich Krone, der unseren Weg von seinem Bonner Haus aus noch immer mit Rat und Tat begleitet.

Partei, Fraktion und Regierung — das ist das Dreigestirn, von dessen Zusammen-

wirken der Erfolg der nächsten Jahre abhängig.

Wir, die Abgeordneten, haben in die parlamentarische Arbeit einzubringen, was uns auszeichnen sollte: gesunder Menschenverstand, die Erfahrungen unserer Berufswelt und ein Gespür für das, was in den Köpfen und in den Herzen der Menschen vor sich geht, nicht um dem unkritisch zu folgen. Wir haben die Meinungen und Stimmungen unserer Wähler nicht nur zu registrieren, sondern wir haben sie auch aufzunehmen, wir haben sie gegebenenfalls zu verändern; wir haben zu führen.

Aber wir haben vor allem auf das hinzuwirken, wovon Bestand und Erfolg der Regierung abhängen, daß nämlich die Übereinstimmung zwischen Wählern und Gewählten immer wieder erneuert wird.

Vor uns, auch vor der Bundestagsfraktion, steht eine gewaltige Aufgabe. Bei ihrer Erfüllung werden wir auf große Widerstände stoßen. Wir müssen sie überwinden: klug und besonnen, zäh und biegsam zugleich, wie eine Stahlfeder gleichsam. Auch die Fraktion braucht in dieser Herausforderung die Unterstützung der Partei. Die Partei kann das nicht leisten, wenn sie auf diese Herausforderung nicht vorbereitet ist; sie muß auch intellektuell auf diese Aufgabe vorbereitet sein.

Sie muß über die Grundprobleme der Staatsverschuldung, die durch hemmungslose Schuldenpolitik begrenzte Krisenbewältigungsfähigkeit des Staates, sie muß über die Möglichkeiten der Wirtschaftspolitik und die Grenzen der Sozialpolitik informiert sein.

Was für die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik gilt, gilt erst recht für die Friedens- und Sicherheitspolitik. Bis zum Herbst wird sich entscheiden, ob die Ab-

rüstungsverhandlungen in Genf Erfolg haben. Je mehr die Verhandlungsposition des Westens im Westen selbst untergraben wird, um so zweifelhafter wird dieser Erfolg. In dieser Hinsicht hat die SPD schwere Schuld auf sich geladen. Sie ist von der gemeinsamen Position der westlichen Demokratien immer weiter abgerückt, und sie hat dadurch in der Sowjetunion möglicherweise falsche Hoffnungen geweckt. Wenn sich in der Sowjetunion der Eindruck verfestigen sollte, Konzessionen nicht nötig zu haben, dann stehen wir im Herbst vor der Alternative, uns entweder dem Machtanspruch der Sowjetunion zu unterwerfen, dadurch das Bündnis zu zerstören und damit letztlich unsere Freiheit und den Frieden zu gefährden, oder die Nachrüstung zu verwirklichen, um eine friedliche und freiheitliche Zukunft offenzuhalten. Ich meine, für uns kommt nur der zweite Weg in Betracht. Das setzt aber voraus, daß wir auch auf die damit verbundene innenpolitische Auseinandersetzung vorbereitet und daß wir gewillt sind, sie besonnen und entschlossen zu führen.

Nicht minder schwierig und bedeutsam ist die Kurskorrektur in der Finanzpolitik. Helmut Kohl und sein und unser ausgezeichnete Finanzminister, unser Freund Gerhard Stoltenberg, haben ein Konzept vorgelegt, das in seiner Kühnheit verblüfft. Es ist unvermeidlich, daß dieses Konsolidierungsprogramm die beiden großen Ausgabenblöcke, die unsere Haushalte in Bund, Ländern und Gemeinden lähmen, nämlich den Personalbereich und den Sozialbereich, besonders betreffen.

Aber auch die Subventionen werden auf den Prüfstand gestellt. Angesichts der Krise in der Stahlindustrie, bei den Wert-

ten und in anderen Wirtschaftsbereichen wird es sehr schwer sein, die Summe der Subventionen wesentlich zu verringern. Aber das Mögliche muß und wird geschehen. Ich habe die Haushälter der Bundestagsfraktion gebeten, jeder Einsparungsmöglichkeit gerade im Subventionsbereich mit größter Sorgfalt nachzugehen. Das werden sie tun. Auf die Haushälter der Bundestagsfraktion ist Verlaß. Vor allem bei den Abschreibungsgesellschaften wird das geschehen, was angekündigt worden ist: ihr Spielraum wird drastisch reduziert werden.

Wie der Subventionsbereich, eröffnet auch der Investitionsbereich keinen nennenswerten Spielraum, um Kürzungen im Sozial- und Personalbereich zu vermeiden. Die öffentlichen Investitionen sind ohnehin viel zu gering, und der Investitionsbedarf auch der öffentlichen Hand ist groß; denken Sie nur an die Deutsche Bundesbahn, die aus ihrer miserablen Lage ohne größere Investitionen nicht befreit werden kann.

Was kann und soll also im Personal- und Sozialbereich geschehen? Für den öffentlichen Dienst, dessen Kosten sich in den 70er Jahren verdreifacht haben, wofür der öffentliche Dienst selbst nichts kann, geht es darum, in einer großen Bürokratie- und Justizreform das bürokratische Netz zu lockern, das die Wirtschaft und das Leben lähmt und das den Wiederaufstieg der Bundesrepublik Deutschland nach dem Kriege unmöglich gemacht hätte, wenn es damals schon bestanden hätte. Das heißt praktisch: Die öffentlichen Aufgaben, die Rechts- und Verwaltungsvorschriften, die Verwaltungs- und Gerichtsinstanzen und die Zahl der Staatsdiener müssen schrittweise vermindert werden. Nur wenn das geschieht, kann das Einkommensniveau

des öffentlichen Dienstes gehalten werden. Dies zu tun, ist unser Wunsch.

Jetzt aber muß auch der öffentliche Dienst zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte beitragen. Für Beamte haben wir vorweg die Einkommenserhöhung ab 1. Juli 1983 auf 2% begrenzt. In Umkehrung der gewohnten Reihenfolge müssen sich daran nun die Tarifverhandlungen für die Angestellten und Arbeiter des öffentlichen Dienstes orientieren. Das verlangt ein hohes Maß an Einsicht bei den öffentlich Bediensteten, bei ihren Gewerkschaften und Berufsverbänden.

Angesichts der Massenarbeitslosigkeit, der persönlichen Sicherheit im öffentlichen Dienst und der öffentlichen Finanznot, zu der die Ausweitung der Personaletats erheblich beigetragen hat, glauben wir aber, diese Einsicht erwarten zu können und zu müssen. Der konstruktiven Mitarbeit der Gewerkschaften sind dabei keine Grenzen gesetzt. Wenn die Gewerkschaften z.B. strukturellen Veränderungen zu Einsparungszwecken ganz oder teilweise gegenüber einer zeitlichen Verschiebung den Vorzug geben sollten und bereit sind, solche Maßnahmen mitzutragen, könnte ähnliches auch für die Beamten vorgesehen werden. Entscheidend ist, daß das Sparziel erreicht wird.

Wir werden im übrigen darauf achten, daß die Beamten ohne Streikrecht nicht schlechter behandelt werden als die Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes, die über das Streikrecht verfügen. Die Einkommensentwicklung muß einigermaßen parallel verlaufen, wenn auch nicht notwendigerweise in jedem Einzelfall und auf Mark und Pfennig.

Auch der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung steht vor einer gewaltigen

Aufgabe. Er muß die Rentenversicherung auf eine tragfähige Grundlage stellen. Seinen drei Grundsätzen — Beitragsbezogenheit, d.h. Leistungsbezogenheit, eine gleichmäßige Anhebung der verfügbaren Einkommen für die Rentner und die aktiv Arbeitenden und ein verlässlicher Staatsschutz, der sich in Zukunft an den versicherungsfremden Ausgaben orientieren sollte — ist zuzustimmen.

Norbert Blüm will nichts unversucht lassen, um eine zweite Verschiebung der Rentenanpassung zu vermeiden. Dabei verdient er unser aller Unterstützung.

Das setzt aber voraus, daß alle Beteiligten den vorgegebenen finanziellen Rahmen akzeptieren. Das gilt auch für die soziale Kranken- und für die Arbeitslosenversicherung, die ebenfalls vor riesigen Finanzproblemen stehen. Ich appelliere an alle, unseren Freund Norbert Blüm bei dieser schwierigen Aufgabe zu unterstützen.

Mancher von Ihnen wird fragen: Ist dieses Häßliche denn wirklich alles notwendig? Ich antworte: Ja, es ist notwendig. Wenn wir dieses Sparziel erreichen, wird die Nettoneuverschuldung des nächsten Jahres immer noch 39 Milliarden DM betragen. Das ist immer noch viel zuviel. Es liegt immer noch über der Schuldengrenze des Art. 115 der Verfassung. Die Zinslast erdrückt uns. Sie steigt und steigt weiter, solange die Verschuldung steigt.

1983, in diesem Jahr, müssen wir allein 27 Milliarden DM — das sind jeweils tausend Millionen, nicht, wie Willy Brandt ursprünglich meinte, hundert Millionen — an Zinsen bezahlen, und im nächsten Jahr werden es schon 30 Milliarden DM sein. Von den 39 Milliarden DM Neuverschuldung stehen demnach nur noch 9 Milliarden DM für öffentliche Investitionen zur Verfügung.

Dieser Kreislauf ist der Fluch der bösen Taten sozialdemokratisch geführter Bundesregierungen aus den 70er Jahren.

Diesen Kreislauf — immer mehr Schulden, immer mehr Zinslasten und immer weniger öffentliche Investitionen — müssen wir durchbrechen, müssen ihn jetzt durchbrechen. Wir haben die Wähler damit nicht getäuscht. Im Gegenteil: Wir würden sie jetzt täuschen, wenn wir es aus Schwäche unterließen, das zu tun, was für den wirtschaftlichen Aufschwung notwendig ist.

Auch die steuerlichen Entlastungen für die Wirtschaft, die zum Programm des Jahres 1984 gehören, sollen dem wirtschaftlichen Aufschwung dienen. Ausgabenkürzungen im Personalbereich und im Sozialbereich auf der einen Seite und steuerliche Entlastungen im Wirtschaftsbereich auf der anderen Seite; unsere politischen Gegner bezeichnen das als soziale Asymmetrie. Damit aber hat es nichts zu tun. Nicht nur private Institute, sondern insbesondere die Deutsche Bundesbank, die Hüterin unserer Währung, weisen seit Jahren darauf hin, daß die drastische Verschlechterung der Ertragslage der deutschen Wirtschaft und ihre viel zu niedrige Eigenkapitalbildung wesentliche Ursachen ihrer Investitionsschwäche sind. Eine Kuh, meine Freunde, die man melken will, darf man nicht schlachten; man darf sie auch nicht verhungern lassen, wie das in weiten Bereichen der Wirtschaft in den 70er und Anfang der 80er Jahre geschehen ist — mit schlimmen Folgen für die Arbeitnehmer. „Lieber die Wirtschaft entlasten als die Arbeitnehmer entlassen“, das ist eine der treffenden Formulierungen von Norbert Blüm, der ich mich gerne anschließen möchte.

Die Bundestagsfraktion hat in die Überlegungen zur steuerlichen Entla-

stung der Wirtschaft drei Akzente eingebracht.

Erstens. Kleineren mittelständischen Unternehmen, die anders von steuerlichen Entlastungen nicht erfaßt worden wären, werden Sonderabschreibungen eingeräumt. Das ist auch deshalb zu begrüßen, weil Abschreibungserleichterungen einen unmittelbaren investitionsfördernden Effekt haben.

Zweitens. Die Steuerentlastung bei der Vermögensteuer wird sich ausschließlich auf das Betriebsvermögen beschränken, nicht aber das Privatvermögen der Kapitalbesitzer einbeziehen. Wir wollen die Aktiengesellschaften entlasten, nicht das Privatvermögen der Großaktionäre begünstigen.

Drittens. Von Einschränkungen beim Bauherrenmodell muß das eigengenutzte Eigenheim frei bleiben. Das eigene Grundstück, die eigenen vier Wände — das ist nicht nur eine ökonomische und finanzielle Angelegenheit.

„Wer einen eigenen Garten und ein eigenes Haus hat, der ist für die Bewegung verloren“, soll einmal August Bebel, der ja aus Köln stammt, gesagt haben — ein ganz wichtiger Gesichtspunkt.

Ich bin im Namen der Bundestagsfraktion dem Bundeskanzler und dem Bundesfinanzminister dankbar, daß sie die Fraktion immer frühzeitig in ihre Überlegungen einbezogen und sich unseren Argumenten immer aufgeschlossen gezeigt haben. Wenn es dabei bleibt — und ich habe keinen Anlaß, daran zu zweifeln —, dann werden Regierung und Fraktion weiterhin fruchtbar und ohne unnötige Spannungen zusammenarbeiten.

Die schwierigste Aufgabe wird sich uns allen stellen — Heiner Geißler hat gerade in seinen Ausführungen darauf hingewiesen —, wenn es zu keiner Abrüstungsvereinbarung in Genf kommen sollte und wir daher gezwungen wären, zur Wahrung eines annähernden Gleichgewichts eine bestimmte Zahl amerikanischer Marschflugkörper und Pershing 2 zur Stationierung freizugeben. In der Debatte zur Regierungserklärung im Bundestag habe ich dieses Thema eingehend und detailliert behandelt. Ich habe mir erlaubt, dem Redetext, der nachher verteilt wird, das Protokoll des Bundestages beizufügen. Ich halte es wirklich für wichtig, daß sich nicht nur einige Spezialisten diesem Thema widmen, das im Herbst eine sehr große Bedeutung gewinnen wird.

Ich möchte heute nur einen Gesichtspunkt unterstreichen, der über das Gleichgewicht des Schreckens hinausführen soll. Mit diesem Gleichgewicht des Schreckens können wir uns als Zukunftsperspektive nicht abfinden.

Den bequemeren Weg, den die sogenannte Friedensbewegung anbietet, können wir allerdings nicht gehen. Waffenlosigkeit offensiven Mächten gegenüber bedeutet Unterwerfung. Die Sowjetunion ist eine zwar vorsichtig kalkulierende, aber unbeschadet dessen eine offensive Macht, die jede Schwäche anderer ausnutzt und keine Gelegenheit zur Expansion ausläßt. Von der Unterwerfung der baltischen Staaten 1939 führt ein gerader Weg über die Unterwerfung der ost- und mitteleuropäischen Länder am Ende des Zweiten Weltkriegs zur Besetzung Afghanistans.

Weder das Gleichgewicht des Schreckens noch einseitige Waffenlosigkeit und Unterwerfung kann das Ziel für Europa sein. Europa braucht eine Friedensordnung, die auf den Menschenrechten und auf dem

Rede Alfred Dregger

31. BUNDESPARTEITAG

Selbstbestimmungsrecht der Völker beruht.

Offensive Machtpolitik ist im atomaren Zeitalter unverantwortlich. Sie gefährdet auch die Weltmächte, die sich mehr als früher zurückhalten und auf die Beherrschung anderer Völker verzichten müssen. Allein die Respektierung der Menschenrechte und die Respektierung des Selbstbestimmungsrechts der Völker ist den Bedingungen des atomaren Zeitalters angemessen. Auch die Sowjetunion muß das begreifen.

Wir christlichen Demokraten erstreben jedenfalls in Zusammenarbeit mit unseren Verbündeten und allen Menschen guten Willens eine Friedensordnung, die die Menschen frei macht von Angst, frei von Angst vor totalitärer Unterdrückung und frei von Angst vor atomarer Vernichtung.

Der Bundeskanzler wird demnächst Moskau besuchen. Bei seinen Gesprächen wird es nicht nur um die wichtigen Fragen des militärischen Gleichgewichts und eines verstärkten Wirtschaftsaustausches gehen. Auch die Zukunftsperspektiven einer europäischen Friedensordnung sollten zur Sprache kommen. Wir wollen Frieden auch mit den Völkern der Sowjetunion. Wir wollen Zusammenarbeit auch mit der Sowjetunion, aber auf der Basis der Gleichheit und des gegenseitigen Nutzens.

Ihre außenpolitischen Initiativen, Herr Bundeskanzler, im Westen waren erfolgreich, ja, sie waren sehr erfolgreich. Wir sind überzeugt, daß auch Ihre Gespräche in Moskau den Nutzen des deutschen Volkes mehren und Schaden von ihm abwenden werden. Wir wünschen Ihnen Glück und Erfolg für diese wichtigen Gespräche.

Den großen Aufgaben in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozial-, in der Außen- und Sicherheitspolitik betrachtet die Bundestagsfraktion zwei weitere als gleichrangige Aufgaben: den Schutz unserer Wälder und die Wahrung der nationalen und kulturellen Identität unseres Volkes durch Begrenzung des Ausländerzuzuges aus fremden Kulturkreisen.

Die Regierung Kohl hat in den wenigen Monaten ihrer Amtszeit mit größerer Energie und sichtbarerem Erfolge für den Umweltschutz gewirkt als alle ihre Vorgängerregierungen. An dieser Linie muß sie festhalten. Der Wald ist für uns nicht nur eine Rohstoffquelle und ein Erholungsgebiet, wir brauchen ihn auch für unser seelisches Gleichgewicht. Wir Deutschen sind ein Volk von Waldläufern. Wir lieben den Wald. Wenn es um ihn geht, müssen andere gewiß wichtige Gesichtspunkte zurückstehen, auch ökonomische.

Ich verkenne nicht, daß mit der vom Bundesrat vorgenommenen Verschärfung der Großfeuerungsanlagen-Verordnung Probleme für Industriezweige aufgeworfen werden, die ohnehin in Schwierigkeiten sind, z. B. für den Bergbau. Deshalb müssen diese Vorschläge auf ihre Effizienz und ihre Auswirkungen hin sorgfältig geprüft werden. Aber in der Tendenz stimme ich den vorgeschlagenen Verschärfungen zu. Wir müssen auch hier einen mutigen Schritt tun. Dasselbe gilt für die Entgiftung der Kraftfahrzeugabgase. Naturschutz geht vor! Darauf haben unsere Kinder und Enkel Anspruch.

Nicht weniger wichtig ist die Wahrung der nationalen und kulturellen Identität der Bundesrepublik Deutschland. Wenn Österreicher, Südtiroler oder Schweizer sich bei uns niederlassen, ist das nicht

31. BUNDESPARTEITAG

Rede Alfred Dregger

nur unproblematisch, sondern eine Bereicherung. Wenn die Menschen des christlichen Kulturkreises, z. B. Italiener, Polen, Franzosen, Briten oder Spanier, sich auf Dauer bei uns niederlassen, gibt es keine Grenzen für Integration und Assimilation. Wenn Menschen aus einer anderen, z. B. aus der islamischen Hochkultur in Millionenzahl hierherkommen und hier bleiben wollen, und zwar nicht integriert und nicht assimiliert, dann berührt das die nationale und kulturelle Identität unseres Volkes. Ich weiß, daß viele zusammenzucken, wenn das ehrlich gesagt wird. Das ist die Erb- last des nationalsozialistischen Deutschland, die jetzt vom demokratischen Deutschland zu tragen ist. Aber die Wahrheit nicht auszusprechen, zeugt weder von Toleranz noch von demokratischer Grundhaltung.

Erlauben Sie mir deshalb ein offenes Wort. Zum Türkenhaß besteht keinerlei Anlaß. Ich kann nur davor warnen.

Die Türken sind fleißige und tüchtige Menschen und waren uns zumindest über Jahrzehnte hinweg in besonderer Freundschaft verbunden.

Diese Freundschaft zwischen dem türkischen und dem deutschen Volk muß erhalten bleiben. Sie leidet zur Zeit unter der Einseitigkeit der Bevölkerungsbewegung von der Türkei nach Deutschland. Wie wären die Reaktionen in der Türkei, wenn sich Millionen Deutsche dort auf Dauer nicht integriert und nicht assimiliert niederlassen wollten?

Seit Jahren fordere ich den Außenminister auf, im Zusammenwirken mit der EG darauf hinzuwirken, daß das Assoziierungsabkommen mit der Türkei aus dem Jahre 1964, das von der türkischen Regierung dahingehend ausgelegt wird, daß es ab 1986 — das ist sehr bald — volle Freizü-

gigkeit zwischen der Türkei und Deutschland geben wird, in diesem Punkt revidiert wird. Es war gewiß bedenklich, daß man 1964 ein Problem auf die Zukunft verschoben hat in der Hoffnung, daß es dann besser lösbar sei. Diese Hoffnung hat getrogen. Volle Freizügigkeit würde heute zu einer weiteren einseitigen Bevölkerungsbe- wegung in Millionenhöhe führen. Das ist nicht akzeptabel. Es würde der deutsch- türkischen Freundschaft den Todesstoß versetzen und die Integration der 1,6 Mil- lionen Türken, die schon unter uns leben, vollends unmöglich machen.

Ich fordere daher die Bundesregierung auf, allen falschen Widerständen im eigen- en Lande zum Trotz dieses Problem energisch anzupacken und es bald zu lö- sen.

Wir sollten der Türkei, unserem wichtig- sten NATO-Verbündeten und unserem alten Freund, jede nur mögliche Hilfe zum wirtschaftlichen Aufbau geben. Als Ge- genleistung sollten wir die Revision der Freizügigkeitsklausel im Assoziierungsab- kommen von 1964 verlangen, dessen Ge- schäftsgrundlage in diesem Punkt entfal- len ist.

Die Art und Weise, in der wir jetzt in Bun- desregierung und Bundestag unsere schweren Aufgaben anpacken, wird zum Erfolg oder Mißerfolg unserer Politik auch in Ländern und Gemeinden beitragen. Am 25. September wollen unsere hessischen Freunde — ich darf mich immer noch da- zurechnen — unter Führung von Walter Wallmann erreichen, was ihnen, was uns ein Jahr zuvor durch ungute Bonner Ein- flüsse in letzter Stunde aus der Hand ge- schlagen worden ist. Am selben Tag wird in Bremen gewählt. Walter Wallmann und Bernd Neumann mit ihren Landesverbän- den verdienen unser aller volle Unterstüt- zung. Wir müssen die Rahmenbedingun-

Rede Alfred Dregger

31. BUNDESPARTEITAG

gen für einen Erfolg in Ländern und Gemeinden schaffen.

Das gilt für alle Länder und Gemeinden. Ich denke da besonders an Nordrhein-Westfalen, unser wichtigstes und größtes Bundesland, in dem sich Bernhard Worms, unser Gastgeber, mit den Landesverbänden Rheinland und Westfalen-Lippe auf die große Entscheidung des Jahres 1985 vorbereitet.

Wir werden in Bund, Ländern und Gemeinden nur bestehen können, wenn wir nicht persönliche oder Gruppeninteressen in den Vordergrund stellen, sondern uns gemeinsam für das Ganze einsetzen.

Dazu brauchen wir Tugenden, auf die Helmut Kohl immer wieder hingewiesen hat. Ich meine das, was man mit „Vaterlandsliebe“ und „Geschichtsbewußtsein“ bezeichnet. Ich zitiere ihn:

Eine freiheitliche Demokratie kann ohne Vaterlandsliebe nicht auskommen. Wer der jungen Generation das Geschichtsverständnis stiehlt, stiehlt ihr die Zukunft.

Das sind Ihre Worte, Herr Bundeskanzler. Wenn wir Deutschen eine „geschichtsfähige Nation“ bleiben wollen, um ein Wort von Eugen Gerstenmaier aufzugreifen, brauchen wir ein angemessenes unverkrampftes Verhältnis zu unserer nationalen Geschichte.

Diese Geschichte beginnt nicht mit Adolf Hitler, von dem in diesen Wochen und Monaten in so eigenartiger Weise allzu häufig die Rede war; die Geschichte der Deutschen beginnt geistig, kirchlich, religiös mit dem heiligen Bonifatius, der in Fulda

bestattet ist, und politisch mit Karl dem Großen, der seine Grablege in Aachen gefunden hat.

Ohne die deutsche Mitte hat Europa keine Zukunft. Mit Deutschland wurde Europa geteilt, nur mit Deutschland kann Europa wiedervereinigt werden.

Wir Deutschen des Jahres 1983 wollen nicht aus unserer geschichtlichen Verantwortung aussteigen. Wir tragen diese Verantwortung für Deutschland, und zwar für das ganze Deutschland, und wir tragen diese Verantwortung für Europa, und zwar das ganze Europa, zu dem die Polen genauso gehören wie die Völker der Pyrenäenhalbinsel.

Das muß unsere Jugend wissen. Dazu muß sie in ihren Elternhäusern und auf unseren Schulen erzogen werden.

Ohne gesundes Selbstbewußtsein, ohne geläuterten europabezogenen weltoffenen Patriotismus müßte unsere Jugend verkümmern. Sie würde zukunftsunfähig. Das darf nicht sein.

Lassen Sie mich abschließend sagen: Unsere Aufgaben sind gewiß schwer. Aber wir sind frei. Unser Schicksal und das unserer Kinder liegt vor allem in unserer Hand. Wie glücklich wären die Völker Ost- und Mitteleuropas, wie glücklich wären unsere Landsleute in der DDR, wenn auch sie über sich selbst bestimmen könnten. Wir können es. Nutzen wir die Chance der Freiheit auch für sie. Lassen Sie uns arbeiten für die Zukunft, für unsere Kinder, für unser Land, für Deutschland, unser Vaterland!

Walther Leisler Kiep: Parteifinanzierung dringend neu ordnen

Meine Rede könnte in der Tat sehr kurz sein, wenn ich berichten könnte, daß alle Probleme, über die ich zu Ihnen auf dem Parteitag in Mannheim sprach, inzwischen gelöst sind. Leider kann ich Ihnen diesen Bericht nicht erstatten. Ich kann Ihnen aber berichten, daß

wir durch zwei Bundestagswahlkämpfe hindurch bis zum heutigen Tag die Partei manövriertfähig gehalten haben und auch in der jetzigen Situation imstande sind, die Diskussion über die Neuordnung der Parteifinanzien mit Ruhe und Gelassenheit zu verfolgen.

Die Bilanz der Jahre, über die ich Ihnen zu berichten habe, hat Licht- und Schattenseiten. Die Grundlagen unserer Finanzplanung, die ich Ihnen in Mannheim im Frühjahr 1981 vorstellte, haben sich durch den Lauf der Entwicklung ziemlich verändert. Es wird daran deutlich, wie ungeheuer schwer es ist, in einem Organismus wie einer Partei eine einigermaßen zuverlässige Finanzplanung vorzulegen.

Trotz dieses reduzierten Ausgabevolumens konnte dieses Jahr nur mit einer erheblichen Neuverschuldung finanziert werden. 13,7 Millionen DM neue Schulden mußten aufgenommen werden, so daß die Gesamtverschuldung am 31. Dezember 1981 eben 23,4 Millionen DM betrug. Im Jahr 1982 gelang es dann, Einnahmen und Ausgaben wieder auszugleichen. Ich glaube, daß wir damit angesichts der Tatsache, daß wir hier einen Bundestagswahlkampf zu finanzieren hatten und die Verzinsung der Kredite erhebliche Ausgaben verursachte, ein relativ günstiges Ergebnis erzielt haben.

Im Gegensatz zu den Erwartungen von Mannheim wurde das Jahr 1981 das schwierigste Jahr in meiner nunmehr zehnjährigen Tätigkeit als Bundesschatzmeister der CDU: Wir mußten zu dramatischen Sparmaßnahmen greifen, um auch nur einigermaßen über die Runden zu kommen. Ich erinnere daran, daß es dank der Mitarbeit der Geschäftsstelle möglich war, den Haushalt dieses Jahres um drei Millionen DM zu kürzen.

Für die Schuldentilgung standen allerdings bei diesem finanziellen Ablauf keine Mittel mehr zur Verfügung, so daß wir am 31. Dezember 1982 die Kreditinanspruchnahme nur geringfügig reduzieren konnten, nämlich auf 23,3 Millionen DM. Wir haben also dieses Jahr ohne zusätzliche

Rede Walther Leisler Kiep

31. BUNDESPARTEITAG

Neuverschuldung finanzieren können. Der Ausgleich der Einnahmen-Ausgaben-Rechnung des Jahres 1982 war u. a. dadurch möglich, daß sich unser Spendenaufkommen erfreulich entwickelt hat und im Jahr 1982 auf eine Gesamtsumme von 6,26 Millionen DM gestiegen ist.

Als Ausblick auf das laufende Jahr 1983 kann ich Ihnen berichten, daß es erstmals seit 20 Jahren möglich war, einen Bundestagswahlkampf zu finanzieren, ohne zusätzliche Kredite aufnehmen zu müssen. Das heißt, unsere Verschuldung hat sich gegenüber dem Stand vom Jahresende nicht erhöht; eine Neuverschuldung war nicht notwendig.

Weiterhin ist für 1983 zu erwarten, daß das Budget der Bundespartei 1983 ausgeglichen finanziert werden kann, so daß wir auch in diesem Jahr 1983 nicht mit einer erhöhten Neuverschuldung zu rechnen haben. Aber für die Reduzierung unserer Verschuldung stehen Mittel, stehen Reserven nicht zur Verfügung.

Und wenn ich einen Blick auch auf das Jahr 1984 werfe und eine Prognose stellen darf, dann rechne ich auch für das Jahr 1984 mit einem einigermaßen ausgeglichenen Ergebnis, was Einnahmen und Ausgaben betrifft — aber wiederum ohne Mittel zur Abdeckung unserer großen Hypothek unserer Verschuldung in der Größenordnung von 23 Millionen DM.

Daraus ergibt sich, daß die entscheidende Aufgabe für die nächsten Jahre und Monate die Schuldentilgung ist. In diesem Ziel sind sich die Parteiführung und unsere Rechnungsprüfer und auch die Finanzgremien der Partei völlig einig.

Die Frage, die zu stellen ist, lautet, mit welchen Mitteln diese Rückzahlung erfolgen soll. Wir müssen dabei zunächst eines ganz klar sehen. Wenn 1982, wie ich ausführte, und auch 1983, wie ich erwarte, und möglicherweise auch 1984 die Ein-

nahmen-Ausgaben-Rechnung ausgeglichen ist, dann heißt das, daß man daraus nicht etwa irgendwelche falschen Schlüsse ziehen darf. Hier liegt nicht etwa das erreichte Ziel in Sicht, daß wir die Finanzen der Partei konsolidiert hätten. Sondern wir haben dieses Ergebnis nur der Tatsache zu verdanken, daß wir überdurchschnittlich hohe Ratenzahlungen aus den öffentlichen Mitteln der Wahlkampfkostenerstattung in diesen Jahren einnehmen konnten. Das war 1982 nicht anders als 1983, und das wird auch 1984 nicht anders sein.

Das heißt, die Konsolidierung steht noch aus, das heißt, die Strukturprobleme der Parteienfinanzierung sind nach wie vor ungelöst.

Ich habe großes Verständnis dafür, daß in dieser Situation die Medien, die Journalisten und viele Bürger uns immer wieder daran erinnern, daß Sparsamkeit das erste Gebot in einer solchen Lage sein sollte.

Wir haben bei uns in der Bundespartei ein durchgearbeitetes und funktionierendes Kosten- und Budgetkontrollsystem, und wir haben dies bereits auf dem Mannheimer Parteitag erläutern können. In der Bundesgeschäftsstelle der CDU — und bei einem Dienstleistungsbetrieb wie einer Partei sind die Personalkosten der entscheidende Faktor — ist die Zahl der Mitarbeiter von früher 250 auf 195 gesenkt worden, und wir haben damit im Konrad-Adenauer-Haus heute weniger Mitarbeiter als im Jahre 1972.

Unsere Wahlkampfausgaben 1980 waren genauso hoch wie die von 1976, ohne daß sie auf Grund der eingetretenen Kostensteigerungen erhöht worden wären, nämlich 36 Millionen DM. Die Kosten der Jahre 1980 und 1976 lagen unter den Wahlkampfkosten von 1972.

1983 haben wir die Wahlkampfkosten noch einmal um 6 Millionen senken können.

31. BUNDESPARTEITAG

Rede Walther Leisler Kiep

nen und haben insgesamt weniger als 30 Millionen DM ausgegeben. Ich glaube, daß alle, die am Wahlkampf teilnehmen konnten — und ich spreche ja vor Teilnehmern am Wahlkampf —, mit mir darin übereinstimmen, daß diese Gelder sehr wirkungsvoll eingesetzt worden sind und daß auch unsere Kritiker uns bestätigen, daß das Geld nicht wirkungslos im Sinne unreflektiert übernommener Markenartikelwerbung verschleudert worden ist, sondern zielgerecht und sinnvoll eingesetzt worden ist.

Ich will keineswegs ausschließen, daß sich noch weitere Sparmöglichkeiten ergeben. Wir werden alle Möglichkeiten ausschöpfen, die hier vorhanden sind.

Aber die strukturellen Finanzierungsprobleme müssen gelöst werden. Wir werden dies nicht ausschließlich durch Kostenbegrenzung erreichen können, sondern werden notwendigerweise die Veränderung der Finanzierungsmöglichkeiten der Parteien ins Auge zu fassen haben.

Es wird bei der Kritik an den Parteien und ihrem Finanzgebaren vielfach übersehen, daß sich die Parteien nicht etwa bestimmte Aufgaben gewissermaßen aneignen, sondern daß ihnen Aufgaben vorgegeben sind, die sie auszufüllen haben. Der Aufgabekatalog, wie er im Parteiengesetz vorgeschrieben ist, zwingt die Parteien, sich mit diesen Sachgebieten und Problemen zu befassen, und steckt damit auch den Ausgabenrahmen ab, den wir wahrzunehmen haben.

Deshalb ist eine Neuordnung der rechtlichen Grundlagen der Parteienfinanzierung heute notwendiger denn je. Wie sie aussehen könnte und sollte, ist kürzlich mit dem Gutachten der Sachverständigenkommission, die der Bundespräsident eingesetzt hatte, sichtbar geworden.

Es sind dies konstruktive und bemerkenswerte Vorschläge. Wir haben allen Anlaß,

für diese gründliche Aufarbeitung der Gesamtproblematik dankbar zu sein. Ich meine aber auch, daß diese Berichte und Empfehlungen eine Aufforderung zu gesetzgeberischem Handeln an unser Parlament darstellen.

In der Öffentlichkeit wird dabei nach meiner Meinung der Akzent zu stark auf unmittelbare Steigerung der Einnahmen gelegt, die mit dieser Neuordnung verbunden sein können. Ich möchte hier ausdrücklich unterstreichen, daß für uns die Neuordnung eine Frage nicht der unmittelbaren Liquidität, sondern der Sicherung der Finanzierung unserer Aufgaben auf einer rechtlich einwandfreien Grundlage für die nächsten Jahre und Jahrzehnte ist.

Wenn der Gesetzgeber auch die Parteien selber angesprochen hat und nachdrücklich zu eigenen Leistungen aufgefordert hat, dann sind wir bereit, mehr Transparenz, mehr Glaubwürdigkeit und ein aufgabengerechtes Finanzierungssystem zu schaffen und zu gewährleisten.

Die Umsetzung der Kommissionsvorschläge in unsere Finanzierungsarbeit wird deshalb in den nächsten Wochen und Monaten im Mittelpunkt der Schatzmeisterarbeit stehen, und zwar auf allen Ebenen unserer Partei. Es sind aber auch gesetzgeberische Maßnahmen notwendig, von denen wir alle in der Finanzierungsarbeit uns nur dringend wünschen können, daß sie bald verwirklicht werden.

An dieser Stelle darf ich daran erinnern, daß wir in der Union bereits vor fast vier Jahren, nämlich nach dem letzten Urteil des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe zur Parteienfinanzierung, einschneidende Konsequenzen gezogen haben. Am 24. Juli 1979, also vor nunmehr fast vier Jahren, erging — von der Landesregierung Niedersachsens erwirkt — ein Urteil, und wir, die Bundespartei Union, haben dieses Urteil zur Richtschnur unserer weiteren Finanzierungsarbeit gemacht.

Rede Walther Leisler Kiep

31. BUNDESPARTEITAG

Dennoch haben wir, nachdem wir dies getan hatten, die bittere Erfahrung machen müssen, daß trotz aller dieser Bemühungen heute die strafrechtlichen Aspekte im Vordergrund der Diskussion über Parteidspenden stehen. Das ist für uns alle, aber ganz besonders für diejenigen, die den Parteien mit Spenden und Beiträgen bei der Finanzierung ihrer politischen Arbeit uneigennützig geholfen haben, ein unerträglicher Zustand.

Auch der Bericht der Sachverständigenkommission hat deutlich gemacht, wie widersprüchlich, wie inkonsequent und wie zweideutig die rechtlichen — insbesondere die steuerrechtlichen — Grundlagen für die Finanzierung der politischen Parteien in der Vergangenheit waren.

An diesem Punkt möchte ich mit aller Deutlichkeit sagen: Für uns und für mich ist das, was heute in der Öffentlichkeit so undifferenziert als „Spendenskandal“ diskutiert wird, in allererster Stelle ein steuerrechtliches, nicht ein strafrechtliches Problem. Ich kann hier, als Schatzmeister Ihrer Partei, unserer Partei, nur das wiederholen, was ich im Sommer 1981 bereits öffentlich erklärt habe: Ich als der Verantwortliche für die Finanzierungsarbeit der Christlich Demokratischen Union Deutschlands habe mir nichts vorzuwerfen;

wir alle, die wir in dieser Arbeit tätig waren, haben uns nichts vorzuwerfen. Ich betone ausdrücklich: Dies gilt in noch stärkerem Maße für unsere Spender, die sich unserer und meiner Bitte, uns bei der Finanzierung unserer staatspolitischen Aufgaben zu helfen, nicht verschlossen haben.

Ich spreche es hier einmal ganz offen aus: Spenden sind — daran hat es bei uns nie einen Zweifel gegeben — eine staatspolitische Notwendigkeit. Ich bin dafür dankbar, daß auch die vom Bundespräsidenten

eingesetzte Kommission diese Tatsache mit Nachdruck hervorgehoben hat.

Ich möchte allerdings auch keine Mißverständnisse aufkommen lassen: Ich spreche nur von jenen Spenden, die in uneigennütziger Weise — ohne Auflage und ohne die Erwartung oder gar Gewährleistung gesetzgeberischer Gegenleistungen — gegeben werden. Nur solche uneigennütigen Spenden hat es in dem Bereich, für den ich als Bundesschatzmeister die Verantwortung trage, in den Jahren meiner Amtszeit gegeben.

An unsere journalistischen Freunde, die hier heute in so großer Zahl vertreten sind, möchte ich herzlich die große Bitte richten, alle in diesem Zusammenhang angesprochenen Fragen mit der notwendigen Differenzierung und dem notwendigen Sachverstand zu betrachten und mit Sorgfalt zu erörtern, um zu vermeiden, daß einer öffentlichen Vorweg-Verurteilung insbesondere unserer Spender Voranschub geleistet wird.

Wir befinden uns seit einiger Zeit auf einem gefährlichen Weg. Rechtsstaatliche Prinzipien dürfen nicht in Frage gestellt werden, aber genau das geschieht, wenn ganze Gruppen unserer Gesellschaft, z. B. „die“ Unternehmer, „die“ Wirtschaft oder „die“ Parteien, diffamiert, angeklagt oder vorab verurteilt werden. Ich muß Sie daran erinnern, daß dieser Personenkreis, der im Augenblick Gegenstand laufender Verfahren ist, schätzungsweise 6000 bis 8000 Menschen in der Bundesrepublik Deutschland umfaßt.

Ich frage mich, ob das alles noch mit rechtsstaatlichen Prinzipien zu vereinbaren ist. Kollektivverteilungen, wie wir sie erlebt haben, können schnell, wenn nicht alle aufpassen, in die Nähe der Klassenjustiz geraten. Wir haben allen Anlaß, gemeinsam dieser Entwicklung entgegenzutreten.

Auch daran möchte ich an dieser Stelle

31. BUNDESPARTEITAG

Rede Walther Leisler Kiep

als Ihr Schatzmeister noch einmal erinnern.

Wir haben in den 70er Jahren, unmittelbar nach dem Wahlkampf 1972 bis zum Jahre 1978, keine Anstrengung unternommen, um im Gespräch mit den anderen Parteien zu einer Neuordnung, zu einer vernünftigen gesetzlichen Grundlage für die Parteienfinanzierung zu kommen. Kühne Erfindungen — wie der Fonds beim Bundestagspräsidenten, in den Spenden hätten eingezahlt werden können aus dem Bemühen der Parteien — stammen aus dem Bemühen der Union und von mir, zu einem solchen neuen Weg, der dringend erforderlich ist, zu kommen. Erst als alle unsere Bemühungen gescheitert waren, sind wir den Weg nach Karlsruhe gegangen und haben uns dann, nachdem dieses Urteil vorlag, an dieses Urteil und seine Bestimmungen voll und ganz gehalten.

Ich möchte Sie alle daran erinnern, wenn Sie in diesen Tagen draußen zu diskutieren haben.

Das Gutachten der Sachverständigenkommission zeigt den Weg, Chancen für eine konstruktive Lösung zu finden. Die Chancen sind größer als je zuvor. Wir sollten sie nutzen und sie nicht wegen minimaler Details zerreden. Auch in unserer täglichen Arbeit sind wir aufgefordert, die Konsequenzen aus diesen Empfehlungen zu ziehen und die hier gegebene Chance eines Neubeginns zu nutzen.

Ich wiederhole: Wir sind dazu bereit und werden schnell handeln, wenn uns der Gesetzgeber dazu den Weg freigemacht hat.

Lassen Sie mich mit einem besonderen Wort des Dankes an den Parteivorsitzenden schließen, an den Generalsekretär, an alle Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle und den Bundesgeschäftsführer Peter Radunski. Die Bundesgeschäftsstelle hat mit ihrem Verständnis für die Probleme unserer Arbeit alle Bemühungen in beispielhafter Weise unterstützt. Sie hat dem Geist der Sparsamkeit in der Bundesgeschäftsstelle in diesen letzten Jahren immer wieder eine Gasse geschlagen.

Mein besonderer Dank gilt aber auch meinem Mitarbeiter Uwe Lüthje, der sich in diesen Jahren, in denen ich ja gelegentlich auch anderweitig etwas beschäftigt war, in ganz besonderer Weise rückhaltlos für die gemeinsame Sache eingesetzt hat.

Schließlich gilt mein Dank unseren Rechnungsprüfern Alfons Horten und Erik Blumenfeld. Ich möchte Alfons Horten, der nachher den Bericht erstatten wird, und seinem Kollegen Erik Blumenfeld ein herzliches Wort des Dankes dafür sagen, daß sie in konstruktiver, aber auch strenger Weise die Arbeit des Bundesschatzmeisters zu jeder Zeit mit Verständnis, aber auch mit dem Auge auf das Ziel begleitet haben, nämlich einer Konsolidierung. Ich bin dankbar dafür, daß beide Rechnungsprüfer bereit sind — wie ich erfahren durfte —, auch für eine neue Legislaturperiode zu kandidieren. Ich bitte Sie, ihnen das Mandat erneut zu erteilen.

Walter Wallmann: Die Union muß den Wechsel auch in Hessen schaffen

Am 6. März hat die Union mit unserem Bundeskanzler einen eindrucksvollen Sieg errungen. Aber es besteht kein Anlaß, daß wir es uns nun bequem machen. Die nächsten Wahlen stehen bevor. Heiner Geißler und Alfred Dregger ha-

Wir haben gute Wahlchancen, nicht mehr und nicht weniger. Jede weitergehende Aussage wäre eine Anmaßung. Wahlen werden von freien Bürgern entschieden. Und Wahlergebnisse stehen erst am Wahlabend fest. Es gibt keinen Anlaß zu Euphorie und Selbstgefälligkeit.

Wir müssen auch vor den Landtagswahlen unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern ehrlich, offen die Wahrheit sagen. Wir müssen glaubwürdig für eine Politik der Mitte, der Liberalität, der sozialen Verantwortung eintreten. Wir haben unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern nüchtern und überzeugend zu erklären, warum wir durch die SPD in die schwerste Krise der Bundesrepublik seit 1949 geführt worden sind. Und wir müssen darlegen, daß die Folgen, die drückenden Hypotheken dieser sozialdemokratischen Politik, nicht in wenigen Wochen und Monaten überwunden werden können.

ben darauf hingewiesen. Die SPD regiert in Hessen seit 37 Jahren. Der Wechsel ist überfällig. Und wir, die Union, müssen den Wechsel auch in Hessen schaffen. Ich möchte Sie alle herzlich bitten, uns dabei zu helfen.

Natürlich macht uns das unsere Politik in den Landtagswahlkämpfen leichter. Natürlich: Ansehen, Erfolg unseres Bundeskanzlers, der gesamten Union kommen uns auch in den Ländern und in den Kommunen zugute. Aber angesichts des desolaten Erbes, das die SPD uns hinterlassen hat, müssen wir eben auch unbequeme Entscheidungen treffen, draußen vor dem Bürger verantworten.

Das bundespolitische Klima wirkt sich eben auch auf Landtags- und Kommunalwahlen aus. Alfred Dregger und die hessische CDU, wir haben das am 26. September des vergangenen Jahres bitter erfahren. Während wir, während die Union während die Bundesregierung den Staat aus der schweren Krise herauszuführen muß, versucht die SPD von ihrem schweren Versagen abzulenken. Sie macht auch heute in Wahlkämpfen weiterhin ohne

Skrupel Versprechungen. Sie behauptet demagogisch, die Union belaste sozial Schwächere und Arbeitnehmer zugunsten der Reichen und Besserverdienenden.

In der Sicherheits- und Außenpolitik entfernt sich die SPD immer weiter vom NATO-Doppelbeschluß, dessen sie sich jahrelang rühmte. Führende SPD-Politiker schüren Ängste, diffamieren unsere rationale Friedenspolitik und setzen auf Emotionalisierung anstelle sachlicher, sorgfältiger Auseinandersetzung und Diskussion. Vor allem hat die SPD damit begonnen, das Gespenst eines totalen CDU-Staates zu beschwören, ohne in der Sache zu begründen, warum denn die Politik der Union für unser Land schädlich wäre.

Dies ist die Lage, in der wir uns zu stellen, in der wir uns zu bewähren haben — auch in den nächsten Landtagswahlen in Brandenburg und in Hessen. Deswegen kommt es was jetzt nötig, warum es erforderlich ist: Sanierung des Haushalts, Sicherung der Renten, Überwindung von Gruppeninteressen und Konflikttheorien. Mit anderen Worten: Wir müssen den inneren und sozialen Frieden gewinnen und bewahren. Denn nur der innere Frieden befähigt uns, unsere Aufgaben in unserem Land und draußen in der Welt, in der es so oft unendlich geworden ist, zu erfüllen. Schließlich, den äußeren Frieden zu sichern, damit wir auch in Zukunft in Freiheit leben können.

Um diese Ziele zu erreichen, sind wir alle gefordert. Mir kommt es dabei auf einen Punkt besonders an: Auf Dauer werden wir die Politik des Maßes und der Mitte, der Toleranz und der Liberalität ohne Mehrheiten auch in Ländern und Kommunen nicht sichern können.

Wir sollten nicht vergessen: Die geistige Auseinandersetzung findet ja nicht nur an einem Ort, etwa in der Bundeshauptstadt, sondern ebenso in den Ländern und vor allem in den großen Städten statt. Dort treffen die kulturellen, die geistigen Ströme aufeinander. Dort ist geistige Führung gefordert, dort wird sie sichtbar und erfahrbar. Wir haben es in der Bundesrepublik erlebt, wir christlichen Demokraten, auch wir haben es schmerzhaft erfahren müssen: Wer Kommunen und Länder vernachlässigt, wird die geistige Führung auf Dauer nicht mehr behalten können und damit die politische verlieren.

Politik verlangt geistige Führung. Geistige Führung in der Politik heißt Formulierung des öffentlichen Interesses einer pluralistischen Gesellschaft und die Kraft, diesem öffentlichen Interesse auch Geltung zu verschaffen. Richard Löwenthal hat vor kurzem gesagt: Eine demokratische Gesellschaft wird nur dann überleben, wenn uns die freiwillige Begrenzung der Gruppenansprüche durch einen breiten Konsens über eine gemeinsame Auffassung von öffentlichem Interesse gelingt.

Dies ist der Kernpunkt des Versagens der SPD in den letzten 13 Jahren. Es ist ihr nicht gelungen, die Rechte des einzelnen in der Gesellschaft und seine Ansprüche gegenüber dem Staat in ein das Gesamtinteresse berücksichtigendes, ausgeglichenes Verhältnis zu den Pflichten gegenüber Staat und Gesellschaft zu stellen.

Unser Bundesvorsitzender hat es vorhin angesprochen: Der demokratische Staat ist mehr als eine riesige Sozialisationsagentur, und Demokratie darf nicht zur Gefälligkeitsdemokratie verkommen. Hier liegen die Ursachen für die Fehlentwicklungen der letzten Jahre: Überlastung des Staates durch zuviel Umverteilung, wach-

Rede Walter Wallmann

31. BUNDESPARTEITAG

sende steuerliche Belastung der Arbeitnehmer, steigende Staatsquote am Bruttosozialprodukt und die hohe Staatsverschuldung. Die SPD ist längst regierungsunfähig geworden. Sie hat den Konsens in der eigenen Partei, über das, was notwendig ist, nicht mehr herstellen können. Sie ist opportunistisch in eine Politik der Anpassung an die unterschiedlichsten Gruppeninteressen geflüchtet. Die gemeinsame Sachüberzeugung ist der SPD längst verlorengegangen. Aber damit verliert eine Partei ihre Legitimation zur Führung. Denn Führungsaufträge werden in der Demokratie zur Politikgestaltung, nicht um parteipolitischer Mehrheiten willen erteilt. Nach Max Weber bedeuten fehlende Sachüberzeugung und Sachlichkeit in der Politik Verantwortungslosigkeit. Das sichere Zeichen von Ohnmacht, Leere und innerer Schwäche.

Die SPD ist angesichts ihres inneren Zustandes, ihrer Ambivalenz nicht in der Lage, jener gefährlichen Entwicklung in unserer Gesellschaft zu begegnen, die zu einer Auflösung der repräsentativen Demokratie in nicht mehrheitsfähige Einzelinteressen führen könnte. Ich will etwas hinzufügen, weil ich nicht mißverstanden werden möchte: Ich habe durchaus Respekt vor der deutschen Arbeiterbewegung und auch vor vielen Sozialdemokraten. Ich verschweige auch gar nicht meine persönliche Wertschätzung gegenüber Herrn Börner; darum geht es nicht. Es geht nicht um Feindbilder. Es darf nicht darum gehen, andere herabzusetzen, sondern es hat um sachliche politische Auseinandersetzung zu gehen. Nichts anderes wird von uns gefordert.

Mein Vorwurf an die heutige SPD lautet, daß sie einerseits opportunistische Anpassung an modernistische Trends und Forderungen um des

Machterhalts willen praktiziert und andererseits auf sozialistische Modelle zurückgreift, die sich längst als unzulänglich erwiesen haben.

Vor der Landtagswahl am 26. September 1982, also im vergangenen Jahr, hat Herr Börner den Grünen und anderen Protestierern mit der Dachlatte gedroht. Die Grünen hat er in der Nähe der Faschisten gerückt. Sie müßten ihr Verhältnis zur Gewalt klären. Mit ihnen dürfe und werde man nie an einem Tisch sitzen. Nach der Wahl hat er mit denselben Grünen gemeinsame Sache um des Machterhalts willen zu machen versucht.

Das ist opportunistische Anpassung, bewirkt Unglaubwürdigkeit und schadet dem demokratischen Staat.

Wir erleben es ganz besonders in der hessischen SPD, daß sie in der Wirtschafts- und Sozialpolitik wieder auf Lösungsangebote, auf Modelle aus dem 19. Jahrhundert setzt, deren Unzulänglichkeit längst erwiesen ist, und die die SPD ja schon einmal, nämlich in Godesberg, überwunden hatte.

In der Sicherheits- und Außenpolitik ist diese SPD auf dem Wege zurück zu den antiwestlichen Haltungen der frühen 50er Jahre. Verfolgen Sie, was in der SPD Hessen-Süd geschieht, welche Positionen eingenommen werden, etwa im SPD-Umterbezirk Frankfurt. Wenn Sie dies verfolgen, wissen Sie, wovon ich spreche.

Deswegen, um des Staates, ich wage zu sagen: um des Gemeinwohls willen, kommt es jetzt auf die Union an. Wir sind gefordert. Wir müssen nicht nur die schweren Schäden, die uns von der SPD hinterlassen worden sind, von unserer Republik abwenden. Wir müssen auch grundsätzlich unsere Positionen darstel-

31. BUNDESPARTEITAG

Rede Walter Wallmann

len. Wir müssen sie vor allem jungen Menschen einsichtig machen. Wir müssen erklären, warum wir uns so und nicht anders entscheiden dürfen. Zu viele junge Menschen haben zu oft Scheinantworten von Ideologen und zu wenig Antworten auch von uns erhalten.

Wenn wir aus solchen Wertvorstellungen heraus eine neue Identität bilden, kann und wird es uns in den kommenden Jahren gelingen, die in Staat und Gesellschaft deutlich gewordenen Auflösungstendenzen zu stoppen und den Prozeß der Desintegration umzukehren. Unsere Aufgabe ist es, darauf hinzuwirken, daß das Interesse des Ganzen, des Gemeinwohls nicht dem lautstark vorgetragenen Einzelinteresse und dem Gruppenprotest untergeordnet wird. Edmund Burke hat in seiner berühmten Rede als Kandidat in Bristol 1774 diese Aufgabe für alle Zeiten, wie ich finde, gültig formuliert:

— *Das Parlament ist nicht ein Botschafterkongreß mit verschiedenen sich feindlich gegenüberstehenden Interessen, die jeder als Agent oder Advokat gegen andere Agenten oder Advokaten vertreten muß. Das Parlament ist die beratende Versammlung einer Nation mit einem Interesse, nämlich dem des Ganzen, wo nicht lokale Ziele, nicht lokale Vorurteile die Richtung bestimmen dürfen, sondern das allgemeine Beste, das sich aus dem Gesamtinteresse ableitet.*

Die Union, die sich von diesen Überzeugungen leiten läßt und danach handelt, gibt den Menschen wieder Sicherheit, Zuversicht und Hoffnung. Das ist unsere Legitimation, wenn wir zu den jetzt anstehenden Wahlen vor unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger treten und um ihr Vertrauen für uns, für die Union bitten.

Franz Josef Strauß: Die CSU steht zur Politik von Helmut Kohl

Sehr verehrter Herr Bundeskanzler! Lieber Herr Kollege Kohl! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde von der Christlich Demokratischen Union! Mein erstes Wort soll sein ein herzliches „Grüß Gott“ aus der heimlichen Hauptstadt Deutschlands. Ich freue mich über die Einladung,

Ich möchte gleich am Anfang sagen, es gibt zwei politische Leben, zwei politische Welten. Das eine ist die politische Welt der wirklichen Vorgänge, der tatsächlichen Verhältnisse, der echten Abläufe mit ihren vielfältigen Facetten, Varianten, Aspekten, das, bei dem Ranke als Geschichtsschreiber versucht hat, Geschichte so darzustellen, wie sie wirklich war. Ganz ist das den Historikern nie gelungen, aber sie haben einen Vorteil gegenüber dem lieben Gott, sie können die Vergangenheit verändern, der liebe Gott nicht.

Das ist die eine Welt, die Welt der wirklichen Abläufe. Das andere ist die virtuelle Welt, die Welt der geheimen Machtkämpfe, der hintergründigen Konspirationen, der unterschweligen Strömungen, der versteckten Drohungen, der Interpretationen dieser oder jener Äußerung. Wir müssen Mitleid haben mit den Vertretern der

in einem Grußwort zu Ihnen sprechen zu dürfen, genauso, wie es zwischen Helmut Kohl und mir vereinbart ist, daß er bei dem im Juli stattfindenden Parteitag der Christlich Sozialen Union in München ebenfalls ein Grußwort und politische Ausblicke und Perspektiven bieten wird.

zweiten Welt, denn wenn sie nur über die erste Welt schreiben würden, wären sie bald brotlos; sie müssen über die zweite Welt schreiben.

Dieses sage ich nach einem ausführlichen Gespräch gerade jetzt mit Helmut Kohl, bei dem wir uns über sehr, wie ich sagen darf, sensitive politische Bereiche der Zusammenarbeit, und zwar ohne den geringsten DisSENS zwischen CDU und CSU, unterhalten haben.

Aber wenn ich heute die Presse aufschlage, lese ich darin: Helmut Kohl weist Strauß zurecht. Ich sage Ihnen jetzt, was damit gemeint war. Man muß ja immer interpretieren können. Es handelt sich hier um dieses nicht von mir in die Welt gesetzte Wort vom Koalitions-gremium.

31. BUNDESPARTEITAG

Rede Franz Josef Strauß

Wir hatten einmal in der Zeit der Großen Koalition, als es große Schwierigkeiten zwischen Kurt Georg Kiesinger, Willy Brandt und Herbert Wehner gab, den sogenannten Kreßbronner Kreis. Dieser Kreßbronner Kreis, der vielleicht manchen von Ihnen noch in Erinnerung ist, hat regelmäßig getagt. Er wurde zu einer Art fester Einrichtung.

Es ist zwischen mir und Helmut Kohl längst besprochene Tatsache, daß wir keinen solchen Kreis ins Leben rufen wollen. Das will weder er noch ich. Und dies war der Sinn der orakelhaften Worte von gestern. In Bayern ist der Geographieunterricht so gut entwickelt, daß selbst ich noch weiß, daß München an der Isar und Bonn am Rhein liegt. Da ich 29 Jahre in Bonn tätig war, sind mir die geographischen Koordinaten von Bonn sehr wohl bekannt.

Wir sind auch Föderalisten. Wir wissen, dem Staate zu geben, was des Staates ist, und Gott zu geben, was Gottes ist — das heißt, dem Bund zu geben, was des Bundes ist, und den Ländern zu geben, was der Länder ist.

Wir sind stolz darauf, eine föderalistische Ordnung zu haben. Wir sind — und das nehme ich als allgemeine Überzeugung beider Parteien an — in einer föderativen Ordnung, die große Vorteile gegenüber einem zentralistisch ausgerichteten und verwalteten Staat hat.

Die Struktur der Bundesrepublik Deutschland ist besser und gesünder als die zentralistisch regierter Länder. Bei uns gibt es deshalb auch das Problem des Regionalismus nicht, das in Spanien, selbst in der Schweiz, in Italien, in Frankreich eine manchmal sogar explosive Rolle spielt.

Ich bin sehr froh darüber, daß ich nicht nur die Seiten der Bundesrepublik aus 29jähriger Tätigkeit im Parlament und 12jähriger Tätigkeit in verschiedenen Regierungen kenne, sondern daß ich jetzt auch mit den Auswirkungen der Gesetzgebung auf den Bürger als unmittelbar verantwortlicher Chef einer Landesregierung mehr als genug zu tun habe. Das sind zwei sehr interessante Bühnen. Und wenn man beide Bühnen kennt, weiß man, daß es in der Bundesrepublik eine jetzt wieder entscheidungsfähige Bundesregierung und eine Unionsmehrheit im Bundesrat gibt, deren Aufgabe es ist, die Bundesregierung zu stützen und auf dem Kurs der Sanierung und Konsolidierung auch mit ihren eigenen Mitteln flankierend zu begleiten und nicht mehr wie in der Vergangenheit einer unseligen Gesetzgebung, einer übertriebenen Gesetzgebung mit den Möglichkeiten des Bundesrats in den Arm fallen zu müssen.

Aber hätten wir nicht die delegierten Entscheidungszentren der Länder gehabt, wären die Auswirkungen der liberal-sozialistischen Politik bei alleiniger Entscheidungsvollmacht des Bundesparlaments und der Bundesregierung noch viel verhängnisvoller gewesen, als sie ohnehin gewesen sind.

Ich verrate jetzt sogar ein Staatsgeheimnis. Am 19. März, als wir, unter Zeitdruck stehend, die Verhandlungen gerade wegen der Frage der Rentenfinanzierung, auch wegen der Frage der Rechtspolitik zu Ende bringen wollten, war es der Kollege Helmut Kohl, der sagte: Die offenen Fragen und bestimmte Bereiche wollen wir im Dreierkreis besprechen: Helmut Kohl, Hans-Dietrich Genscher und ich.

Das ist keine institutionalisierte Einrichtung eines feierlichen Gremiums mit großer Publizität, sondern das ist die notwendige Zusammenarbeit, die

Rede Franz Josef Strauß

31. BUNDESPARTEITAG

nicht so sehr zwischen CDU und CSU sichergestellt zu werden braucht als in dem Dreierverbund sichergestellt werden muß.

Ich habe diese Anregung und Einladung von Helmut Kohl gern aufgegriffen. Der Kollege Theodor Waigel hat auch nichts anderes gemeint. Und damit fällt eine Seifenblase — denn etwas anderes war es nicht — in sich zusammen.

Es gibt echte politische Probleme, und es gibt vermeintliche, erfundene politische Probleme, und es gibt manche, die ein kleines Feuerchen anzünden und sich den Feuerwehrhelm aufsetzen, um sich dann als Retter des Hauses zu betätigen.

Ich begrüße es, daß ich hier heute in veränderter Situation einige Sätze zu Ihnen sagen kann. Ich erinnere mich an den Bundesparteitag der CDU in Mannheim 1975. Ich habe damals gesagt:

Ich habe manchmal den Eindruck, daß sich die Machthaber von heute (1975) so verhalten, als ob die Staatsfinanzen ihre Kriegskasse seien, die man ausleeren könne, wenn man an der Macht bleiben wolle. Daß Äußerste, das wir schaffen können, bei viel Disziplin und großer Geschlossenheit, das ist die Erhaltung und Sicherung unseres bestehenden gesellschaftlichen Leistungssystems und die Füllung von Lücken und der Ausbau von schwachen Stellen.

Und ich habe damals erklärt, daß der Sozial- und Bildungsstaat seine Grenzen erreicht und zum Teil überschritten hat.

Hätten die Bundestagsmehrheit von damals und die von ihr geschaukelte Regierung — von Tragen kann man ja nur mit gewissen Einschränkungen reden — die bittere Wahrheit dieser Formulierungen begriffen, wäre uns insgesamt manches erspart geblieben und wäre die Arbeit der

heutigen Regierung etwas leichter, als sie bei der Wende ab Ende 1982 leider geworden ist.

Ich habe auch die Ehre gehabt, beim Bundesparteitag der CDU in Mannheim 1981 mich mit der Frage zu befassen: Wird die Koalition halten? Ich erinnere mich der Äußerungen: Nunmehr hat die Koalition SPD/FDP eine größere Mehrheit als früher. Das erleichtert das Regieren, sagte Helmut Schmidt. Das gibt gute Ausblicke in die Zukunft.

Ich habe mir erlaubt, damals sowohl am Wahlabend 1980 wie bei dem Bundesparteitag im nächsten Frühjahr zu sagen: Wenn das, was die FDP in der Öffentlichkeit erklärt hat, nämlich den Sozialismus zu stoppen, das eine ist und die ständige Schwerpunktverlagerung der SPD nach links, die sich auch heute noch vollzieht, das andere, dann bedeutet ein Mehr an Stimmen ein Weniger an Übereinstimmung; das heißt, das Ende dieser Koalition zeichnet sich sehr bald ab. Ich habe dann von dem „lucrum cessans, damnum energens“ gesprochen, vom schwindenden Gewinn und vom aufkommenden Schaden. Wenn der aufkommende Schaden größer wird als der schwindende Gewinn, dann ist die Stunde der Wende gekommen. So ist die Sollbruchstelle seinerzeit im wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Bereich festgestellt worden.

Das veranlaßt mich zum nächsten Gedankengang: uns nüchtern über unsere gar nicht schlechten Aussichten Rechenenschaft abzulegen: Woran ist die alte Koalition gescheitert? Sie ist an der Unmöglichkeit gescheitert, mit einer sich schnell nach links entwickelnden SPD die Wirtschaft in Ordnung zu bringen, die öffentlichen Finanzen zu konsolidieren, das Netz der sozialen Sicherheit, d. h. ein finanzierbares System der sozialen Sicherheit, zu

gewährleisten und im Rahmen dieser Anstrengungen auch unser Hauptübel, die Arbeitslosigkeit, in absehbarer Zeit und spürbar abzubauen.

Die Unmöglichkeit, mit der SPD dieses Problem zu lösen, hat die alte Koalition gesprengt, hat die neue Koalition ermöglicht. Und wir wollen mit der neuen Koalition diese Aufgabe lösen. Darüber gibt es nicht den geringsten Zweifel.

Es gibt auch nicht den geringsten Zweifel, daß sich an der Lösung dieser Aufgabe die neue Koalition bewähren muß und daß sie in erster Linie nach diesem Maßstab gemessen werden wird.

Damit möchte ich ein Schlagwortpaar aufgreifen, das immer wieder in der Landschaft herumgeistert, nämlich „Wende oder Kontinuität“. Da berauschen sich ganze Völkerstämme entweder an dem einen Schlagwort oder an dem anderen Schlagwort. Dazu kommen dann markige Appelle mit Geschlossenheit und Entschlossenheit. Das sind alles Stilbegriffe.

Man kann auch fest entschlossen sein, wenn man nicht weiß, was man will. Auch das ist gelegentlich schon vorgekommen. Die Frage heißt nicht „Kontinuität oder Wende?“ Es geht um Kontinuität der richtigen Elemente der Politik und um Korrekturen der Teile der Politik, die wir in den 13 Jahren der Opposition — ich war von 1969 bis Ende 1978 beteiligt — erbittert bestritten haben, um unsere eigenen Auffassungen zu vertreten, auch wenn wir sie mangels Mehrheit nicht durchsetzen konnten.

Es ist ein erträgliches Maß, ein für den Koalitionspartner erträgliches Maß an Kontinuität sicherzustellen, denn wir können nicht das verbrennen, was wir früher angebetet haben, und nicht heute das anbeten, was wir

früher verbrannt haben. Ich glaube, das sollte so selbstverständlich sein, daß man sich darüber gar keine weiteren Gedanken zu machen braucht.

Für uns besteht die Aufgabe darin, einen Zusammenhang herzustellen, der in der liberal-sozialistischen Koalition zunehmend verlorengegangen ist, nämlich den Zusammenhang zwischen Wort und Wirklichkeit, zwischen Aussagen und Tatsachen. Es gibt viel Kritik an den politischen Parteien, am meisten natürlich an ihrer Finanzierung. Das ist ein Kapitel, über das wir uns in einem anderen Raum ja immer wieder unterhalten müssen, über das wir uns noch lange werden unterhalten müssen, ein Kapitel, das uns alle betrifft. Aber in der Zeit dieser 13 Jahre liberal-sozialistischer Koalition ist für den Bürger der Glaube geschwunden, daß die Aussagen der Politiker wirklich deren Meinung darstellen und wirklich deren Handlungsmaximen wiedergeben. Wenn das System der politischen Parteien und der parlamentarischen Demokratie gesichert, stabilisiert und für die Dauer fundiert sein soll, muß nicht die Deckungsgleichheit — das ist zuviel verlangt —, aber eine Verwandtschaft, eine Affinität, ein Zusammenhang zwischen Wort und Wirklichkeit bestehen.

So habe ich die beiden Regierungserklärungen Helmut Kohls verstanden, und so habe ich seine Rede von gestern verstanden, die in Teilen auch eine Zusammenfassung dieser Regierungserklärungen war. Ich möchte hier laut und deutlich sagen: Helmut Kohl bemüht sich darum, die Glaubwürdigkeit der Politik der Union als sozusagen leuchtendes Gegenbeispiel zur Politik der liberal-sozialistischen Koalition vor dem Bürger zu vertreten, und Sie können sicher sein — das sage ich, ohne daß ich hier Vergleiche anstellen, Wertungen vor-

nehmen oder Konkurrenzgedanken entwickeln will —, daß auch die CSU fest entschlossen ist, sich in der Durchführung dieser Politik des Wiederglaubwürdigmachens von niemandem übertreffen zu lassen. Der Weg wird lang sein, der Weg wird schwierig sein, der Weg wird steinig sein.

Die Weichen sind für den Problembereich „Wirtschaftspolitik, Finanzpolitik und Sozialpolitik“ gestellt. Sie sind in der richtigen Richtung gestellt. Die ersten Schritte sind getan. Aber wenn das sechs Jahre früher gelungen wäre, wäre der Weg kürzer und einfacher, wäre er weniger dornig. Die Weichen sind gestellt, aber wir stehen erst am Anfang des Aufstiegs, am Anfang der Höhenwanderung. Wir müssen so lange fortfahren, bis wir wieder ein funktionierendes System einer Marktwirtschaft unter den heutigen Bedingungen haben, bis wir wieder konsolidierte, geordnete öffentliche Finanzen und ein finanzierbares, reißfestes Netz der sozialen Sicherheit haben. Wenn diese Aufgabe gelöst wird, werden uns die Wähler auch in Zukunft in den Ländern und im Bunde ihr Vertrauen schenken.

Auch die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern muß sich in einem erkennbaren Gegensatz zu dem, was vor Oktober 1982 war, gestalten. Als einer der drei Parteivorsitzenden, der kraft eigenen Entschlusses nicht der Bundesregierung angehört, der als Ministerpräsident seine Aufgabe versteht, möchte ich ausdrücklich bestätigen, daß sich das Klima zwischen Bund und Ländern seit Herbst letzten Jahres erkennbar verbessert hat.

Wir wissen genau, daß die Bundesregierung nicht über Nacht das Ungeschehen machen kann, was an Fehlentwicklungen und Verzerrungen herbeigeführt worden

ist. Wir können von der neuen Regierung keine Wunder erwarten. Wir können nicht erwarten, daß sie mit Hokuspokus ein Zauberrezept produziert, mit dem auf einmal für die Bedienung der öffentlichen Aufgaben genug Geld vorhanden ist. Eine der Hauptsünden der alten Koalition und ihrer Regierung war es, die öffentlichen Investitionen zu vernachlässigen und die Gemeinschaftsaufgaben finanziell immer schlechter zu stellen. Dasselbe gilt für den Fernstraßenbau, für den Krankenhausbau und für viele andere öffentliche Investitionen.

Ich habe bei den Koalitionsverhandlungen — nicht ohne Erfolg — mit Nachdruck darauf gedrängt, daß gerade diese investiven Ausgaben, von denen auch — besonders in der Bauwirtschaft — die Beschäftigungslage abhängt, vom Bund her wieder stärker und besser bedient werden. Das ist in den ersten Schritten geschehen. Die Umstrukturierung der öffentlichen Haushalte in Richtung auf mehr Investition, auf Erhöhung der Investitionsquote, und nicht auf Erhöhung der Konsumquote ist eingeleitet und muß fortgesetzt werden.

Das bedingt politische Entscheidungen, die zum Teil auch unpopulär sind. Ich möchte aber auch einmal in aller Deutlichkeit sagen, daß wir — wenn ich jetzt als bayerischer Ministerpräsident sprechen darf — die Bemühungen der Bundesregierung mit risikoreichen Entscheidungen unterstützen haben. Wir haben z. B. bei der Finanzierung des Krankenhausbaus sämtliche Haushaltsreste für die Inangriffnahme neuer Projekte eingesetzt.

Wir hatten im Jahre 1982 700 Millionen DM für den Krankenhausbau. 300 Millionen davon sind nicht ausgegeben worden, weil Projekte festgelegt. Wir haben in diesem Jahr wie

31. BUNDESPARTEITAG

Rede Franz Josef Strauß

der 700 Millionen dazugelegt, haben also eine Milliarde. Damit haben wir die Baukonjunktur in Bayern so angekurbelt, daß Signale von der Hochbauwirtschaft schon einmal kommen: bitte, nicht zuviel auf sein!

Aber ich bin ein Anhänger der alten Parole: klotzen, nicht kleckern. Wenn man die Wirtschaft in Gang bringen will, muß man mit den öffentlichen Investitionen klotzen, und dies haben wir getan. Wenn sich alle Länder genauso verhalten, wird das Problem auf diesem Gebiet — ich meine Bauwirtschaft und Bauausstattungsgerätschaften — in absehbarer Zeit gelöst sein.

Soviel zu gewissen Überschriften. Ein Spottvogel sagte einmal, man müsse Überschriften, Unterstreichungen und Fettdruck verbieten, dann wäre alles viel einfacher.

Nun zu einem anderen Bereich. Es gibt selbstverständlich auch in Zukunft ein Ringen um die richtige Politik. Was heißt „richtige Politik“? Niemand kann für sich von vornherein ein Monopol in Anspruch nehmen, im Alleinbesitz der blauen Blume, in Kenntnis der Weisheit zu sein, sozusagen die alleinige Einsicht in die richtige Politik zu haben. Es gibt aber eine historische Politik der CDU/CSU seit den ersten Nachkriegsjahren. Sie ist untrennbar mit den Namen Adenauer, Erhard und Schäffer und mit anderen Namen verbunden. Deshalb sind wir doch sicherlich einmal die Kontinuität wird nie bedeuten, daß lenkt. Vielmehr sind wir täglich gefordert, zu prüfen und sicherzustellen, daß die bleibenden und zeitlosen Grundsätze der Unionspolitik und die Zielvorstellungen dieser Politik auch in die Zukunft projiziert

und im maximal möglichen Umfang verwirklicht werden.

Auch eine politische Partei braucht hier die Kontinuität ihrer eigenen Linien. Deshalb kann Kontinuität nie bedeuten, daß CDU und CSU etwa darauf verzichten, das zu bekämpfen, was sie 13 Jahre lang bekämpft haben, oder nicht mitzumachen, was sie in diesen 13 Jahren verhindern wollten.

Aber auch hier gilt die Fähigkeit zum Kompromiß. Die Wende — das ist schon fast ein ironisches Wort; ob man von der Wende oder von Kontinuität und von Korrekturen spricht, ist eine Frage der Terminologie, sozusagen der Nomenklatura, geworden — darf sich nicht auf die Bereiche der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik beschränken. Wir dürfen nicht Wirtschaftspartei werden.

„Wirtschaftspartei“ ist für eine christlich-soziale Volkspartei — und das sind wir ja beide — nur eine unzureichende Umschreibung, ist nur eine unzulängliche Definition unserer Verantwortung. Deshalb sage ich — und ich glaube, mich hier in bekannten Gleisen zu bewegen, ich glaube sogar, das, wenn nicht verbal, so doch sachlich identisch mit Helmut Kohl sagen zu können —, wir brauchen, wenn wir unser Ziel erreichen wollen, auch die geistig-moralische Wende in unserer Gesellschaft und in unserem Staat.

Gerhard Stoltenberg hat mit Erfolg damit begonnen, die strukturellen Defizite der öffentlichen Haushalte abzubauen. Sie betragen für Länder, Gemeinden und Bund rund 40 Milliarden DM. In drei Jahren, vor der nächsten Bundestagswahl, müssen wir diese Aufgabe bewältigt haben.

Sie ist schmerzlich, Sie haben das in den letzten Wochen und Tagen bei den Aus-

Rede Franz Josef Strauß

31. BUNDESPARTEITAG

einandersetzungen über die Einsparungen gemerkt. Wir müssen pro Jahr 13 Milliarden DM strukturelles Defizit abbauen, davon der Bund etwa 7 Milliarden DM, die Länder zusammen etwa 4,5 Milliarden DM und die Gemeinden 1,5 Milliarden DM. Dann werden wir die öffentlichen Haushalte auf das Maß gebracht haben, das die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft unter normalen Bedingungen — auch wieder mit normalen Zuwachsraten — verkraften kann. Das ist das Erbe der liberal-sozialistischen Politik.

Man kann den Zustand eines Staatswesens sehr wohl am Zustand seines Geldwesens ablesen. Die Stärkung der D-Mark ist ohne Zweifel erfreulich. Aber die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen, die Stärkung der Investitionsquote innerhalb der öffentlichen Finanzen müssen laufend und ständig fortgesetzt werden, bis dieses Ziel erreicht ist.

Das heißt auch, daß wir uns der Grenzen der Leistungsfähigkeit bewußt werden. Die neue Bundesregierung hat insofern auch einen guten Anfang gemacht, als sie endlich diesen Unfug abgestellt hat, auf Grund von Traumdaten oder Wunschzielprojektionen die Finanzplanung und die Leistungsfähigkeit unseres Staates vorzunehmen bzw. zu berechnen.

Wir müssen aufhören, von Luftschlössern zu leben. Es ist sehr leicht, Luftschlösser zu errichten. Aber jetzt erleben wir in bitterer Weise, wie teuer es ist, wenn man sie wieder einreißen muß. Und wir sind dabei, einige Luftschlösser, die die früheren Regierungen gebaut haben, wieder einreißen zu müssen. Jedenfalls ist das erforderlich, wenn die öffentlichen Finanzen konsolidiert werden sollen.

Das erfordert auch etwas, was uns als Christlich Soziale Partei sehr am Herzen

liegen muß: Das ist die Sicherheit der Rentenfinanzierung. Ich möchte Ihre geschätzte Aufmerksamkeit nur auf die Tatsache lenken, daß es hier einen Dissens gibt. Ich sage jetzt nur ironisch: Ich bin an der Auseinandersetzung ausnahmsweise nicht beteiligt. Aber es gibt heute doch sehr verschiedene Zielvorstellungen über die Sicherheit der Rentenversorgung. Das ist ja in allen Zeitungen zu lesen. Das kann man auch nicht als Streiterei abtun. Wenn auf der einen Seite Graf Lambsdorff und Herr Stoltenberg und auf der anderen Seite Herr Blüm und Sozialpolitiker sich gegenüberstehen, dann heißt das nicht, daß hier eine neue Front mit feindseligem Pro und Contra errichtet wird.

Das heißt vielmehr, daß wir die Rentenversicherung aus dem jährlichen Hickhack der Finanzierung in den nächsten zwölf Monaten herausbringen müssen. Wir müssen sie auf eine solide, dauerhafte Grundlage stellen.

Ich gehe sogar so weit zu sagen, daß man nicht jedes Gelöbnis, das man in der Vergangenheit abgelegt hat, bis zum letzten Detail, bis zur letzten minutiösen Genauigkeit einhalten können. Aber wir müssen die Rentenversicherung und damit das Lebensgefühl unserer älteren Bürger wieder auf eine solide Grundlage stellen.

Das erfordert natürlich auch — und Herr Blüm ist ein mutiger Mann — er ist ein Mann, der neben dem Mut auch die Schärfe des verbalen Schwertes, den Witz der Satire und manchmal die ätzende Säure nicht immer angenehmer Vergleiche aufzubringen vermag.

Aber ich möchte ihn durchaus im Klub, im Verein für deutliche Aussprache als Ehrenmitglied aufgenommen wissen.

Wir können selbstverständlich nicht an solchen Änderungen und Wandlungen der letzten 13 Jahre vorbeigehen und so tun, als

31. BUNDESPARTEITAG

Rede Franz Josef Strauß

ob sich das Jahr 1983 nahtlos an das Jahr 1970 oder 1969 anschliesse. Wir müssen die Veränderungen in unserer Gesellschaft zur Kenntnis nehmen. Denken Sie an den ganzen Bereich des Abtreibungs- und Scheidungsrechtes. Wir können nicht so tun, als könnten wir einfach zu dem zurückkehren, was damals war. Wer mir das schätzt hat, täuscht sich ganz gewaltig, wir können auch nicht die Verträge aus der Welt schaffen, die geschlossen worden sind — so schlampig sie ausgehandelt, so liederlich sie formuliert worden sind und so doppeldeutig auslegungsfähig sie sind. Pacta sunt servanda habe ich im Januar 1973 ausdrücklich gesagt, damals in meinem Beitrag zur Regierungserklärung Willy Brandts anlässlich seiner zweiten Kanzlerschaft. Nur müssen in dem ersten Bereich, den ich genannt habe, Korrekturen erfolgen.

Als christlich-soziale Partei können wir es nicht zulassen und können wir unseren Kopf dafür nicht hinhalten, daß z.B. der Mißbrauch der sozialen Indikation uneingeschränkt betrieben werden kann. Ich sage: der Mißbrauch.

Damit ich jedem Zweifel entzogen bin: Ich weiß, daß man nicht zu dem alten § 218 zurückkehren kann. Hier hat eine Reihe von Entwicklungen eingesetzt, über die hier nicht zu reden ist. Aber wir müssen als christlich-soziale Partei den Mißbrauch abstellen, der sich durchgefressen hat. Dazu gehört auch die Frage, ob man es der schwer strapazierten Solidargemeinschaft zumuten kann — jetzt abgesehen von Regelungen für ärmere Bevölkerungsschichten —, die Kosten für solche Eingriffe der Solidargemeinschaft der Beitragszahler aufzuhalten.

Auch das ist eine Frage, bei der man nicht einfach alles unverändert lassen kann,

was in den 13 Jahren geschaffen worden ist.

Ich will damit keinen Stein des Streites in das Wasser werfen. Aber die Probleme sind ja da. Oder nehmen Sie etwas anderes: Meine Freunde und ich — ich glaube, Sie denken genauso — erwarten auch, daß Korrekturen am Ehescheidungsfolgerecht erfolgen. Es gibt kein Zurück zu dem alten Scheidungsgesetz. Es gibt kein Zurück zu dem Schuldprinzip. Daß aber derjenige, der die Schuld an der Zerrüttung hat, den anderen Partner bis zum Lebensende materiell, finanziell, existentiell ruinieren kann, daß der Gesetzgeber jetzt schon durch die Rechtsprechung korrigiert werden muß, ist kein Ruhmesblatt der letzten Regierung, der damaligen Mehrheit.

Da erwarten wir vom Koalitionspartner Verständnis für maßvolle Korrekturen, die bei niemandem das Gefühl hervorrufen sollen, daß er sein Gesicht zu verlieren habe, weil man einen Prinzipienstreit austrage. Aber es gibt ewige, eherne, eiserne Grundsätze christlich-sozialer Politik, die wir auch in der Freude über die neu errungene Konstellation nicht in die Asservatenkammer stellen dürfen.

Das ist meine Bitte.

Gerade das veranlaßt uns auch, dann und wann eine Bestandsaufnahme vorzunehmen, auf welchen Gebieten was, wie, wann, in welchem Umfange anders werden muß. Ob man dann von Wende oder Korrekturen spricht, ist, wie schon erwähnt, eine Frage der Nomenklatur, der Terminologie.

Hinsichtlich eines anderen Gebietes kann ich — als Ministerpräsident nicht ohne eigene Erfahrungen in den letzten vier Jahren — nur beschwörend warnen, die Dinge zu lassen, wie

Rede Franz Josef Strauß

31. BUNDESPARTEITAG

sie sind. Das ist der Bereich der inneren Sicherheit. Wir haben im Bundestag versucht — ich viele Male, dann auch im Bundesrat —, Änderungen durchzusetzen. Das war gegen die damalige Bundestagsmehrheit nicht möglich. Heute muß es möglich sein, den polizeilichen und gerichtlichen Erkenntnissen insoweit Rechnung zu tragen, daß die Polizei nicht vor einer hoffnungslosen Aufgabe steht.

Dafür haben wir doch 13 Jahre lang mit allem Nachdruck gekämpft.

Ich glaubte, hier einen Hoffnungsschimmer zu sehen im Zusammenhang mit der Änderung des Tatbestandes des Landfriedensbruches. Der vorliegende Gesetzentwurf trägt nicht dem voll Rechnung, was wir bei den Koalitionsvereinbarungen besprochen haben. Ich bin nicht sehr entzückt davon — obwohl Bayern im Fall der Nachrüstung kein Stationierungsland wird —, daß man hier in diesem Jahre wahrscheinlich nicht mehr — wie ich den Äußerungen des Kollegen Stark entnommen habe —, sondern günstigstenfalls im nächsten Jahr, zu einer Änderung des nicht ausreichenden, die Gewalttäter begünstigenden und ermutigenden Rechts tatbestandes kommen kann.

Ich bin jetzt auf mehreren Auslandsreisen gewesen. Mir ist immer wieder die Frage gestellt worden: Wird der Bundeskanzler bei dem Nachrüstungsbeschluß bleiben? Wird er in Moskau bei seinem Gespräch mit Andropow seine Meinung ändern? Ich habe den Fragestellern gesagt: Sie kennen diesen Bundeskanzler völlig falsch. Ich bin absolut überzeugt davon, daß die Bundesregierung mit ihrer Ankündigung ernst machen wird, wenn nicht bis Ende des Jahres ein zufriedenstellendes Ergebnis der Parität in Genf erreicht wird.

Würde sie es nicht tun, wäre das ein verhängnisvoller Schlag gegen die deutsch-amerikanische Freundschaft, würde das den inneren Zusammenhalt der Nato auflösen, würde das einen Prozeß der Neutralisierung einleiten, würde das ein strategischen Sieg der Sowjetunion in einem Ausmaß bedeuten, das erst unsere Kinder begreifen würden. Aber nicht umsonst kämpft deshalb eine ganze Welt — Luther hätte gesagt: eine Welt voller Teufel; das darf ich nicht sagen — von Grund auf der Oberfläche und im Untergrund gegen den Vollzug dieses Nachrüstungsbeschlusses.

Wir müssen die Bundesrepublik nicht nur zu einem verlässlichen Partner in der Nato machen — das sind wir — und als solchen erhalten, sondern wir müssen auch in der Bundesrepublik die friedenssichernde Pflicht des Staates ernst nehmen und die Organe, die dafür ihren Kopf hinhalten müssen, mit ausreichenden Rechtsgrundlagen versehen.

In dem Zusammenhang darf ich ein Wort sagen, das mir sehr am Herzen liegt: Es taucht jetzt neuerdings — siehe Günter Grass, siehe sozialdemokratische Politiker, die ich nicht zu nennen brauche, weil sie sonst nicht so bedeutend sind — auf einmal der Begriff des Widerstandes auf. Ich habe einen großen Teil meines Lebens, entscheidende, eindrucksvolle, schmerzliche, bittere, lehrreiche Jahre, in einer Zeit verbracht — immerhin schon als denkender Mensch im Alter von 17 bis 22 Jahren —, in einem System, gegen das der Widerstand moralisch gerechtfertigt unter Umständen geboten und eine echte Bürgerpflicht war.

Der Widerstand gegen terroristische Gewaltssysteme, die mit Konzentrationslagern und Geheimpolizei versuchen, die Bürger

31. BUNDESPARTEITAG

Rede Franz Josef Strauß

mundtot zu machen und sie ihrer primitivsten Rechte zu berauben, ist legitim.

Aber — und hier bin ich weder konservativ noch reaktionär — zum Widerstand gegen Entscheidungen legal gewählter Mehrheiten, gegen Entscheidungen demokratisch zustande gekommener Entscheidungsinstanzen, also zum Widerstand gegen alle technischen Großprojekte, die legal durchgeführt werden, gegen Maßnahmen der Landesverteidigung, die nach bestem Wissen und Gewissen von einer friedliebenden und um die Erhaltung des Friedens kämpfenden Regierung getroffen werden, aufzuzurechnen, wäre Sünde an dem inneren Frieden und an der Funktionsfähigkeit unseres Staats- und Gemeinschaftswesens.

Uns hat man schon Sabotage und Obstruktion vorgeworfen, wenn wir es einmal gewagt hatten, von unserer Bundesratsmehrheit gegen Entscheidungen der damaligen Bundestagsmehrheit Gebrauch zu machen, um bestimmte Gesetze abzumildern, zu entschärfen oder überhaupt nicht in Kraft treten zu lassen. Aber der Aufruf zum Widerstand, der ja von manchen sozialdemokratischen Trittbrettfahrern mit Augurenlächeln oder mit Augenzwinkern begleitet wird, ist Boykott am demokratischen Staat. Das ist Sabotage an unserer Gemeinschaft.

Und darum unsere Bitte. — Wir haben innerhalb unseres Bereiches, in dem Fall des der CSU in Bayern, getan, was wir konnten. Es gibt kein Haus in Bayern, das länger als 24 Stunden besetzt war. Meistens genügen sechs Stunden.

Die Erfahrungen bei den letzten Räumungen haben einen sehr abkühlenden Effekt hervorgerufen. Wir haben auch unsere technischen Großprojek-

te wie Wiederaufarbeitungsanlage, im übrigen nicht zuletzt auf Bitten der damaligen Bundesregierung eingeleitet, von der heutigen Bundesregierung getragen, oder Großflughafen München II in Angriff genommen. Die Bürger mögen alle Rechte ausschöpfen, aber wenn einmal die Mittel des Rechtsstaates ausgeschöpft sind, dann muß die Entscheidung durchgeführt werden, so, wie die Rechtslage es gestattet.

Die Bundesregierung hat eine große Chance, weil sie erste hoffnungsvolle Anzeichen auf diesem Wege durch ihre Entscheidungen gegeben hat. Die Bundesrepublik muß regierbar bleiben, unser System muß regierungsfähig sein.

Ich habe vor der Wahl manche Gespräche im Ausland geführt, über die ich damals nicht reden konnte, weil meine Gesprächspartner natürlich nicht in den Wahlkampf hineingezogen werden wollten — ich nenne auch jetzt keine Namen —, in denen mir, nicht von Gesinnungsgängern der CDU/CSU, von Andersdenkenden, gesagt wurde: Das Schlimmste, was wir befürchten, ist die Unberechenbarkeit des politischen Kurses der Bundesrepublik in der Zukunft. Und um herauszufinden, was gemeint war, brauchte man nicht einen Computer zu befragen, gemeint war eine Koalition zwischen den nach links abgerutschten und immer weiter in das Linksaußen driftenden Sozialdemokraten mit ihren alternativen Trittbrettfahrern oder alternativen Kommandogebern.

Die Sozialdemokraten — und das macht mir Sorge; manche mögen sagen, das sei Heuchelei; nein, das ist keine Heuchelei — sind eine alte, große, traditionsreiche demokratische Partei. Sie haben den Sprung zur Volkspartei versucht, ihn nicht geschafft, und jetzt sitzen sie zwischen

Rede Franz Josef Strauß

31. BUNDESPARTEITAG

beiden Stühlen: Sie sind keine Volkspartei geworden und keine Arbeiterpartei mehr geblieben.

Sie sind eine Partei, die sich im Widerspruch zur Vernunft bewegt, im Widerspruch zur Wirklichkeit, zur wirtschaftlichen und finanziellen Realität. Und gerade deshalb sind wir Demokraten der Meinung, daß uns das Schicksal dieser Partei nicht kaltlassen kann. Niemand spricht davon, daß die Sozialdemokratische Partei etwa aus dem politischen Leben eliminiert werden solle. Wir haben in unseren Oppositionsjahren nicht einen Bruchteil von dem bewerkstelligt, was die selber an sich bewerkstelligt haben.

Ich möchte hier nicht in Einzelheiten gehen. Aber sie haben sich in ein Abseits manövriert, in dem sie keine Partner mehr haben, um eine regierungsfähige Mehrheit zustande zu bringen. Ich kann nur sagen: Sie sind selbst Schuld daran. Wir müssen natürlich darum ringen — und wir werden von Bayern aus auch alles tun, um unsere hessischen Freunde zu unterstützen —, daß auch in Hessen und in dem großen wirtschaftlichen Herzland der Bundesrepublik Deutschland, das allerdings heute einige Defekte aufweist, einige Schrittmacher braucht — ich meine damit Nordrhein-Westfalen, das Land an Rhein und Ruhr, wo man den Strukturwandel nicht begriffen hat, wo man nicht begriffen hat, daß heute Kohle und Stahl nicht mehr die erste Rolle spielen können, daß in diesem Jahrzehnt vielmehr der Mikroelektronik, den Kunststoffen, der Keramik die Zukunft gehört, die in immer größerem Maße Eisen und Stahl ersetzen werden.

Ich wundere mich manchmal, warum sich Politiker einfach weigern, wissenschaftlichen Rat zur Kenntnis zu nehmen, wissenschaftlich-technische Zeitschriften zu lesen und sich bloß in dem Kuckucksgehäuse, in dem Hiero-

nymushaus ihrer selbst gesponnenen Vorstellungen im Kreise bewegen; wir brauchen eine nach vorne gewandte Industriepolitik, in der Luftfahrt, in der Raumfahrt, in anderen modernen technischen Bereichen; wir müssen diese Umstrukturierung, die in einigen Bundesländern gelungen oder jedenfalls auf dem Wege des Erfolges ist, in Nordrhein-Westfalen jedoch schon am Anfang steckengeblieben ist, bewerkstelligen; dazu kann ich unseren Freunden Worms und Biedenkopf nicht nur von Herzen Glück wünschen, sondern ihnen auch die echte massive Unterstützung der CSU in Aussicht stellen —, damit die Uhren in Nordrhein-Westfalen wieder richtig schlagen.

Man sagt zwar, Investitionen könnten das Problem nicht lösen; das stimmt, aber das ist eine zu einfache Aussage. Wir brauchen nicht nur Rationalisierungsinvestitionen, die Arbeitsplätze vernichten, wir brauchen auch Erweiterungsinvestitionen, die wieder neue Arbeitsplätze schaffen. Ich möchte mich hier nicht zu dem prekären Problem der Verkürzung der Wochen- oder Lebensarbeitszeit äußern. Wir müssen uns auch darüber im klaren sein: Eine Mehrbelastung unserer Wirtschaft über das hinaus, was jetzt schon in der Automatik des Systems steckt — denken Sie an die Mehrbelastungen seit dem 1. Januar 1983 auf Grund früherer Beschlüsse —, ist Gift für die wirtschaftliche Entwicklung, die wir unter dem Signum der neuen Koalition und des Bundeskanzlers Helmut Kohl erreichen wollen.

Aber es muß uns hier — und ich bin dankbar, daß man offene Ohren dafür hatte; ich bin alles andere als ein Gegner der Großwirtschaft; bestimmte technische Projekte können nicht durch mittelständische Arbeitsge-

meinschaften bewältigt werden — um die Zehntausende kleiner und mittelständischer Unternehmer gehen, die der Motor und die Sprungfedern für die Elastizität unseres Wirtschaftsnetzes sind.

Deshalb muß jede Entscheidung im besonderen unter dem Gesichtspunkt des Abbaus der Bürokratisierung, des Abbaus der sinnlosen, staatlich verordneten Mehrarbeit durch Statistiken, des Abbaus der ertragsunabhängigen Steuer und der Begünstigung der Investitionen gesehen werden. Hier ist ja gerade im besonderen auch unsere Wählerschicht betroffen. In der mittelständischen Wirtschaft steckt mehr als die Hälfte aller Arbeitsplätze. Die mittelständische Wirtschaft hat eine größere Elastizität; sie entläßt später als die Großbetriebe, und sie stellt später wieder ein als die Großbetriebe. Darum muß unsere besondere Sorge auch dem gewerblichen Mittelstand gelten.

Der gewerbliche Mittelstand wie der Bauernstand müssen für uns Objekt, Gegenstand und Ziel unserer politischen Arbeit sein.

Ich habe heute gesagt — damals die Aussage vom Januar 1973 —: *Pacta sunt servanda. Niemand verlangt, daß man in der Deutschlandpolitik zu Zuständen zurückkehrt, wie sie einmal — nicht durch unsere Schuld — bestanden haben. Niemand kann von mir das Bekenntnis verlangen, daß sich Geben und Nehmen in den letzten 13 Jahren in einem ausgewogenen Verhältnis befunden haben.*

Ich müßte mich selber verleugnen, und das habe ich in meinem Leben noch nie getan. Außerdem, meine Damen und Herren: wenn ich an den Unterhändler, den Chefunterhändler Willy Brandts, Herrn Egon Bahr, denke,

dann muß ich schon sagen, daß wir Deutsche schon Zauberkünstler und Tausendsassas sind. Andere verhandeln mühsam Monate, Jahre, um bestimmte Streitfragen zu klären und um dann zum Schluß einen Kompromiß zu schließen. Der Zauberlehrling kommt nach Moskau, verhandelt ohne deutschen Dolmetscher ein paar Wochen, Hokuspokus, *Roma locuta causa finita*, und dann standen die Verträge da.

Was zwischen Deutschland und Rußland — ich sage jetzt bewußt: Deutschland und Rußland —, zwischen dem deutschen Volk und dem russischen Volk an historischen Fehlentwicklungen, an Fehlern auf beiden Seiten besteht, ist beträchtlich. Ich habe mir erlaubt, im Gespräch mit Herrn Breschnew, als er auf die — nach seiner Meinung — Gefährlichkeit unserer Politik hinwies, zu sagen, er sei der Amtsnachfolger von Stalin und ich der Sohn meines Vaters; das sei ein großer Unterschied.

Denn ich hätte den Zweiten Weltkrieg sechs Jahre erwartet, befürchtet, aber als Mensch gehofft, er komme nicht. Die Hoffnung war am 24. August 1939 zu Ende, als der Hitler-Stalin-Pakt von Ribbentrop und Molotow unterschrieben wurde. Auch das ist geschichtliche Wahrheit.

Das, was sich hier an Gebirge aufgehäuft hat, kann nicht in wenigen Wochen abgetragen werden. Aus meinen Äußerungen spricht nicht die geringste russenfeindliche Antisentimentalität, spricht nicht ein haßerfüllter Antikommunismus oder eine radikale Gesinnung, die einen nur wut-schnaubend mit einem Messer zwischen den Zähnen an Kommunisten denken läßt. Das sind die Klischeevorstellungen der östlichen Propaganda, die von ihren westlichen Idioten und Mitläufern nachgeplappert werden.

Rede Franz Josef Strauß

31. BUNDESPARTEITAG

Geben und Nehmen müssen in einem ausgewogenen Verhältnis stehen. Jeder unserer ostpolitischen Schritte muß der Verbesserung der menschlichen Beziehungen dienen. Aber an einer Grenze, an der Grenze, an der Ostpolitik zur staatsrechtlichen oder gewohnheitsmäßigen Zementierung der Teilung Deutschlands würde, müssen wir Widerstand leisten.

Wir müssen an dem Gedanken der deutschen Einheit im Rahmen einer brauchbaren europäischen Architektur festhalten. Wenn wir es nicht schaffen — wahrscheinlich werden wir es nicht mehr schaffen —, dann müssen unsere Kinder die Fackel der Einheit und Freiheit wieder aufnehmen, notfalls ihre Kindeskinde.

Wir dürfen nie aufgeben!

Die Beziehungen, die meine Partei und vor allen Dingen auch ich in dieser Richtung haben, sind besser, als manche der westlichen Leitartikler oder Graswachsen-Hörer vermuten. Ich habe ein hartes und drastisches Wort zu einem tragischen Vorgang gebraucht, über dessen medizinischen Ablauf ich mir ziemlich im klaren bin. Dieses Wort war natürlich stärker als der wirkliche Tatbestand; das wußte ich auch. Aber wenn man mit dem Volke spricht, dann muß man volksmäßig und nicht in Paragraphen reden. Meine Damen und Herren, ich kann heute eines feststellen — es haben ja Gespräche stattgefunden —: Ich war damals sehr verärgert oder bestürzt darüber, daß Graf Lambsdorff mir in den Rücken gefallen ist. Die DDR braucht doch ihn nicht als Anwalt. Die können mir doch selber sagen, was ihnen nicht paßt, und ich sage ihnen auch, was mir nicht paßt und was uns nicht paßt.

Dazu, daß meine harte Kritik an den Verhaltensweisen der DDR-Organen

damals ausgerechnet von dieser Seite gerügt worden ist, habe ich keinen Anlaß geboten. Ich kann aber ein erfreuliches Ergebnis feststellen: Ich habe die Meinung vertreten — ersparen Sie mir zu sagen, wann, wo und wie —, daß man die Bürger der Bundesrepublik Deutschlands im anderen Teil Deutschlands nicht als Bürger eines Feindstaates ansehen und behandeln darf, daß sich staatliche Regierungsorgane nach den gleichen Regeln der Höflichkeit, der Menschlichkeit und der Freundlichkeit gegenüber den Bürgern der Bundesrepublik verhalten sollen. Meine Damen und Herren, dies ist an die richtige Adresse gekommen. Ich kann auf Grund der Meldungen der bayerischen Grenzpolizei feststellen, daß das Klima seit einigen Wochen anders geworden ist, daß man begreift: Es hat keinen Sinn, Bürger der Bundesrepublik mit den letzten Schikanen — noch dazu schikanöser Bestimmungen — plagen zu wollen. Wir wollen ja eine gewaltfreie Nachbarschaft, aber wir können nicht vom Normalfall sprechen, solange z.B. an der innerdeutschen Grenze geschossen wird.

Wir können nicht sagen, das seien geregelte Beziehungen. Der Normalfall wird erst dann eintreten, wenn die deutschen und alle europäischen Völker vom Recht der nationalen Selbstbestimmung Gebrauch machen können.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch ein letztes Thema ansprechen, das uns sehr bewegt, gerade auch wegen der öffentlichen Diskussion, in der sich ja viele Verbände und natürlich Autoritäten bemerkbar gemacht haben.

Ich meine die Friedenspolitik. Wir alle kennen

31. BUNDESPARTEITAG

Rede Franz Josef Strauß

nen die Geschichte seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges.

Wir stellen mit Befriedigung, Erleichterung fest, daß es in der europäischen Geschichte noch nie einen Zeitraum von 38 Jahren gegeben hat, in dem kein einziger Schuß mehr auf dem Schlachtfeld abgefeuert worden ist. Das hat es in der europäischen Geschichte nie gegeben. Ich bin überzeugt, daß der Krieg in Europa keinen Platz mehr hat; der Krieg als Mittel der politischen Auseinandersetzung hat in Europa keinen Platz mehr.

Ich bin kein Träumer: Es wird Kriege im Mittleren Osten, in Afrika, in Lateinamerika und im Fernen Osten geben: in begrenztem Ausmaße und mit den gegebenen Möglichkeiten. In Europa könnte ein Krieg nur ein atomarer Krieg sein, und dieser atomare Krieg wird nicht stattfinden. Deswegen möchte ich eine Aussage, die ich vor dem Bund der Bayerischen Gebirgsschützen im Dom von München, nachdem der Erzbischof uns Redefreiheit erteilt hat, gemacht habe, wiederholen:

Nicht die Atombombe ist unmoralisch, sondern die Waffe in der Hand des Mörders ist unmoralisch. Die Pistole der Täter und die Hintermänner, die den Papst ermorden wollten, sind unmoralisch, nicht aber unsere Bundeswehr, nicht unsere amerikanischen Verbündeten.

Auch in der Zeit, in der die Amerikaner das Monopol der A-Waffe hatten, von 1945 bis 1949, haben die Sowjets die Verträge gebrochen, sie haben die Berlinblockade verhängt. Die Amerikaner haben von ihrer damaligen waffentechnischen Überlegenheit niemals Gebrauch gemacht.

Selbstverständlich nicht in der Anwendung, nicht einmal in der Androhung. Könnten Sie sich vorstellen, wie die Sowjets, wenn sie ein halbes Jahr-

zehnt die Alleinverfügungsgewalt über A-Waffen gehabt hätten, diese Waffe politisch eingesetzt hätten, um ihren politischen Willen durchzusetzen? Darum ist die Formel vom Gleichgewicht der Kräfte einerseits eine banale Selbstverständlichkeit und andererseits eine Selbsttäuschung. Der Westen könnte militärisch gar nicht so überlegen sein — er ist es sowieso nicht; er ist unterlegen —, daß ein westlicher Politiker in einem demokratischen Staat, in einer demokratischen Allianz jemals auf die Idee käme, die eigene waffenmäßige Überlegenheit in politische Münze umwandeln zu wollen.

Darum ist es nicht so, daß die Sowjets das Gleichgewicht uns gegenüber und wir das Gleichgewicht ihnen gegenüber brauchen. Wir brauchen eine ausreichende moralische, materielle Verteidigungsbereitschaft, um den Gedanken an Gewaltanwendung oder Drohung der Gewaltanwendung in Europa unmöglich zu machen.

Das ist der Sinn unseres Bündnisses.

Ich möchte mit dieser Rede ebenso wie mit meinen unzähligen anderen Stellungnahmen dazu beitragen, daß unsere Verteidigungspolitik nicht allmählich mit einem Geruch des Unmoralischen behaftet wird.

Freund Biedenkopf hat die Frage gestellt, wie lange Politik der Abschreckung notwendig ist. Sie könne doch nicht von Dauer sein. Diese Frage stellt sich mit Recht. Auch kirchliche Stellen — die amerikanischen Bischöfe, die deutschen Bischöfe — haben, wenn auch in unterschiedlichen Formulierungen — die einen mehr dahin gehend, die anderen mehr dorthin gehend —, die Frage gestellt: Die Politik der Abschreckung kann doch nicht unbegrenzte Zeit andauern? — Meine Damen und Herren, ich pflege mit dem Herzen zu reden, aber mit dem Kopf zu denken. Man muß hier analytisch denken.

Rede Franz Josef Strauß

Was sind die Alternativen bei der gegebenen heutigen Weltlage? Eine Alternative wäre einseitige Abrüstung. Wer glaubt, daß diese mit einer honorigen Geste auf der anderen Seite beantwortet würde, lebt in einer Traumwelt.

Einseitige Abrüstung würde zum Bruch des Bündnisses, zur Zerstörung des deutsch-amerikanischen Freundschaftsverhältnisses und zur Selbstneutralisierung der Europäer führen. Ich gehe nicht so weit, zu sagen, daß morgen die Rote Armee einmarschieren würde. Die drüben wüßten dann ja gar nicht mehr, mit wem sie noch Handel treiben sollten, wenn sie die andere Welt unterwerfen würden. Sie wüßten gar nicht mehr, woher sie ihr Getreide beziehen sollten.

Das würde aber sicherlich dazu führen, daß Europa dem politischen Willen der Sowjetunion hörig sein müßte, daß Europa sich in eine Abhängigkeit begeben würde, die sich auch für den einzelnen Bürger auswirkt.

Wer will diese Alternative? Kein vernünftiger, verantwortungsbewußter Politiker, der Verantwortungspazifist ist, kann diese Alternative bevorzugen, kann diese Alternative wünschen.

Zweitens: Präventivkrieg? Ausgeschlossen! Nur eine Kombination von Narr und Verbrecher könnte daran denken, militärische Gewalt in Europa zur Lösung politischer Probleme anwenden zu wollen. Das wäre das Ende des nördlichen Kulturkreises der Menschheit: Europa, Rußland, Japan und Nordamerika — USA und Kanada.

Welche Alternativen haben wir dann noch dazu, bei dieser Politik der Abschreckung zu bleiben, zwar natürlich immer etwas im Rückstand gegenüber der anderen Seite zu sein, aber nicht so im Rückstand zu sein — siehe SS 20 gegenüber Europa —, daß das Bündnis innerlich belastet, mit

zusätzlichen Spannungen beburdet wird und zum Schluß bricht?

Die sowjetische Strategie — das habe ich auch meinem Gesprächspartner Gromyko in aller Freundschaft gesagt, ebenso dem sowjetischen Botschafter — war doch ganz einfach. Es wurde psychologische Kriegsführung uns gegenüber betrieben. Sie wurde von linker Seite von allen möglichen Gruppen unterstützt: von Alternativen, von Grünen, von Linkssozialisten, von Kommunisten in verschiedenen Gruppierungen sowieso. Im einzelnen sieht die Strategie so aus:

Erstens. Man erzeuge Kriegsfurcht und Kriegsangst in Europa. Man versetze die Menschen in eine Art Kriegshysterie. Ich kann hier nur etwas ironisch anmerken: Seit dem 21. Oktober 1969 ist doch der Friede jeden Tag sicherer geworden. Darum wurde Willy Brandt Kanzler. Warum hat am Ende der liberal-sozialistischen Koalition überhaupt dieses Geschwätz von Kriegsfurcht begonnen, wenn der Friede jeden Tag sicherer geworden ist? Am letzten Regierungstag Kurt Georg Kiesingers war er so sicher, daß wir wie in Abrahams Schoß gelebt haben. Also stimmte da doch irgend etwas nicht.

Zweitens will man den Deutschen und den Europäern — die Deutschen sind der Angelpunkt — klarmachen: Diese Kriegsfurcht ist sehr ernst; ihr werdet vernichtet werden. — Chruschtschow hat dasselbe gesagt: Deutschland wird brennen wie eine Fackel an zwei Enden usw. Schuld ist die Rüstungspolitik der Amerikaner. Der amerikanische Präsident ist als Kriegstreiber, als Kriegshetzer eine Negativfigur in der kommunistischen Propaganda. Dies ist die zweite Phase.

In der dritten Phase, bei der Nutzung heißt es dann: Trennt euch doch von den Amerikanern. Dann gibt es keine Kriegsgefahr mehr. Dann lebt ihr in Ruhe und in Sicherheit.

31. BUNDESPARTEITAG

Rede Franz Josef Strauß

Dann lebt ihr im Wohlstand und in Frieden. — Das ist die psychologische Kriegsführung, die durchsichtig wie Glas für jemanden ist, der die Methoden kennt, mit denen man dort arbeitet.

Die Sowjets sind Meister der psychologischen Kriegsführung, so falsch sie den Westen oft auch einschätzen. Wir auf westlicher Seite sind nicht einmal Dilettanten auf diesem Gebiet. Man hat hier eine Kriegsfurcht erzeugt, die durch nichts, aber auch gar nichts gerechtfertigt ist.

Deshalb: Wann ist das Ende der Politik der Abschreckung gekommen? Das kann heute niemand mit einem Jahresdatum sagen. Das kann heute niemand als eine vor uns liegende Realität benennen. Man kann aber die Umstände nennen. Als ersten Umstand nenne ich: wenn die Sowjetunion endlich begreift, daß das marxistische System es an wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und an innerer Anteilnahme der Bürger nie mit einem freiheitlichen marktwirtschaftlichen System aufnehmen kann. Das ist die erste Voraussetzung.

Der Marxismus erfordert ja eine Funktionärsschicht, die alles im voraus weiß. Er erfordert des weiteren eine Funktionärsschicht, die unbestechlich ist und alles richtig macht.

Drittens erfordert er das Fehlen eines Konkurrenzsystems. Wenn es nur mehr das marxistische System auf der Welt gäbe, gäbe es keine Vergleiche mehr. In dem Augenblick, in dem der Vergleich zwischen realem Sozialismus und demokratischer marktwirtschaftlicher Ordnung gezogen wird, hat der Marxismus verloren. Ich bin überzeugt: Der Marxismus wird den Kampf der Geister, wird den Kampf der Systeme verlieren, wenn wir selber an der Richtigkeit unserer Ordnung, wenn wir selber an der überzeugenden Leuchtkraft unseres freiheitlichen Sy-

stems festhalten und diese Überzeugungskraft nach drüben tragen.

Diese Schlußsätze klingen wie eine Utopie. Alle großen Ziele der Menschheit haben als Utopie begonnen, wenn sie als Realität enden sollten. Die Sowjetunion muß zu den normalen Verhaltensweisen des Völkerrechtes zurückkehren. Sie muß ihren Bürgern die normalen Mindestmaße an Menschenwürde, Bürgerrecht und Freiheit gewähren. Sie muß ihren Verbündeten das Recht der nationalen Selbstbestimmung gewähren.

Kein Mensch denkt daran, die Sowjetunion anzugreifen. Wissen Sie, was geschehen würde, wenn die Sowjets endlich begreifen würden, was sie mit einem solchen Schritt erreichen würden? Unsere großen Armeen würden aufgelöst werden. Wir bräuchten sie dann nicht mehr. Wir könnten Kanonen, Geschütze, Flugzeuge, Panzer zum alten Eisen werfen. Wir könnten die Atomwaffen verschrotten. Wir könnten die riesigen Rüstungshaushalte abbauen — bis zum Minimum einer Grenzsicherungstruppe. Das wäre der Völkerfrühling in Europa. Ist denn das ausgeschlossen?

Ich bin in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen aufgewachsen. Wir sind unter dem Motto erzogen worden: Frankreich ist unser Feind; Gott strafe England, wie es damals hieß. Die Vorstellung, daß wir mit Frankreich in inniger Gemeinschaft leben könnten, erschien damals geradezu absurd. Es hieß: Siegreich wollen wir Frankreich schlagen, sterben als ein tapferer Held. Es gab antifranzösische Hetze in Deutschland und antideutsche Agitation in Frankreich. Heute sind wir Freunde, heute sind wir Verbündete zwischen den demokratischen Völkern Europas. Nur mehr ein Narr würde von der Möglichkeit einer militärischen Auseinandersetzung reden, und dieser müßte noch kriminelle Instinkte haben.

Rede Franz Josef Strauß

31. BUNDESPARTEITAG

Er käme in ein Irrenhaus und nicht ins Gefängnis.

Das, was wir nach einer leidvollen, blutigen Geschichte mit unseren Nachbarn in Skandinavien, im Westen — Frankreich und England —, im Süden — Italien — usw. erreicht haben, muß auch mit unseren östlichen Nachbarn erreichbar sein: daß Druck und Drohung, militärische Aufrüstung und Spannung endlich aus der Welt verschwinden. Dieses ist die einzige Antwort, die ich geben kann. Wenn das eingeleitet wird, können wir beginnen, unser Verteidigungspotential abzubauen.

Ich habe in meinen Ausführungen, für deren Länge ich um Verständnis bitte, versucht, die politischen Grundsätze, die mich bewegen und die wahrscheinlich ja wohl auch unser aller Gemeingut sind, so deutlich wie möglich auszudrücken.

Wenn wir gemeinsam in einer Front stehen, so nimmt davon kaum jemand Notiz. Wenn man aber glaubt, einmal ein Wort

anders auslegen zu können, so stürzt sich ein Rudel hungriger Wölfe darauf und zerbirbelt Konflikte herbei, die es in Wirklichkeit gar nicht gibt.

Verrate ich ein Staatsgeheimnis, wenn ich sage, daß ich mit Helmut Kohl in einer Reihe von Fragen beinahe täglich in Telefonkontakt stehe? Das, was dann in der Zeitung als Überschrift steht, hat in unseren Telefongesprächen nicht einmal andeutungsweise seinen Niederschlag gefunden. Das ist die Wirklichkeit.

Aber ich gehe zurück: Das eine ist die reale Welt der Politik, das andere ist die virtuelle Welt der Traumdeuter, der Magier und Gaukler. Darum ist es gut, wenn wir alle bei der realen Welt der Politik bleiben, bei der Harmonie und Geschlossenheit gut sind, aber nicht das einzige Gut, bei der Zielgenauigkeit, Geradigkeit und Klarheit des Kurses uns im Sinne unserer bewährten Unionspolitik auch weiterhin Schulter an Schulter sehen werden.

Beschlüsse des Parteitag

Jugendarbeitslosigkeit – Erster Beschluß

Antragsteller: Bundesvorstand. — **Annahme:** Der Bundesparteitag nahm den Leittrag des Bundesvorstandes „Jugendarbeitslosigkeit“ unter Berücksichtigung der Anträge einer Reihe von Landes- und Kreisverbänden in der Fassung der Antragskommission und einzelner Zwischenabstimmungen in der Schlußabstimmung bei 2 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen an.

1. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist die vordringlichste politische Aufgabe der Gegenwart. Millionearbeitslosigkeit bedeutet eine schwere wirtschafts- und finanzpolitische Belastung. Für jeden Betroffenen ist der Verlust eines Arbeitsplatzes ein schweres Schicksal.

Arbeitslosigkeit trifft junge Menschen besonders schwer. Von vornherein keine Arbeit oder keinen Ausbildungsplatz zu finden: das kann für ein ganzes Leben mutlos machen.

Das Problem der Jugendarbeitslosigkeit wird nur bewältigt werden können, wenn alle gesellschaftlichen Gruppen zu einer gemeinsamen Anstrengung bereit sind.

2. Zur Verbesserung des Angebots an Ausbildungsplätzen für Jugendliche, die 1983 die allgemeinbildenden Schulen verlassen, sollen folgende Sofortmaßnahmen beitragen:

2.1. Die Kultusminister der Länder werden aufgefordert, darauf hinzuwirken, daß in den Entlaßklassen aller Schularten die Jugendlichen über die Notwendigkeit informiert werden, ihre Mehrfachbewerbungen sofort zurückzuziehen, wenn sie einen Ausbildungsvertrag abgeschlossen haben.

2.2. Die Bundesregierung wird aufgefordert, ausbildungshemmende Vorschriften zu beiseitigen. Hierzu zählen übermäßige Anforderungen an die Ausbildungsbetriebe, über den notwendigen Schutz der Jugendlichen hinausgehende Regelungen eines erstarrten Arbeitsschutzes.

2.3. Das Schwerbehindertengesetz muß dahingehend geändert werden, daß bei der Berechnung der Pflichtplätze die Auszubildenden nicht als Arbeitnehmer mitzählen. Schwerbehinderte Auszubildende sind anzurechnen, damit auch gerade für behinderte Jugendliche ein Weg zu Ausbildungsplätzen erleichtert werden kann.

2.4. Private Initiativen, die sich uneigennützig um Vermittlung und Bereitstellung von Ausbildungsplätzen bemühen, sollen unbürokratisch organisatorische Unterstützung durch die Arbeitsverwaltung erhalten.

2.5. Das Modell der Junghandwerker zur Ausbildungsplatzteilung muß weiter erprobt und entwickelt werden. Außerdem sollen branchenspezifische Möglichkeiten des Ausbildungsverbundes zur Vermehrung von Ausbildungsplätzen genutzt werden.

2.6. In den Ländern sollen vorübergehend Vollzeitausbildungsmaßnahmen als Ersatz für betriebliche Ausbildungsplätze angeboten werden.

2.7. Die Anrechnungsverordnung ist so flexibel zu gestalten, daß die bisherige zwangs-

Beschlüsse

31. BUNDESPARTEITAG

weise Anrechnung des Berufsgrundbildungsjahres oder der Berufsfachschule auf die betriebliche Ausbildung nicht den Abschluß eines Ausbildungsvertrages unmöglich macht.

Organisationsformen des beruflichen Schulwesens, wie z. B. der Blockunterricht, dürfen die Ausbildung am Lernort Betrieb nicht so benachteiligen, daß sie eine Gefährdung von Ausbildungsplätzen bewirken.

2.8. Die Ausbildungsbetriebe sollen auch solche Ausbildungsplätze mit Mädchen besetzen können, an denen bisher nur Jungen ausgebildet wurden. Die Ausbildungsberater/innen der Kammern sollen entsprechend beraten.

2.9. Wirtschaft und Verwaltung werden aufgefordert, über den gegenwärtigen Bedarf hinaus auszubilden, damit alle Jugendlichen eine qualifizierte Ausbildung erhalten und in den kommenden Jahren, wenn geburtschwache Jahrgänge ins Berufsleben übergehen, kein Mangel eintritt.

2.10. Für Betriebe, die bisher nicht ausgebildet haben, sollen Möglichkeiten geschaffen werden, im Ausbildungsverbund zusammenzuarbeiten.

2.11. Die Funktions- und Mandatsträger der CDU werden aufgefordert, regionale Ausbildungsplatzaktionen zu initiieren oder zu unterstützen, um in konstruktiven Gesprächen mit Unternehmern, Kammern, Arbeitsverwaltung und den Gewerkschaften alle Möglichkeiten zu nutzen, die zur Ausweitung des Ausbildungs- und Arbeitsplatzangebotes führen können.

3. Der Bundesparteitag beauftragt die Zukunftskommission Jugend, die Anträge und Diskussionen des Parteitages zum Problem der Jugendarbeitslosigkeit auszuwerten und konkrete Lösungsmöglichkeiten zu erarbeiten. Das Arbeitsergebnis und die Anträge des 31. Bundesparteitages zu diesem Thema sollen den Gliederungen der Partei zur Diskussion vorgelegt werden. Die Beschlußfassung erfolgt durch den Bundesausschuß.

4. Die CDU ist davon überzeugt, daß eine konsequente Politik des wirtschaftlichen Aufschwungs unerläßlich ist, um die bedrückende Jugendarbeitslosigkeit zu beseitigen. Investitionen und Innovationen sind der Schlüssel zu neuen Arbeitsplätzen. Die schon nach kurzer Regierungstätigkeit der Unionsparteien sichtbar gewordenen Erfolge bestärken uns darin, an dem eingeschlagenen wirtschaftspolitischen Kurs festzuhalten. Kern dieser Politik ist die Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft unter veränderten Bedingungen. Nach Jahren einer stetig wachsenden Staatsquote und einer immer höheren Staatsverschuldung setzen wir auf Eigenverantwortung, Wettbewerb, Flexibilität, technologischen Fortschritt und Sparsamkeit. Vorrang in der Wirtschaftspolitik muß die Förderung der Leistungsbereitschaft aller Bürger und der Investitionsfähigkeit aller Unternehmen haben. Eine funktionierende Wirtschaft wird die Tatkraft gerade der jungen Menschen in der Bundesrepublik Deutschland dringend brauchen.

Außer der Politik für den wirtschaftlichen Aufschwung müssen weitere Maßnahmen ergriffen werden. Wir wollen durch eine qualitative Arbeitsmarktpolitik die Zahl der Arbeitsplätze vermehren. Teilzeitarbeitsplätze müssen angeboten werden, wo immer dies wirtschaftlich möglich und von den Aufgaben her zu rechtfertigen ist. Neue Formen der Arbeitsteilung, wie z. B. die von uns vorgeschlagene Arbeitsplatzteilung, müssen verstärkt verwirklicht werden.

31. BUNDESPARTEITAG

Beschlüsse

Alle Möglichkeiten, die sich aus einer flexiblen Gestaltung der Tages-, Wochen- und Lebensarbeitszeit ergeben, müssen insbesondere zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit genutzt werden.

Ein Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit muß folgende Fragen beantworten:

- Wie können Bildungs- und Beschäftigungssystem besser aufeinander abgestimmt werden? Welche Konsequenzen für die allgemeine und berufliche Bildung sind aus der absehbaren demographischen Entwicklung zu ziehen? Welche berufsqualifizierenden Maßnahmen sind notwendig angesichts des hohen Anteils arbeitsloser Jugendlicher ohne Bildungs- bzw. Ausbildungsabschluß? Wie kann die Ausbildungsplatz- und Arbeitsmarktsituation für Mädchen und junge Frauen verbessert werden? Wie können benachteiligte Jugendliche besonders gefördert werden?
- Welche Konsequenzen sind aus der drohenden Akademikerarbeitslosigkeit zu ziehen? Sind höherqualifizierende Ausbildungsgänge ein Wert an sich, auch wenn z. B. akademisch ausgebildete junge Menschen keinen ihrer Ausbildung entsprechenden Arbeitsplatz finden? Ist die Förderung akademischer Ausbildung dann noch zu vertreten, wenn abzusehen ist, daß es für junge Akademiker keine Beschäftigungsmöglichkeiten geben wird?
- Welche Möglichkeiten ergeben sich bei der Berufsberatung, der Ausbildungs- und Arbeitsplatzvermittlung? Wie können Zusammenschlüsse zu einem Ausbildungsverbund und andere Alternativen in der Berufsausbildung gefördert werden? Wie können die Instrumente der Arbeitsförderungs politik besser eingesetzt werden — auch im Hinblick auf eine größere Mobilität der Auszubildenden und jungen Arbeitnehmer? Welche Möglichkeiten gibt es, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in Teilzeitform anzubieten, die zugleich eine weitere Qualifizierung des Arbeitslosen ermöglichen? Welche Angebote können öffentlicher Dienst und Bundeswehr vor allem in anerkannten Ausbildungsberufen nach dem Berufsbildungsgesetz machen?
- Kann die vorhandene Arbeit so verteilt werden, daß dadurch mehr junge Menschen eine Chance auf dem Arbeitsmarkt haben? Wie können Arbeitszeitverkürzung, Teilzeitarbeit und Arbeitsplatzteilung so verwirklicht werden, daß sich neue Beschäftigungsmöglichkeiten für junge Menschen ergeben? Dies ist auch für den Bereich des öffentlichen Dienstes zu untersuchen. Wie kann eine bessere Verteilung der Arbeit zugunsten strukturschwacher Regionen erreicht werden? Kann der Mangel an Arbeit behoben werden, indem die Kosten der Arbeit verringert werden?
- Brauchen wir ein neues Verständnis von Arbeit, so daß nicht nur Erwerbsarbeit, sondern auch andere Tätigkeiten, z. B. in der Familie und in sozialen Diensten, als Arbeit anerkannt werden? Wie kann erreicht werden, daß die Aufgaben der Entwicklungshilfe, des Umweltschutzes, der Rohstoff- und Energieversorgung und der sozialen Dienste für die Beschäftigung junger Menschen genutzt werden können?
- Welche Chancen und Risiken sind von der Einführung neuer Technologien im Hinblick auf die Ausbildung und die Beschäftigungsmöglichkeiten junger Menschen zu erwarten? Wie kann in diesem Zusammenhang eine Benachteiligung der Klein- und Mittelbetriebe verhindert werden? Welche Konsequenzen ergeben sich für die Inhalte der

schulischen Bildung, die Ausbildungsverordnungen und die Weiterbildungsmaßnahmen in praktischen Berufen?

— Welchen Beitrag kann die Europäische Gemeinschaft zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit leisten?

Zweiter Beschluß zur Jugendarbeitslosigkeit

Der 31. Bundesparteitag der CDU begrüßt die Initiative des Bundeskanzlers zur Sicherung eines ausreichenden Angebots an Ausbildungsplätzen. Industrie, Handel und Handwerk haben die Zusage gegeben, daß in diesem Jahr jeder Jugendliche, der bereit und fähig ist, einen Ausbildungsplatz erhält.

Der Bundesparteitag dankt dem Bundeskanzler für seine Initiative und den Verantwortlichen in der Wirtschaft für die Bereitschaft und Zusage, diesen wichtigen Beitrag zur Sicherung der Zukunftschancen der jungen Generation zu leisten.

Der Bundesparteitag ist der festen Überzeugung, daß die Wirtschaft ihre Zusage einhalten wird und so im Laufe des Jahres 1983 jeder Jugendliche einen Ausbildungsplatz bekommen kann.

Flankierende Maßnahmen des Arbeitsmarktes

Antragsteller: CDU in Niedersachsen. — **Annahme:** einstimmig in der Fassung der Antragskommission.

Bundesregierung, Landesregierungen und die CDU-Fraktionen in Bund und Ländern werden aufgefordert, darauf hinzuwirken, daß zur Beseitigung der hohen Arbeitslosigkeit die Anstrengungen zur Verbesserung des Wirtschaftswachstums durch flankierende Maßnahmen des Arbeitsmarktes verstärkt werden. Dazu gehören insbesondere

- a) eine flexiblere Gestaltung der Arbeitszeit, die älteren Arbeitnehmern ab 58 Jahren mehr Entscheidungsfreiheit für die Vorbereitung auf das Alter ermöglicht,
- b) die Ausweitung des Angebotes von Teilzeitarbeit,
- c) die Einschränkung von Nebentätigkeiten,
- d) der Abbau von systematisch gefahrenen Überstunden zugunsten von Zeitverträgen oder Neueinstellungen.

Abgabenbelastung/Schwarzarbeit

Antragsteller: KV Göttingen. — **Annahme:** mit großer Mehrheit, ohne Gegenstimmen, bei wenigen Enthaltungen.

1. Die CDU-Fraktion im Deutschen Bundestag und die CDU-Fraktionen in den Landtagen werden aufgefordert,

- a) eine Wirtschaftspolitik zu betreiben, die langfristig zu einer Verringerung der Abgabenbelastung der Betriebe führt,
- b) neue Modelle zu entwickeln und zu erproben, mit denen die Schwarzarbeit in das legale Wirtschaftsgeschehen zurückgeführt werden kann. Dazu gehört z. B. der Vor-

schlag für eine organisierte Gruppenselbsthilfe von Bauherren in Zusammenarbeit mit Bauunternehmern,

c) auf eine wirksamere Überwachung der betrieblichen und individuellen Schwarzarbeit hinzuwirken.

2. Die Tarifpartner werden aufgefordert, dem Problem des schwarzen Marktes durch tarifrechtliche Vereinbarungen wirksamer zu begegnen als bisher.

Bundesanstalt für Arbeit

Antragsteller: BV CDA. — **Annahme:** bei einer Enthaltung, einstimmig in der Fassung der Antragskommission.

Wer jahrelang Beiträge zur Sozialversicherung geleistet hat, muß sich darauf verlassen können, daß die Versicherung bei Eintritt des Versicherungsfalles das gegebene Verbleibensniveau einlöst. Deshalb muß durch die Versicherungsleistung auch im Falle der Arbeitslosigkeit ein zu starkes Absinken des erarbeiteten Lebenshaltungsniveaus vermieden werden. Eine Kürzung des Arbeitslosengeldes darf Arbeitslose nicht zusätzlich zu Beziehern von Sozialhilfe machen; dies widerspräche einerseits dem Leistungsgedanken und wäre andererseits eine Entlastung des Bundes auf Kosten der Länder und Gemeinden.

Einschränkung von Steuervermeidungsmöglichkeiten und Abbau von Subventionen

Antragsteller: BV CDA. — **Annahme:** einstimmig.

Aus dem Wahlprogramm von CDU und CSU ist die Ankündigung in die Koalitionsvereinbarung übernommen worden, daß die Möglichkeiten der Steuervermeidung durch Beteiligung an Abschreibungsgesellschaften stark eingeschränkt werden sollen. Wir fordern die Bundesregierung auf, die entsprechenden gesetzlichen Regelungen unverzüglich zu erarbeiten, so daß sie im Rahmen des Bundeshaushalts 1984 bereits wirksam werden.

In Zukunft muß darauf geachtet werden, daß Subventionen als Anpassungshilfen zur Bewältigung des Strukturwandels eingesetzt werden. Die Bundesregierung wird aufgefordert, haushaltswirksame Kürzungen von Subventionen bereits für das Jahr 1984 vorzunehmen und umgehend ein Konzept zu erarbeiten, wie mittel- und langfristig das Volumen aller Subventionen und Steuervergünstigungen deutlich eingeschränkt werden kann. Gleichzeitig ist von der Bundesregierung ein Verfahren zu beschließen, wodurch Subventionen grundsätzlich befristet und einer schärferen Wirkungskontrolle unterworfen werden.

Konsolidierung der Rentenfinanzen

Antragsteller: BV CDA, in der Fassung der Antragskommission. — **Annahme:** einstimmig in der Fassung der Antragskommission.

Die Rentenversicherung muß in einem möglichst breiten Konsens zwischen den Sozialverbänden, Tarifparteien und Bundestagsfraktionen durch die umfassende Strukturre-

form, die alle Alterssicherungssysteme unter Wahrung ihrer Eigenständigkeit gleichermaßen umfaßt, auf eine solide und langfristig tragfähige Grundlage gestellt werden. Die Rente muß beitrags- und leistungsbezogen bleiben. Renten und verfügbare Arbeitnehmerermehreinkommen müssen sich im Gleichschritt entwickeln. Angestrebt wird mittelfristig eine Neuorientierung des Bundeszuschusses an den Rentenausgaben unter Berücksichtigung der Fremdleistung. Der Bundesparteitag fordert die Bundesregierung auf, die notwendigen Entscheidungen zu treffen, damit die Rentenerhöhung ab 1. Juli 1984 erfolgt.

System der Alterssicherung

Antragsteller: LV Westfalen-Lippe. — **Annahme:** einstimmig in der Fassung der Antragskommission.

Im Frühjahr 1984 will die Bundesregierung ihre Vorstellungen zur Reform der Rentenversicherung vorlegen. Der Bundesparteitag hält es für unverzichtbar, daß vor einer abschließenden Meinungsbildung zu diesem Thema im Deutschen Bundestag die Partei Gelegenheit erhält, die Vorschläge der Bundesregierung und der Kommission „Soziale Sicherung“ zu beraten. Die Ergebnisse dieser Beratungen sollen dem Bundesparteitag bzw. bei kurzfristigem Entscheidungsbedarf dem Bundesausschuß vorgelegt werden.

Der nachfolgend aufgeführte Beschluß des Landesparteitages der CDU Westfalen-Lippe aus 1982 soll als ein Diskussionsbeitrag in die Beratungen der Gremien eingebracht werden:

Weiterentwicklung des Systems der Alterssicherung

Die CDU hat 1957 die bruttolohnbezogene dynamische Rente geschaffen, die auch international als Beispiel einer vorbildlichen Sozialpolitik gilt. Diese bedeutendste Sozialreform der Nachkriegszeit hat sich 20 Jahre lang hervorragend bewährt. Die CDU beruht sich zum Generationenvertrag als Kernstück unseres Systems der sozialen Sicherheit und nimmt seine politische Herausforderung an: „Die jeweils arbeitenden Generationen sorgen durch ihre Beiträge für die Sicherung des Einkommens der nicht mehr arbeitenden Generation und durch Kinder für den zukünftigen Bestand der Gemeinschaft. Bestand kann der Generationenvertrag nur haben, wenn beide Leistungen als ebenbürtige Leistungen anerkannt werden. Dies zu sichern ist Aufgabe der gesetzlichen Ordnung des Generationenvertrages durch die zweite Rentenreform.“

Die CDU will auch in Zukunft durch eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik und durch eine leistungs- und sachgerechte Ausgestaltung der gesetzlichen Rentenversicherung die Verlässlichkeit der Grundlagen unserer Altersversorgung und die Teilhabe der Rentner am wirtschaftlichen Fortschritt garantieren. Daher tritt die CDU für eine Weiterentwicklung der von der Union geschaffenen dynamischen Rentenversicherung sowie der anderen Systeme der Alterssicherung ein, die den veränderten Rahmenbedingungen der wirtschaftlichen Entwicklung, der Bevölkerungsstruktur und der zunehmenden Belastung der Erwerbstätigen mit Steuern und Sozialabgaben Rechnung trägt.

Wer heute aus vordergründigen Rücksichten Änderungen verweigert, legt damit den Grund für eine Kette künftiger Eingriffe ins Rentensystem. Die bedeutendste Reform der Nachkriegszeit darf aber nicht staatlicher Willkür anheim gegeben werden; „die ge-

gesetzliche Rentenversicherung muß sich vielmehr an verlässlichen Zielen und Maßstäben orientieren*.

1. Die CDU bekennt sich zum gegliederten System der Alterssicherung zwischen gesetzlicher, betrieblicher und privater Altersversorgung mit Differenzierungen für bestimmte Bevölkerungsgruppen. Eine einheitliche Volksversicherung oder eine Grundversorgung für Steuerzahler auf Sozialhilfeniveau wird abgelehnt. Die CDU tritt für eine Harmonisierung der verschiedenen Systeme ein, deren Ziel nicht eine Vereinheitlichung der Beitragspflichten und Leistungsansprüche ist, wohl aber eine angemessene Neuregelung der Inanspruchnahme von Steuermitteln für die Finanzierung verschiedener Alterssicherungssysteme. Dabei ist insbesondere sicherzustellen, daß die unvermeidlichen Verteilungswirkungen einer veränderten Bevölkerungsentwicklung nicht ausschließlich von den Beitragszahlern und Leistungsempfängern der gesetzlichen Versicherungssysteme zu tragen sind. Jede weitere einseitige Belastung der gesetzlichen Rentenversicherung wird abgelehnt.

2. Die Selbstverwaltung in der Rentenversicherung muß mehr Rechte und mehr Entscheidungsspielraum erhalten und manipulativen Eingriffen der Regierung — wie z. B. im 1. Renten Anpassungsgesetz der SPD/FDP-Regierung — soweit wie möglich entzogen werden.

3. Die CDU tritt für eine volle Dynamisierung der gesetzlichen Alterssicherung durch gezielte Modifizierung der bruttolohnbezogenen Rentenformel ein:

— einmalige politische Festlegung des angestrebten Rentenniveaus (durchschnittliches Verhältnis der verfügbaren Renteneinkünfte zu den jeweils frei verfügbaren Einkommen der Beitragszahler)

— Rückkoppelung der Rentensteigerung mit der Abgabenbelastung der versicherungspflichtigen Beitragszahler (Bereinigung der allgemeinen Bemessungsgrundlagen um die Abgabeleistung der Beitragszahler bei Beibehaltung der bruttolohnbezogenen persönlichen Bemessungsgrundlage)

4. Bis zum Inkrafttreten der korrigierten Rentenformel sind die Erhebung eines sozial gestaffelten eigenen Krankenversicherungsbeitrages der Rentner und eine angemessene Besteuerung des sogenannten Ertragsanteils der Renten richtige Schritte zu einer angemessenen Beteiligung der Rentner an der Lastenverteilung zwischen den Generationen.

5. Die gesetzliche Festlegung des politisch gewollten Rentenniveaus muß eine ausreichende Sicherung garantieren, zugleich aber Möglichkeiten für individuelle Altersversorgung sowie verschiedene Formen betrieblicher Altersversorgung eröffnen und sichern.

6. Die der Rentenversicherung vom Staat aufgebürdeten versicherungsfremden Leistungen müssen sorgfältiger und ehrlicher bilanziert und aus den öffentlichen Haushalten finanziert werden. Die CDU lehnt die von der sozial-liberalen Koalition jahrelang betriebene Ausplünderung der Rentenversicherung als Reservekasse für den aus den Fugen geratenen Bundeshaushalt mit Nachdruck ab.

7. Die CDU fordert zu einer kritischen Überprüfung der bisherigen Regelungsabsichten zur „84er Reform“ auf, die den im Grundsatzprogramm der Union formulierten Ansprüchen nicht oder nur unzureichend genügen. Mit der Neuregelung der Hinterbliebenen-

versorgung soll ein eigenständiger Rentenanspruch auch der nichterwerbstätigen Ehefrauen bzw. Ehemänner sowie die überfällige Berücksichtigung der Kindererziehung als Beitrag zum Generationenvertrag zustande kommen. Daher lehnt die CDU das Konzept der „Teilhaberente“ ab, das die verfügbaren finanziellen Mittel für eine großzügige Hinterbliebenenversorgung verbraucht und für Kindererziehungsleistungen faktisch keinen Raum mehr läßt. Die Rentenkommission der Bundespartei wird aufgefordert, Berechnungen darüber vornehmen zu lassen, welche monatlichen Belastungen bzw. Vergünstigungen auf die Familien bei Einführung einer generellen Pflichtversicherung zukommen. Dabei muß die Harmonisierung zu verschiedenen Rentensystemen berücksichtigt werden.

8. Die CDU regt eine Neuregelung an, durch die — auch die nichterwerbstätigen Mütter und Väter sowie Ehepartner ohne Kinder versicherungspflichtig werden (wobei durch anderweitige nachweisbare Formen der Alterssicherung Befreiungstatbestände neu zu regeln sind) und

— gleichzeitig der Beitragssatz der Versicherten nach der Kinderzahl gestaffelt wird. Die Rentenkommission der Bundespartei wird aufgefordert, zu prüfen, ob eine besonders familienfreundliche Ausgestaltung dadurch erreicht werden kann, daß bei der Geburt eines Kindes die bis dahin zuviel gezahlten Rentenversicherungsbeiträge an die Eltern des neugeborenen Kindes zurückgezahlt werden.

9. Die vorstehenden Leitsätze und Verbesserungsvorschläge beschreiben die notwendige langfristige Änderung künftiger Ansprüche und Leistungen im System der gesetzlichen Rentenversicherung auf der Basis einer institutionalisierten Solidarität der Generationen; eine rückwirkende Beschneidung bereits erworbener Ansprüche kommt aus rechtlichen, politischen und finanziellen Erwägungen nicht in Betracht.

10. Die CDU ist entschlossen, die Grundsätze des bewährten Systems einer gesetzlichen dynamischen Alterssicherung aufrechtzuerhalten und die Veränderungen herbeizuführen, die ihm auch für die nächste Generation Bestand und Überzeugungskraft sichern.

Die deutsche Frage im Unterricht

Antragsteller: BV Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung/Union der Vertriebenen und Flüchtlinge. — **Annahme:** einstimmig in der Fassung der schriftlichen und mündlichen Empfehlung der Antragskommission.

Die Kultusminister der CDU-regierten Bundesländer sollen dafür Sorge tragen, daß die Beschlüsse der Kultusministerkonferenz vom 23. November 1978 „Die deutsche Frage im Unterricht“ und vom 12. Februar 1983 „Die Darstellung von Deutschland auf Landkarten“ in der Unterrichtspraxis der Schulen auch verwirklicht wird.

Kultur für die Stadt

Antragsteller: KV Bonn. — **Annahme:** bei zwei Enthaltungen einstimmig in der Fassung der Antragskommission.

Die Bundespartei wird aufgefordert, die Diskussion des Konrad-Adenauer-Haus-Gesetzes

spraches „Kultur für die Stadt — Chancen und Grenzen bei knappen Kassen“ auf einem Fachkongreß „Kunst und Kultur“ weiterzuführen. Auf diesem Kongreß sollen die im Beschluß des Bundesparteitages 1978 aufgeführten Themen behandelt werden.

Europäisches Fernsehprogramm

Antragsteller: KV Bielefeld. — **Annahme:** einstimmig in der Fassung der Antragskommission.

Die CDU bittet die deutsche Ratspräsidentenschaft, den vom Europäischen Parlament auf Initiative der EVP-Fraktion gefaßten Beschluß zur Schaffung eines über Satellit ausgestrahlten europäischen Fernsehprogramms auf die Tagesordnung des Europäischen Rats in Stuttgart zu setzen und dieses Projekt nachhaltig zu unterstützen.

Die CDU bittet die Bundesregierung und die Ministerpräsidenten der CDU-geführten Länder, in Kürze darüber zu entscheiden, daß ein zweiter deutscher Rundfunk-Satellit „TV-Sat“ in Auftrag gegeben wird, damit er ab Mitte 1985 zur Nutzung bereitstehen kann. Einer der Kanäle des ab 1985 zur Verfügung stehenden deutschen Rundfunk-Satellitensystems sollte für das Europäische Fernsehprogramm vorgesehen werden.

Angeichts der Vielzahl künftiger grenzüberschreitender TV-Programme über Satellit hält die CDU die Schaffung einer europäischen Rundfunk- und Fernsehrahmenordnung für notwendig.

Wiedervereinigungsgebot

Antragsteller: BV Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung/Union der Vertriebenen und Flüchtlinge. — **Annahme:** einstimmig in der Fassung der Antragskommission.

Die Landesverbände werden aufgefordert, über die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in der Bundesrepublik Deutschland an die Verpflichtung aus dem Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes und aus den Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes zu erinnern und die Darstellung von ganz Deutschland in allen seinen Teilen in den Sendungen und auf den Landkarten zu fordern.

Rundfunk- und Fernsehrate

Antragsteller: BV Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung/Union der Vertriebenen und Flüchtlinge. — **Annahme:** mit großer Mehrheit bei einer Gegenstimme in der Fassung der Antragskommission.

Die zuständigen Gremien der Partei wählen nur diejenigen Vertreter in die Rundfunkräte, Verwaltungsräte und den Fernsehrat sowie die Programmausschüsse, die ihr Amt voll wahrnehmen und nicht an der Wahrnehmung dieses Amtes durch andere Funktionen gehindert werden.

Die gewählten Vertreter sollen — soweit die Vertraulichkeit der Beratungen in den Rundfunkgremien nicht berührt wird — ihren zuständigen Parteigremien regelmäßig über ihre Teilnahme an den Sitzungen in den Räten und Ausschüssen und ihre Arbeit berichten.

Begrenzung des Familiennachzugs von Ausländern aus Ländern außerhalb der EG

Antragsteller: LV Berlin. — **Annahme:** mit großer Mehrheit bei einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen in der Fassung der Antragskommission.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Möglichkeit des Familiennachzugs von Ausländern aus Ländern außerhalb der EG so zu begrenzen, daß diesen Kindern ein Leben mit ihren Familien und eine ausreichende schulische Bildung ermöglicht wird.

Unabhängig davon, ob diese Ausländer später in ihr Herkunftsland zurückkehren oder weiter in Deutschland bleiben, werden ihre Lebenschancen durch eine gründliche Schul- und Berufsausbildung ganz erheblich verbessert.

Europawahl 1984

Antragsteller: Bundesvorstand. — **Annahme:** mit großer Mehrheit bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen.

Die bevorstehende 2. Direktwahl zum Europäischen Parlament im Frühjahr 1984 ist von großer Bedeutung, weil in Europa in den Jahren 1984 bis 1989 weitreichende Entscheidungen zu treffen sind, die alle Mitbürger in der Bundesrepublik Deutschland berühren.

Der Bundesparteitag erwartet daher, daß unter den Abgeordneten der CDU im Europäischen Parlament auch ab 1984 wieder alle Bundesländer vertreten sind, in denen Landesverbände der Partei bestehen. Er bittet deshalb diejenigen CDU-Landesverbände, aus deren Reihen voraussichtlich mehrere Europa-Abgeordnete der CDU gewählt werden, bei der Aufstellung ihrer jeweiligen Landeslisten auch solche CDU-Kandidaten an aussichtsreicher Stelle solidarisch zu berücksichtigen, die trotz Spitzenkandidatur auf ihrer jeweils eigenen Landesliste aus Gründen der regionalen Bevölkerungszahl und Wählerstruktur ihr Mandat aus eigener Kraft nur schwer oder gar nicht erringen könnten.

Der Bundesparteitag bittet den Bundesvorstand, bei der Vorbereitung der Europawahl 1984 die Beachtung dieses Beschlusses laufend zu überprüfen und darüber den Bundesparteitag und den Bundesparteitag in 1983/84 zu unterrichten.

Studiengebühren

Antragsteller: Johannes Mertens, Ralf Mairose, Salchow Roland und weitere 27 Delegierte. — **Annahme:** mit großer Mehrheit bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung.

Die CDU setzt sich dafür ein, daß Studiengebühren an Universitäten und Hochschulen nicht eingeführt werden.

Europawahlgesetz

Antragsteller: Werner Zeyer, Dr. Klepsch, Werner Scherer, H. W. Müller, Paul Manstein, Engelbert Thiel, Elmar Brock und weitere 39 Delegierte. — **Annahme:** einstimmig in der Fassung der Antragskommission.

Die Bundesregierung wird gebeten, durch eine Novellierung des § 2 Abs. 1 Europawahlgesetz den Zusammenschluß von mehreren Bundesländern bei der Europawahl im Jahre 1984 zu einem Wahlgebiet möglich zu machen.

Frauenarbeitsschutzgesetze

Antragsteller: Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf, Dr. Reinhard Göhner, Leni Fischer, Günter Meyer und weitere 27 Delegierte. — **Annahme:** einstimmig.

Die Frauenarbeitsschutzgesetze entsprechen teilweise nicht mehr den Gegebenheiten der modernen technischen Arbeitswelt und dem Selbstverständnis der berufstätigen Frauen. Es ist daher eine Untersuchung der Schutzgesetze notwendig. Benachteiligende Schutzbestimmungen für Frauen müssen abgeschafft werden; insbesondere ist das Beschäftigungsverbot im Bauhauptgewerbe sowie die Benachteiligung im Bäckereigewerbe hinsichtlich des Arbeitsbeginnes aufzuheben. Darüber hinaus fordert die CDU den Verzicht auf die Begrenzung der Tagesarbeitszeit unter Beibehaltung der Begrenzung der Wochenarbeitszeit.

Die Praxis hat ferner bewiesen, daß die Kosten für vorgeschriebene zusätzliche Einrichtungen (z. B. sanitäre Anlagen) viele Betriebe von der Beschäftigung von Frauen abhalten. Sofern solche Einrichtungen vorgeschrieben sind, sollte überdacht werden, ob diese Vorschriften wirklich in allen Fällen erforderlich sind.

Mutterschaftsgeld

Antragsteller: Dr. Renate Hellwig, Wolfgang Vogt, Kurt Härzschel und weitere 27 Delegierte in der Fassung der Antragskommission. — **Annahme:** mit großer Mehrheit bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen in der Fassung der schriftlichen und mündlichen Empfehlungen der Antragskommission.

Der Bundesparteitag begrüßt die Absicht der Bundesregierung, ab 1. Januar 1987 ein Mutterschaftsgeld für alle Mütter (bzw. Väter) als Einstieg für ein Erziehungsgeld einzuführen. Angesichts der hohen Staatsverschuldung sind Sparmaßnahmen, auch im sozialen Bereich, die nächste Zeit unvermeidlich. Die bei Mutterschaftsgeld vorgesehene Kürzung sollte jedoch noch einmal überprüft werden.

Der Bundesparteitag fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf, im Rahmen der Haushaltsberatungen die Kürzung des Bezugs von Mutterschaftsgeld zu überprüfen mit dem Ziel, bei Aufrechterhaltung des notwendigen Sparvolumens eine Kürzung von vier auf drei Monate zu vermeiden.

Änderungen des Statuts der CDU

Antragsteller: Bundesvorstand. — **Annahme:** mit großer satzungsändernder Mehrheit bei mehreren Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen.

1. § 16 Abs. 1 Statut wird gestrichen.
2. Der bisherige § 16 Abs. 2 wird zu Abs. 1 und wird in Satz 1 wie folgt geändert:
„Die Landesverbände sind die Organisationen der CDU in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland. In Nordrhein-Westfalen besteht die CDU aus dem Landesverband Rheinland und dem Landesverband Westfalen-Lippe, in Niedersachsen aus den Landesverbänden Braunschweig, Hannover, Oldenburg.“
3. Die Absätze 3 und 4 werden zu den Absätzen 2 und 3.
4. An § 20 wird folgender neuer Abs. 3 angefügt:

„Die Bewerber und Ersatzbewerber für die Wahl zum Europäischen Parlament werden, sofern der Bundesvorstand gemäß § 8 Abs. 2 Europawahlgesetz sich für die Einreichung einer gemeinsamen Liste für alle Länder (Bundesliste) entscheidet, in geheimer Abstimmung von einer Bundesvertreterversammlung gewählt. Für deren Zusammensetzung gelten, soweit die Wahlgesetze nicht entgegenstehen, die Bestimmungen des § 28 des Statuts entsprechend; für die Einberufung, Beschlussfähigkeit, Leitung und Durchführung der Bundesvertreterversammlung sowie für das Verfahren für die Wahl der Bewerber gelten die Bestimmung des Statuts und der Geschäftsordnung der CDU für Bundesparteitage entsprechend.“

5. An § 20 Abs. 3 (neu) wird folgender neuer Unterabsatz angefügt:
„Für die Aufstellung der gemeinsamen Liste für alle Länder (Bundesliste) werden vorbehaltlich Satz 4 die auf die CDU eines jeden beteiligten Bundeslandes entfallenden Listenplätze nach dem d'Hondtschen Verfahren aufgrund der Ergebnisse der vorausgegangenen Europawahl ermittelt. Die CDU in den Ländern hat für die ihr zustehenden Listenplätze das Vorschlagsrecht. Die Bundesvertreterversammlung kann hiervon nur mit Zweidrittelmehrheit abweichen. Die ersten Plätze der gemeinsamen Liste für alle Länder (Bundesliste) sind zunächst mit je einem Bewerber aus jedem Bundesland zu besetzen, in dem die CDU zur Europawahl kandidiert; die restlichen Plätze werden nach dem d'Hondtschen Verfahren verteilt, wobei die nach Halbsatz 3

Heiner Geißler hatte die vom Bundesvorstand eingebrachten Anträge B 20 und B 21 vorher wie folgt begründet:

Zunächst zu dem Antrag B 20. Dieser Antrag betrifft das uns allen bekannte Problem, dafür Sorge zu tragen, daß bei der bevorstehenden 2. Direktwahl zum Europäischen Parlament im Frühjahr 1984 an diejenigen CDU-Landesverbände, aus deren Reihen voraussichtlich mehrere Europa-Abgeordnete der CDU gewählt werden, also an die größten Landesverbände die Bitte zu richten, bei der Aufstellung ihrer jeweiligen Landeslisten solidarisch dafür Sorge zu tragen, daß auch Kandidaten aus solchen Landesverbänden Berücksichtigung finden, die aus Gründen der regionalen Bevölkerungszahl und der Wählerstruktur ein Mandat aus eigener Kraft nur schwer oder gar nicht erringen können.

31. BUNDESPARTEITAG

Beschlüsse

Sie werden sich daran erinnern, daß der Parteivorstand und der Bundesvorsitzende das letzte Mal mit dieser Bitte an die größeren Landesverbände herangetreten sind und daß die Landesverbände dieser Bitte auch entsprochen haben. Wir schlagen vor, daß der Bundesparteitag wegen der großen Bedeutung, die die Europawähler haben, den Bundesvorstand bittet, auch dieses Mal wieder bei den größeren Landesverbänden darauf hinzuwirken, daß so wie beim letzten Mal verfahren wird. Die eigentliche Beschlußempfehlung lautet:

Der Bundesparteitag bittet den Bundesvorstand, bei der Vorbereitung der Europawahl 1984 die Beachtung dieses Beschlusses

— ich habe Ihnen das Anliegen eben dargelegt —

laufend zu überprüfen und darüber den Bundesausschuß und den Bundesparteitag in 1983/84 zu unterrichten.

Nun zu dem Satzungsänderungsantrag B 21. Mit diesem Antrag auf Änderung der Satzung schlägt der Bundesvorstand vor, das Statut der Christlich Demokratischen Union an die gesetzliche Regelung des Europawahlgesetzes dort anzupassen, wo dies bisher noch nicht der Fall war, noch nicht geschehen konnte.

Ich darf zur näheren Erläuterung und Begründung auf folgendes hinweisen. Sie können sich daran erinnern, daß das Gesetz über die Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments vom 16. Juli 1978 erst nach langwierigen, sehr schwierigen und zeitweilig auch sehr kontroversen parlamentarischen Beratungen verabschiedet worden ist. Die damalige Bundesregierung aus SPD und FDP hatte, wie Sie sich erinnern können, ja nur die Wahl nach Bundeslisten vorgesehen, wobei der CDU und der CSU wegen der gemeinsamen Fraktion die Möglichkeit eingeräumt werden sollte, eine gemeinsame Bundesliste aufzustellen.

Die Unionsparteien sind demgegenüber von Anfang an dafür eingetreten — und sie haben sich damit dann letzten Endes auch durchgesetzt —, das Europawahlrecht so weit als möglich dem geltenden Bundestagswahlrecht anzupassen. Das, was wir eigentlich wollten, nämlich eine direkte Wahl der Europaabgeordneten in Wahlkreisen, war ja leider nicht zu realisieren. So kam es zu einem Ergebnis, das zwei Möglichkeiten vorsah: die Möglichkeit, eine Bundesliste, eine gemeinsame Liste für alle Länder aufzustellen, und die Möglichkeit, Listenwahlvorschläge für ein Land aufzustellen, wobei es dann möglich sein sollte, diese Listen miteinander zu verbinden.

Nun bestand 1978 die Hoffnung, daß im Laufe der Jahre das Europäische Parlament ein neues Europawahlrecht verabschieden würde, das für alle Länder innerhalb der EG Gültigkeit hätte. Das Europaparlament — die anwesenden Europaabgeordneten wissen dies; sie haben ja dabei mitgewirkt — hat ein solches neues Gesetz verabschiedet. Allerdings ist dieses Gesetz nie in Kraft getreten, weil der Ministerrat der Europäischen Gemeinschaft dagegen ein Veto eingelegt hat. Genauer gesagt: Die Sache ist am Widerstand Englands gescheitert. Wir haben also kein neues Europawahlrecht.

Auf unserem Bundesparteitag 1978 in Ludwigshafen haben wir ja bereits erwogen, das Statut der CDU den neuen Erfordernissen des Europawahlgesetzes anzupassen. Wir haben dies unterlassen, weil wir gedacht haben, es komme im Laufe der nächsten Jahre

ein gemeinsames Europawahlrecht, das für alle Länder gilt. Wir hätten dann das Statut an das neue Wahlrecht anpassen können.

Nun ist es dazu nicht gekommen. Dieser Bundesparteitag aber ist der letzte Parteitag vor der kommenden Europawahl, auf dem wir eine Statutenänderung vornehmen können — auch deswegen, weil ja nach dem geltenden Wahlrecht schon jetzt mit der Aufstellung der Europakandidaten begonnen werden kann. Wir müssen also nunmehr das Statut angleichen.

Wir haben in Ludwigshafen einen Beschluß zum Europawahlgesetz gefaßt. Aber das war im wesentlichen ein organisatorischer Beschluß: daß nämlich, was die Durchführung der Europawahl anbelangt, die Bestimmungen des Statuts für die Bundestagswahl Gültigkeit haben sollen. Wir müssen also die 1978 vertagten Satzungsänderungen jetzt nachholen.

Das Europawahlgesetz sieht an mehreren Stellen notwendige Entscheidungen für die Parteien und die sonstigen politischen Vereinigungen vor, so z. B. in § 8 Abs. 2 die Entscheidung, ob eine Bundesliste oder ein System von verbundenen Landeslisten vorgesehen werden soll. Weitere Bestimmungen finden sich in § 10 Abs. 4. Außerdem schreibt § 10 Abs. 5 des Europawahlgesetzes ausdrücklich vor, daß die Parteien durch ihre Satzungen das Nähere über die Wahl der Vertreter zur Vertreterversammlung, über die Einberufung, über die Beschlußfähigkeit der Mitglieder der Vertreterversammlung sowie das Verfahren für die Wahl der Bewerber regeln müssen. Dies alles ist in unserem Statut nicht enthalten, vor allem nicht für den Fall, daß die Christlich Demokratische Union eines Tages zu der Auffassung kommen sollte, man solle statt verbundener Landeslisten eine gemeinsame Bundesliste aufstellen.

Die jetzt vorgeschlagene Satzungsänderung beinhaltet infolgedessen — ich lege Wert auf diese Feststellung — nicht eine Festlegung in der Richtung, daß wir sagen, dies muß gemacht werden, sondern es soll nur die satzungsrechtliche Möglichkeit eröffnet werden, nach unserem Statut so oder so zu entscheiden. Um diese Möglichkeit zu haben, müssen wir das Statut ändern.

Der Antrag sieht im einzelnen folgendes vor:

In § 16 Abs. 1 und 2 wird klargestellt, daß grundsätzlich die Landesverbände der CDU Deutschlands mit dem Gebiet der Länder der Bundesrepublik Deutschland deckungsgleich sind. Wir brauchen im Statut eine Bestimmung, aus der hervorgeht, welches Gebiet die Christlich Demokratische Union erfaßt. Wir heben also die Vorschrift auf, die die einzelnen Bundesländer und Landesverbände enumerativ aufzählt, und legen fest, daß die Bundesrepublik Deutschland und die Landesverbände der Christlich Demokratischen Union deckungsgleich sein können. Dies ist die Voraussetzung dafür, daß wir rechtlich die Möglichkeit haben, auch eine Bundesliste aufzustellen.

Nun ist klar: Wir haben in zwei Ländern mehrere Landesverbände, nämlich in Nordrhein-Westfalen und in Niedersachsen. Infolgedessen müssen wir, weil ja Abs. 1 mit der enumerativen Aufzählung der einzelnen Bundesländer wegfällt, eine zusätzliche Bestimmung einführen, aus der hervorgeht, daß es auch in Zukunft in Nordrhein-Westfalen zwei und in Niedersachsen drei Landesverbände geben wird.

In der Ziffer 4 wird beantragt, die rechtliche Möglichkeit zu schaffen — nicht mehr und nicht weniger —, die satzungsrechtlich bisher nicht gegeben war, daß die CDU

Deutschlands wie alle anderen politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, wenn sie dies politisch für notwendig hält, eine Bundesliste aufstellt. Sie soll dann eine Regelung haben für die Wahl der Bewerber und Ersatzbewerber der Christlich Demokratischen Union für die Wahl zum Europäischen Parlament.

Wir müssen infolgedessen auch das Organ bestimmen, das eine solche Wahl vornimmt. Dieses Organ ist die Bundesvertreterversammlung. Die Zusammensetzung der Bundesvertreterversammlung soll, soweit gesetzliche Bestimmungen dem nicht entgegenstehen, im wesentlichen der Zusammensetzung des Bundesparteitag entsprechen.

Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß durch diese Satzungsänderung die mit unserer Schwesterpartei, der CSU, getroffenen Vereinbarungen nicht berührt werden.

Durch Ziffer 5 des Antrages soll sichergestellt werden — dies war ein Wunsch, der bei der Beratung im Bundesvorstand sehr deutlich zum Ausdruck gebracht worden ist —, daß erstens eine Majorisierung kleinerer Bundesländer durch größere Bundesländer unterbleibt, daß aber auf der anderen Seite auch die größeren Bundesländer sicher sein können, daß die Zahl der Kandidaten für das Europaparlament aus den einzelnen Landesverbänden jeweils der Zahl der Stimmen entspricht, die in der vorangegangenen Europawahl in den betreffenden Bundesländern für die Christlich Demokratische Union abgegeben worden sind.

Das heißt, es wird hier eine Regelung vorgeschlagen, daß nach d'Hondt die Bundesländer ein Vorschlagsrecht haben und daß die Bundesvertreterversammlung von diesem Vorschlagsrecht nur mit einer Zweidrittelmehrheit abweichen kann. Sie werden zugeben, daß dies eine rein oder fast rein theoretische Möglichkeit ist. Außerdem wollen wir feststellen, weil dies für die Werbewirksamkeit einer solchen Liste von großer Bedeutung ist — die ersten zehn Bewerber erscheinen auf einer solchen Liste —, daß die ersten Plätze — das ist die weitere Regelung — einer etwaigen Bundesliste zunächst mit je einem Bewerber aus jedem Bundesland besetzt werden, in dem die CDU kandidiert. Die anderen Bewerber werden dann nach dem d'Hondtschen Verfahren verteilt.

Der Bundesvorstand glaubt, daß durch diese ausgewogene Regelung die Interessen aller CDU-Landesverbände angemessen berücksichtigt worden sind. Wir haben bei der Formulierung dieses Antrages auch die Erfahrung in den Landesverbänden berücksichtigt, wo z. B. die Aufstellung der Landesliste wegen der besonderen Bedeutung der vorhandenen Bezirksverbände ein besonderes Verfahren notwendig macht.

Ich darf zusammenfassen: Der Bundesvorstand bittet daher den Bundesparteitag, diesen Änderungsanträgen, die eine satzungsändernde Mehrheit, also die Mehrheit der Mitglieder des Bundesparteitag erfordern, einen breiteren Rückhalt und eine große Mehrheit zu verschaffen. Auch die Antragskommission, in deren Namen ich spreche und für die ich diesen Antrag ausführlich begründet habe und die sich auch mit dem Antrag ausführlich befaßt hat, empfiehlt dem Bundesparteitag die Annahme beider Anträge des Bundesvorstands.

Helmut Kohl sagte nach einer kurzen Diskussion:

Zunächst, damit das ganz klar ist: Hier will niemand irgend jemanden überfahren. Da sind aber Erfahrungen aus der Vorbereitung der letzten Europawahl. Die Wahlen im nächsten Jahr werden nicht leichter, sondern eher schwieriger.

Ich will noch einmal zusammenfassen, worum es mir politisch geht. Ich bekenne mich als der Initiator dieses Antrages. Mir geht es darum, daß wir von Solidarität in der Partei nicht nur reden, sondern daß wir, wenn es darum geht, daß sich die größeren und die kleineren Verbände vernünftig gegenseitig unterstützen, Solidarität auch praktizieren. Ich muß Ihnen sagen: Zu den unwürdigen Erlebnissen der vergangenen zehn Jahre gehört für mich die Erfahrung, daß ich bei der Kandidatenaufstellung vor vier Jahren zwar nicht gerade mit dem Hut in der Hand, aber in einer ähnlichen Situation im Land herumgelaufen bin und gesagt habe: Wir können doch unmöglich zulassen, daß die Landesverbände Bremen, Hamburg und Saarland am Ende bei der Europawahl ohne Kandidatendastehen und wir dann sagen müssen: Wir sind nicht einmal fähig, auf der nationalen Ebene die Region der Bundesrepublik abzudecken.

Da habe ich tolle Argumente gehört. Da hieß es dann z. B.: Das ist doch nur ein größerer Kreisverband, dieser eine Landesverband. Und dann habe ich dieses und jenes gehört.

Was hier vorgeschlagen wird, und was ich nachdrücklich unterstütze, hat seinen Sinn darin, daß wir dann zwei Möglichkeiten haben. Wenn Sie genau hinschauen, erkennen Sie, daß damit noch nicht entschieden ist, ob wir dieses Instrument nutzen oder bei der bisherigen Regelung bleiben — der erste Antrag zielt ja auf die bisherige Regelung —, aber wir haben dann die Möglichkeit, es zu nutzen. Und jetzt mit Blick auf die letzte Bemerkung zu den bayerischen Freunden: Wir tun mit diesem Antrag nur das, was in den Satzungen der FDP, der SPD und der CSU möglich ist: Wir ziehen eine Entwicklung nach, die andere längst vor uns vollzogen haben.

Zweitens: Ich bin elementar daran interessiert, daß, wenn wir eine solche Entscheidung nach dem jetzt vorgeschlagenen Weg zu treffen hätten, die Landesverbände in der Tat ihren Einfluß behalten, und zwar — um das Wort aufzunehmen, das hier gesprochen wurde — einfach deswegen, um die Basisnähe auch der Kollegen im Europäischen Parlament zu gewährleisten. Beiläufig sage ich: Ich wünschte, daß alle Kreisverbände auch im Laufe des Jahres darum besorgt sind, daß die Kollegen im Europäischen Parlament die notwendige Unterstützung bekommen.

Nicht nur bei der Kandidatenaufstellung, sondern im Alltag der Politik ist es ganz wichtig, daß wir wissen: Wir haben Abgeordnete in den Rathäusern, in den Kommunalparlamenten, in den Landtagen, im Bundestag und im Europäischen Parlament.

Ich habe allen Grund, bei dieser guten Gelegenheit zu sagen, daß die Kollegen, die dort sitzen, vorzügliche Arbeit leisten und daß es überhaupt keinen Grund gibt zu sagen: Dort wird weniger oder weniger intensiv gearbeitet als in anderen Bereichen der Partei.

Mit einem Wort: Wir wollen uns mit diesem Antrag die Alternative offenhalten, die die anderen Parteien bereits haben. Wir werden selbstverständlich ausgiebig und intensiv in der Partei darüber reden, was wir letztendlich tun werden.

Aber eines ist doch sicher: Die Annahme dieses Antrages ermöglicht es auch, daß wir die bisherige Lösung praktizieren, und zwar besser, weil wir uns dann schneller darüber einigen können, daß alle Landesverbände auch in Zukunft im Europäischen Parlament vertreten sind.

Mit einem Wort: Ich bitte Sie sehr herzlich um Ihre Zustimmung zu diesem Antrag.

31. BUNDESPARTEITAG

■ ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Aktionen zum 17. Juni

Vor 30 Jahren, am 17. Juni 1953, haben russische Panzer in Ost-Berlin den Aufstand deutscher Arbeiter gegen das menschenverachtende kommunistische Regime niedergewalzt.

In der Bundesrepublik Deutschland ist der 17. Juni seit jenen Tagen ein arbeitsfreier Gedenktag. Stellvertretend für alle Deutschen in Ost und West können wir das Andenken an jene wachhalten, die mit dem Ziel demonstriert haben, Rechte zu erreichen, die für uns in einer freiheitlichen Demokratie selbstverständlich sind.

Dies ist eine Aufgabe, an der sich alle Verbände beteiligen sollten. Dabei gilt es zu berücksichtigen, daß Abendveranstaltungen wegen des Wochenendes in diesem Jahr möglichst für den 16. Juni vorbereitet werden.

Materialien

Für Ihre Aktionen stehen eine Reihe von Materialien zur Verfügung, die Ihr Kreisverband bereithält. Sollten Sie darüber hinaus Exemplare benötigen, können Sie die Wandzeitung sowie den Prospekt der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung bei der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abt. Öffentlichkeitsarbeit, Konrad-Adenauer-Haus,

5300 Bonn 1, anfordern. Die Zeitung „CDU extra“ können Sie über das IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Vermold, bestellen (Mindestbestellmenge 250 Exemplare, Preis pro Mindestabnahme 17,50 DM, Bestell-Nr. 2432). Die Flugblattvorlage wird Ihrem Kreisverband zur eigenen Produktion direkt zugehen.

Wandzeitung

Die Wandzeitung zum 17. Juni sollte in jedem vorhandenen Schaukasten und an sonstigen geeigneten Stellen aushängen. Sie kann zum Beispiel auch plakatiert werden.

Prospekt 17. Juni 1953

Die Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung hat einen Prospekt herausgegeben, der die Ereignisse des Frühsommers 1953 chronologisch zusammenfaßt.

CDU extra

„Aufwärts mit Deutschland“

Die neueste Ausgabe unserer Zeitung „CDU extra“, die sich im Schwerpunkt mit der Regierungserklärung beschäftigt, erinnert in einem großen Artikel an den 30. Jahrestag des 17. Juni.

Flugblatt

Aus der Reihe „Zur Sache“ wird den Kreisverbänden eine reproduktionsfähige Druckvorlage eines Flugblattes zugehen.

UNION BETRIEBS GMBH
 POSTFACH 24 49
 5300 BONN 1
 POSTVERTRIEBSSTÜCK
 Z 8398 C
 GEBÜHR BEZAHLT

Informationsstand

Errichten Sie an belebten Plätzen Ihrer Gemeinde einen Canvassingstand, der gezielt auf den 17. Juni ausgerichtet ist. Dies läßt sich zum Beispiel durch Stelltafeln mit Fotos, Zeitungsartikeln, Plakaten, Auszügen aus dem CDU-Grundsatzprogramm oder der Regierungserklärung von Bundeskanzler Helmut Kohl erreichen, aber auch durch die symbolische Nachbildung der Mauer. Der Stand soll nachdenklich stimmen und zur Diskussion anregen.

Aktionsbeispiel

Der CDU-Ortsverband Elversberg (Saarland) hat für den 17. Juni folgende Aktion vorbereitet, die wir beispielhaft an dieser Stelle veröffentlichen: Am 16. Juni wird von 14 bis 18 Uhr im Ortszentrum ein Info-Stand aufgestellt. Er wird wie folgt gestaltet:

1. Errichten einer Bretterwand, die auf zwei Seiten als Mauer angemalt wird, darauf Stacheldraht (eventuell gemalt).
 2. Anheften einiger Spruchbänder zur Bedeutung dieses Tages.
 3. Über die Mauer hinweg: 2 Pakete hängen als Symbol dafür, daß Pakete nach drüben die menschlichen Verbindungen wachhalten.
 4. Spendenkasse und Annahme von Sachspenden für Paketsendungen in die DDR.
 5. Telegrammflugblatt der Bundesgeschäftsstelle.
- Bereits in der zweiten Maihälfte wurde in einem Mitgliederbrief zu Geld- und Sachspenden aufgerufen; eine Liste benötigter Güter war beigefügt. In der Woche vor dem 17. Juni wird eine Presseveröffentlichung auf den Stand und die Spendenmöglichkeit hinweisen.

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41.
Verlag: Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lühje, Eberhard Luetjohann.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50).
 Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UjD